

# **Roma/Sinti Diskriminierungsbericht 2022 Freiburg**



Hier ist der Roma/Sinti Diskriminierungsbericht 2022 für Freiburg und Region. Er basiert, wie die früheren Berichte auf Fallbeschreibungen Betroffener, auf erlebte und gefühlte Tatsachen der Diskriminierung. Unserer Motivation und Ansatz Sprachfindung, für das was weh tut, zu fördern, bleiben wir treu. Denn erst wenn aus dem Gefühl des Unrechts eigener sprachlicher Ausdruck wird, kann man/frau beginnen selbstständig gegen Diskriminierung und Rassismus anzugehen, können sie/wir lernen damit umzugehen und nicht weiter sprachloses Opfer zu sein: gefangen zwischen in den Reflexen Flucht, Angriff oder Erstarrung.

2021 in der Pandemie gab es Muße zum Innehalten und Rückwärtsblicken, um sich ein Verständnis zu erarbeiten was vor Ort an Ungleichbehandlung und Ungerechtigkeit wie gelaufen ist; heute ein Jahr später in Zeiten der Multi-Krisen fordert dies von uns als AktivistInnen ein gegenwärtiges nach vorne, ein Handeln was jeden Tag erneut Zukunft und Hoffnung zu schaffen versucht. Also weniger Zeit und Ruhe für die Erarbeitung eines reflektierten Berichts.

Nicht nur diese Ausgangslage in der Erarbeitung des Berichts hat sich geändert sondern auch die Diskurslandschaft. Wurden bislang unsere Berichte mehr oder weniger ignoriert, sind sie nun im kommunalen und bundesweiten Diskurs angekommen – kommunal in aktiver Verweigerung öffentlicher Diskussion durch die Stadtverwaltung und bundesweit als »längst überfälliger Perspektivwechsel« im »Bericht der unabhängige Kommission Antiziganismus.«

Keine andere Gruppe in Deutschland und Europa wird so stark abgelehnt wie die Sinti und Roma, zugleich ist aber keine Diskriminierung so wenig greif- sowie sichtbar und wird so bis heute von großen Teilen der Gesellschaft als das gesellschaftlich Normale angesehen.

Ungleichbehandlung/ rassistische Diskriminierung findet heute zumeist nicht intendiert – nicht bewusst, nicht gewollt – statt, sondern meist aus Schläfrigkeit und/oder Gewohnheit. Ist die Intension/Absicht rassistisch, wäre es gerechtfertigt die Person als Rassistin zu bezeichnen. Ist die Intension ohne Absicht unbewusst ist die Handlung dennoch rassistisch, wenn auch die Person nicht als rassistisch benannt werden kann. Die meiste gegenwärtige Diskriminierung ist latent, findet unbewusst statt, zumeist nicht mit Absicht aber trotzdem wirkungsvoll. Für uns als betroffene Grup-

pe ist die Wirkung primär, der Fall und wie damit umgehen – die Intension hingegen sekundär. Für viele hingegen ist ihre Intension – ihre Absicht, ihr Selbstbild – primär – und die Wirkung ihrer Handlung sekundär.

Aus der jahrhundertealten Rolle gesellschaftlich-fremdbestimmter Objekte werden aus »Zigeunern« mehr und mehr – über sich selbst und eigene Erfahrungen sprechende sich selbst ermächtigende Subjekte: Roma und Sinti. Wir wollen das Ende des »sozialen Tods« der »Zigeuner« mit ihrer ihnen aufgezwungenen Objektrolle als mehrheitsgesellschaftlicher Müllimer und Projektionsfläche. Nun haben wir kommunal mit dem letzten Bericht den Spiegel auf die verursachenden Strukturen gedreht und es kam eine große Aufregung auf. Heute wo in Deutschland mit dem Rassismus erstmals jahrhundertealte Herrschaftsverhältnisse thematisiert, kritisiert und verändert werden, muss dies zu Erschütterungen, Hitzigkeiten und auch Übertreibungen führen. Und niemand kann sich außerhalb stellen – allesamt sind wir involviert in diese Herrschaftsverhältnisse, die wir alltäglich reproduzieren und wo es Zeit wird diese zu überwinden.

Mit diesen Berichten suchen wir die Sozialen Räume auszudehnen, in denen die Menschenrechte Geltung haben, und suchen für unsere Kinder und Jugendlichen ihnen ihre gesellschaftlichen Gestaltungs-Optionen zu erweitern. Wir wissen, dass Rassismus nicht einfach aufhört – auch nicht durch Wort austauschungen, was wohl ein Anfang sein kann. Rassismus verläuft in langen Wellen und heute sind wir auf der abnehmenden Kurve, was ja gerade – welch Paradox – diese breite gegenwärtige Debatte ermöglicht.

Die Roma/Sinti sind keine homogene Gruppe wie von der Mehrheit gesellschaftlich projektiv gesehen und behandelt ...sondern ähnlich heterogen und ausdifferenziert wie die andere Minderheit, die Juden und an jedem Ort der Welt (außer in Japan wo es keine Roma gibt) geschichtlich gewachsen jeweils speziell unterschiedlich. Dies ergibt eine jeweils faszinierende Vielgestaltigkeit.

In Südbaden sind Sinti seit 600 Jahren aber ansässig in Freiburg nach jahrhundertlangem Ausschluss erst rund 100 Jahre. Heute haben sie in Wein- garten ihre Siedlung »den Platz.« Jahrhundertlang waren sie katholischen Glaubens, nach der Erfahrung der Kollaboration »ihrer« Kirche mit dem NS, gründeten sie Freikirchen. Roma sind in größerer Zahl erst als Bürgerkriegs- flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien ab den 1990ern nach Frei- burg und in das Umland gekommen. Der überwiegende Teil sind Moslems.

Gastarbeiter-Roma, wie es zB im Ruhrgebiet viele an der Zahl gibt – gibt es in Südbaden kaum; auch Roma-Zuwanderer und Wanderarbeiter aus den südosteuropäischen EU-Ländern sind in Freiburg wenige, in der ländlichen Umgebung in der Landwirtschaft hingegen viel mehr und es werden mehr. Auch gibt es in Freiburg keinen Hot Spot wie beispielsweise in Mannheim-Jungbusch für bulgarische Rom. Andererseits gibt es in Südbaden Gruppen, die bis heute als »Zigeuner« benannt, als solche wahrgenommen und behandelt werden (obwohl sie keine sind), so die Minderheit der Jenische, aber auch Schausteller berichten zunehmend davon, ebenso wie Rumänen, als »Zigeuner« benannt und so behandelt zu werden.

Während die Fremdbeschreibung für die Minderheit – »Zigeuner« – und Selbstbeschreibung Roma und Sinti zum großen Teil anerkannt ist, gibt es bis heute keine anerkannte Fremd- und Selbstbeschreibung der deutschstämmigen Mehrheitsgesellschaft. Als Fremdbeschreibung besteht »Kartoffel«, »Bio-Deutsche« sowie »weiße Deutsche«, eine Selbstbeschreibung gibt es nicht und wird zum Teil kategorisch abgelehnt. Obwohl oder gerade weil die deutschstämmige Mehrheitsgesellschaft im letzten Jahrhundert einen starken (gar ekstatischen) Homogenisierungsschub erlebte, sieht sie wohl im Begriff wie »Weiß« vor allem Verallgemeinerung. Ohne Zweifel besteht strukturell eine »weiße Mitte« in Deutschland und aber zugleich auch eine Menge »weißer Leute«, die sich aus dieser Struktur lösen. Wollen wir, dass nicht pauschalisierend über uns gesprochen wird, sollten wir alle es genau so wenig tun.

Der Diskriminierungsbericht 2022 basiert auf der Fallsammlung vom Frühjahr 2021 bis Juni 2022 in Freiburg und Südbaden. Rd 150 Fälle wurden zusammengetragen zumeist schriftliche Aufzeichnungen Betroffener, zum Teil sind es Audioaufnahmen. Wir haben sie auf den Diskriminierungsvorfall gekürzt und z.T. sprachlich zum besserem Verständnis bearbeitet; einige Fälle sind Interviews von Jugendlichen untereinander, aus denen Ausschnitte übernommen wurden. Einige Fälle haben wir zu Milieustudien ausgebaut, diese Berichte sind in der Gliederung extra ausgewiesen. Der Diskriminierungsbericht wurde in seiner ersten Fassung wieder von 10 Personen (5 Aktivist:innen aus den beiden Communities und 5 Professoren entsprechender Fakultäten) gegengelesen, kritisiert und ist so verbessert worden. Zusammengefasst und geschrieben wurde er durch tomas wald herausgegeben vom Roma Büro Freiburg e.V. in Kooperation mit dem Sinti Verein Freiburg e.V.



# Inhalt

<b>Zusammenfassung</b> .....	<b>8</b>
<b>Fälle, Berichte und Kommentare</b> .....	<b>15</b>
<b>FÄLLE Öffentlicher Raum</b> .....	<b>16</b>
<b>Kommentar:</b> Politik des Ressentiments .....	23
<b>FÄLLE Arbeit</b> .....	<b>25</b>
<b>Bericht</b> Ein Jahr ... ein Jahr hab ich alles für meine Arbeit gegeben... ..	<b>30</b>
<b>FÄLLE Wohnen</b> .....	<b>32</b>
<b>Kommentar:</b> Tatsachenwahrheiten und Metadiskussionen .....	43
<b>FÄLLE Polizei Justiz Gefängnis</b> .....	<b>44</b>
<b>Bericht</b> Drogenkrieg in der JVA 2021 .....	<b>47</b>
<b>Berichte</b> Prekäres Leben heute.....	<b>49</b>
<b>FÄLLE Kita, Schule</b> .....	<b>53</b>
<b>Kommentar:</b> Drei Klassen Asylrecht. ....	58
<b>FÄLLE Verwaltung</b> .....	<b>60</b>
<b>Bericht</b> Die deutsche Staatsbürgerschaft .....	<b>64</b>
<b>Bericht</b> Geschichte einer Eheschließung .....	<b>65</b>
<b>FÄLLE Institutioneller Diskriminierung</b> .....	<b>67</b>
<b>Kommentar</b> Rede von Prof. Matter am 23.9.21 im Gemeinderat .....	74
<b>Kommentar:</b> Institutioneller Rassismus .....	78
Abschliessende Gedanken .....	87
<b>Anhänge</b> .....	<b>89</b>
Anhang 1: Kooperationsvereinbarung .....	90
Anhang 2: Minderheitenschutz .....	91
Anhang 3: Fraktionsantrag Diskriminierungsbericht .....	100
Anhang 4: Matter-Rede .....	101
Anhang 5: Stadtverwaltung Antidiskriminierung .....	110

## Zusammenfassung

Der Assimilierungsdruck (Anpassungsdruck) seine kulturelle Identität aufzugeben hat allgemein gegenüber Migranten und insbesondere gegenüber Roma/Sinti im letzten Jahr weiter zugenommen, dies zeigen Dutzende von Fallbeschreibungen wie auch die Studie »Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit" von 2021<sup>1</sup>. Insbesondere gilt dies für MuslimInnen, Asylsuchende sowie von absoluter Armut Betroffene – alle drei Gruppen sind unter Roma zahlreich. Es scheint, dass das Drehbuch des 19 Jahrhunderts: Gleichstellung nur bei vollständiger Assimilation und Aufgabe der eigenen Kultur wieder zum gesellschaftlichen Muster wird/werden könnte. Zugleich versiegen interkulturelle Projekte und Dialoge in der Stadt.

Die gesellschaftliche Solidarität zwischen den Schichten und Milieus nahm im Jahr 2021 weiter ab und innerhalb der verschiedenen Communities hingegen zu. Die Unsicherheit sowie Bedrohungsgefühle nahmen in öffentlichen, »weiß rassifizierten« Räumen, zu. Eine Politik der Angst hat begonnen, Raum zu greifen. Erstmals in unserer Antidiskriminierungsarbeit wurde persönliche Angst in den AGs zum Thema.

Ähnlich wie der Assimilierungsdruck stieg auch der Ausbeutungsdruck. Die Ausbeutung am Arbeitsplatz der prekären Unterschichten – und Sinti/Roma als Teil davon – hat sich seit Beginn der Pandemie signifikant erhöht. Dies zeigt der überwiegende Teil der Fallbeschreibungen. Aber nicht nur am Arbeitsplatz, sondern auch in (gemischten) Nachbarschaften und Beziehungen zeigt sich dies in Form von permanent in Vorleistung gehen müssen, um sich das Dazugehören zu »verdienen«. Hierüber besteht eine Dichte an Fällen. Allerdings dreht sich gerade strategisch der Arbeitskräfte-Markt auf Deglobalisierung zugunsten der ArbeitnehmerInnen. Dies bewirkte im prekären Raum schon positive Folgen.

Wohnen ist weiterhin das größte Problem in Freiburg und Umland. Sanierung und/oder Neubau der Wohnquartiere mit Roma/Sinti Dichte sind jahrzehntelang in der Dauerwarteschleife. Preisgünstige Wohnungen (insbesondere Sozialbauwohnungen) werden in der Stadt seit Jahrzehnten weniger. Die Folgen sind Überbelegungen und informelles Wohnen, die

---

1 ► [Studie der Universität Bielefeld](#)

behördlich sanktioniert werden; dies gilt auch für Roma, die im Asylverfahren in den Flüchtlingsheimen hängenbleiben sind. Insgesamt baut sich ein in immer stärker werdender Druck auf, aus der Stadt zu ziehen und dort z.T. in Schrottimmobilien. Die meisten unserer Beratungen drehen sich seit Jahren um Wohnen, Miete und Wohnraumgebühren.

SchülerInnen, die Jugend – eine ganze Generation ist in Folge der Pandemie aus dem Rhythmus »Tritt« gekommen und leidet bis heute unter Depressionen und/oder Aggressionen. Es ist gegenwärtig nicht ersessbar mit welchen Folgen. Pragmatisch brauchen sie: Nachhilfe, Einzelbegleitung, psychotherapeutische Hilfen.

Die Folge all dessen: Die Communitys verkehren vermehrt untereinander und mit migrantischen Unterschichten, um der Alltagsdiskriminierung zu entkommen. In den segregierten im Westen liegenden Stadtvierteln Freiburgs lebt ein interkultureller Alltagskosmopolitanismus vieler Sprachen. In den rassifiziert-hierarchischen Räumen im Osten der Stadt samt Innenstadt arrangiert sich die Minderheit – aus Sinti werden meist Sizilianer oder Spanier, aus Roma Serben oder Bosnier; und bei der Jugend über alle migrantischen Grenzen hinweg, auch wenn hier geboren, gilt die Selbstbezeichnung allgemein »Ausländer«. Das Bewusstsein Bürger 2.Klasse zu sein und allem Anschein nach auch bleiben zu sollen, hat sich eingeschrieben, entsprechend gering ist das Gefühl der Loyalität gegenüber Staat und Land.

### **Stadtselfbild oder die Stadt DNA**

Im Selbstbild der Stadt gibt es die migrantischen und Minderheiten-Viertel im Westen der Stadt nicht. Für die Freiburger BürgerInnen liegt der Lago (Maggiore) näher als Weingarten, in denen sie nie sind und waren. Es gibt kaum eine deutsche Stadt in der die Segregation zwischen arm und reich, weiß und farbig so ausgeprägt ist wie in Freiburg. Dies hat viel mit der Geschichte zu tun. 2020/21 war 900-jähriges Stadtjubiläum. Es bestand die Chance, die Eigenlogik, die dahinter wirkt, geschichtlich verstehen zu lernen. 700 Jahre Ausschluss der Minderheiten und 200–300 Jahre der Welschen aus der Stadt wirkt bis heute. Diese Langzeitwirkung führt dazu, dass die migrantischen sowie Minderheiten-Stadtteile blinde Flecken sowie zugleich folgerichtig strukturell benachteiligt sind und dies als vollkommen normal-selbstverständlich angesehen wird. Diese Stadtteile stehen heute 2022 für das »andere« Europa: das der inneren Globalisierung der Hundert Sprachen und Abertausend Beziehungen in die Welt. Die Chance, das Stadtjubiläum im

Sinne der Aufklärung über die eigene Geschichte zu nutzen, wollte die Stadtverwaltung nicht. Stattdessen wird ein romantisch verklärendes Verhältnis zur Stadt-Geschichte gepflegt. Die durch Demografie getriebene »innere Globalisierung« der Stadt löst emotional weniger kosmopolitische sondern antikosmopolitische Reaktionen von der Stadt und ihrer Gesellschaft hervor.

### **Welche Probleme?**

Die Sinti und Roma sind bis heute kein Teil der Stadtgesellschaft Freiburg. Sie sind wohl geduldet, aber nicht erwünscht/willkommen. Und sie sind als Minderheit sowie als BürgerInnen nicht anerkannt, sondern weiterhin vor allem »Objekte von Erziehung«, über die man spricht, aber nicht mit ihnen. Es besteht eine Asymmetrie in der gesellschaftlichen Repräsentation und Präsenz, was strukturelle Benachteiligung und »ein laut Schreien müssen, um überhaupt wahrgenommen zu werden« ... mit entsprechenden Gegenreaktionen zur Folge hat.

Von einem »Dialog auf Augenhöhe« kann so nicht die Rede sein. Es ist eher ein selektives Hinhören bei gleichzeitiger Nicht-Anerkennung der Deutungsmacht ihrer Selbstorganisationen. Deren Initiativen, Impulse und Projekte werden zu beträchtlichen Teilen ignoriert, beschwiegen und informell verleumdet; bis dahin, zu versuchen den Betroffenen nicht zuzugestehen, ihr Diskriminiertwerden zu thematisieren. Währenddessen wird versucht Konkurrenz innerhalb der Communities zu entfachen.

Das Problem, was vor allem aus dieser Lage erwächst, ist, dass so mit der Stadtverwaltung keines der wirklichen Probleme angegangen wird.

Das Muster der Diskriminierung sowie Problemlösungsvermeidung besteht vor allem in:

- Täter-Opfer Umkehr durch pauschalisierenden Generalverdacht;
- Tatsachenwahrheiten – die Datenlage von der Stadt selber veröffentlicht – nicht anerkannt wird und mit Diskussionen über Verhalten unterlaufen wird;
- anstatt einer Entwicklung von Fehlerbearbeitung die pers. Schuldfrage ins Zentrum gestellt wird.

Zwischen Stadtverwaltung, Öffentlichkeit und Minderheiten besteht eine Ungleichzeitigkeit in Bezug auf Diskriminierung/Rassismus. Während Minderheiten und Teile der Öffentlichkeit in den letzten Jahren Entwick-

lungen im Kampf gegen Rassismus machte, stagniert die Stadt und ihre von ihr abhängiggeförderten NGO-Strukturen. Ihrer Ansicht nach soll Diskriminierung kein Thema der Stadt sein und wenn, dann nur als eines der rechten politischen Ecke.

### **Wie Probleme angehen?**

Die Minderheiten kommunal als Minderheit anerkennen.<sup>2</sup>

- 1) D.h. jede Vorlage, Vorgang, Beschluss der Stadtverwaltung muss darauf geprüft werden inwieweit davon die Minderheiten (jüdische und Roma/Sinti) betroffen sind und wie sie darin berücksichtigt werden; angelehnt an die Verwaltungspraxis z.B. in der Frauenfrage.
- 2) Vertretungs- und Stimmrecht für Selbstorganisationen der Sinti und Roma in den staatlichen/städtischen Gremien, in denen es um die Angelegenheiten der Communities geht. Dies beinhaltet einen Perspektivwechsel in den behördlichen Handlungsroutinen im Umgang mit Rom:nja und Sinti:zze: durch rassistuskritisches Monitoring insbesondere behördlicher Praktiken – weg von pauschaler Abwehr, Verdachtskultur und Segregation in den behördlichen Handlungsroutinen, hin zu jeweils individueller Fairness und Gerechtigkeit. Weg vom in existentiellen Dauerstress versetzen in endlose Warteschleifen hin zu praktischem individuellem Helfen.
- 3) Der intergenerationellen Weitergabe von Traumata aus dem NS-Völkermord (und Jugoslawienkriegen) endlich Beachtung zu schenken. In Zusammenarbeit mit den Communitys sind geeignete Beratungs-, Gesprächs- und Therapieangebote zu entwickeln und zu fördern.
- 4) Institutionelle Diskriminierung in den Blick nehmen im neuen Landes-Antidiskriminierungsgesetz und Schranken setzen. Bisher ist der gesamte Verwaltungsbereich wie Schulen, Hochschulen, Polizei, Kirchen und Behörden vom Antidiskriminierungsgesetz ausgenommen, kann also nicht geahndet werden. Bis heute ist es so, dass sich Beschwerden an Ämter mit deren Verneinung der Sache sich erledigt haben – ohne dies überhaupt beweisen zu müssen – reicht eine einfaches: Nein.

---

2 ▶ „Anhang 2: Minderheitenschutz“ auf Seite 91  
und ▶ [zentralrat.sintiundroma.de/arbeitsbereiche/minderheitenrechte](http://zentralrat.sintiundroma.de/arbeitsbereiche/minderheitenrechte)

## **Fortschritte**

Noch bis vor zehn Jahren waren in Freiburg die Begriffe »Rassismus« wie auch »weiße Deutsche« als Begriffe tabu, heute sind sie im Diskurs. »Man« sprach bis ins 21. Jahrhundert in Deutschland öffentlich wenn überhaupt von Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit und »weiße« Deutsche gab es nicht, sie waren das Normal - unsichtbar ohne begriffliche Fassung und Tätergeschichte.

Unter den Sinti vor allem, weniger auch unter Roma, korrespondierte obige Haltung damit, dass die Deutschen als Nazis, Faschisten etikettiert wurden und Gewalt ein legitimes Mittel sei, sich zu behaupten – entsprechende Phantasien der Rache inklusive. Diese Zeiten gehen vorbei und heute ist es um den »Sinti-Platz« gewaltfreier sowie friedlicher geworden ... auch durch diese unsere Berichte. Mittlerweile fanden/finden sich Worte, Begriffe für gefühlt Erlebtes meist verbunden mit dem bis heute lebendigen Hintergrund familiärer Traumatisierungen – Worte mit denen dann auch im öffentlichen Dialog aus gegenseitiger Pauschalierung herausgetreten werden kann und Differenzierung möglich wird. Eine Reihe von AkteurInnen treten seit Jahren aus der Resignation und Fatalismus »in Deutschland ändert sich nie etwas– alles nur Nazis« heraus, bei den Sinti möglicherweise die erste freie Generation in Deutschland nach 600/700 Jahren Verfolgung. Dies wirkt wie ein Lösen aus dem Würgegriff – der Alternativlosigkeit zwischen Flucht oder Angriff – und Sauerstoff für freies Atmen mit weiterem Horizont und Optionen. Im Freiburger Mainstream galt lange, z.T. gilt dies bis heute, dass Rassismus vor allem eine Sache der Rechten sei. Die Ergebnisse unserer Antidiskriminierungsberichte seit 2018, dass nämlich in Freiburg der kulturelle Alltagsrassismus, in einer vornehmlich »weißen (akademischen) Mitte« vorherrschend sei, wurde ignoriert oder als Beleidigung abgewehrt. Anhand einer Reihe von Fällen dieser Art, die in den letzten Jahren öffentlich und bearbeitet wurden, in Kitas, an Schulen, Behörden, um Armut und Bettler, in der Debatte um NS in Freiburg beginnt eine Wende im Stadtdiskurs: Es wird der kulturelle Alltagsrassismus als gesellschaftliche Realität in Freiburg anerkannt und drüber gesprochen. Im Bericht der »Fachkommission Integrationsfähigkeit der Bundesregierung« hört sich das so an: dass der Rassismus »sich vom biologistisch argumentierenden zu einem kulturell begründeten Rassismus verschoben hat. Diese Sichtweise schlägt sich insbesondere im Phänomen der Islamfeindlichkeit nieder. Aber auch im Antiziganismus – dem Rassismus gegenüber

Sinti und Roma – finden kulturalistische Argumentationsmuster ihren Ausdruck.«<sup>3</sup>

Im Zentrum des städtischen »NS-Gedenkens« stand bis vor kurzem der Holocaust an Juden, wobei die anderen Opfergruppen öffentlich keine Beachtung fanden. Dies obwohl praktisch jede Sinti-Familie vom Holocaust betroffen ist. In Konfrontation mit der Stadtverwaltung und in Zusammenarbeit um die NS-Geschichte Freiburgs im Rahmen des NS-Doku-Zentrums löste sich dieses Muster. 2022, am Auschwitztag im Januar, glückte der Versuch, das rituelle Format des Gedenkens abzulösen von einem Format der Aufklärung über die Tatsachenwahrheiten am Thema »Asozial und Zigeuner«.

Im Jahr 2021 begann im AMI die Projektgruppe »Wege ins Bleiberecht« sich um eine Beschleunigung in der Erlangung eines Aufenthalts in Freiburg zu kümmern. Mehrere Dutzend Roma, die teilweise seit zehn und mehr Jahren in Kettenduldung (unter permanenter Abschiebungsgefahr) leben, Roma erlangten so den ersten Schritt in die deutsche Gesellschaft.

Mit der Stadtverwaltung konnte trotz/wegen der Konfrontationen 2021 ein Weg der Zusammenarbeit gefunden werden – ähnlich wie mit dem Polizeipräsidium 2020 – nun wie von uns gewünscht auf Basis von schriftlichen Ergebnisprotokollen, festen Terminen und festen Ansprechpartnern (► [„Anhang 1: Kooperationsvereinbarung“ auf Seite 90](#)). Erstmals in der Geschichte Deutschlands berichtete 2021 eine vom Bundestag beauftragte unabhängige Kommission über den Rassismus gegen Sinti:zze und Rom:nja. Das Ergebnis ihrer zweijährigen Arbeit: Rassismus sei eine allumfassende Alltagserfahrung für die Minderheit. Es zeige sich ein Versagen deutscher Politik, deutscher Gesetzgebung und Rechtsanwendung. Rassismus gegen Sinti:zze und Rom:nja bestehe beispielsweise in kommunaler Verwaltung, Schulbüchern und bei der Polizei. Der Deutsche Bundestag debattierte darüber, die Bundesregierung beschloss daraus eine Strategie, setzte einen Antiziganismus Beauftragten ein und der Bundespräsident entschuldigte sich bei den Communities für ihre doppelte Verfolgung am internationalen Roma Tag 2022 – alles in einem Jahr 2021/22 – aber das mediale und öffentliche Interesse blieb bis heute

---

3 ► [»Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten«, 2020](#)

sehr gering. Den regionalen Zeitungen wie Badische Zeitung und Südkurier war beispielsweise all dies nicht mal eine einzige Notiz wert.

In diesem Kommissions-Bericht »Perspektivwechsel – nachholende Gerechtigkeit – Partizipation« wurden die Diskriminierungsberichte aus Freiburg als »längst überfälliger Perspektivwechsel« aus Betroffenen-sicht und unsere Kritik am »weiß- akademisch dominierten Antiziganismus«-Modell als Teil (und zwar der von Seiten der Roma/Sinti) des bundesweiten Diskurses beschrieben und anerkannt.

Die Roma und Sinti sind weder eine »gefährliche« noch eine »gefährdete Gruppe«, sondern BürgerInnen, die bis heute ihrer Rechte beraubt werden. Wir wollen: Die Anerkennung des Völkermords mitsamt seiner Vorgeschichte und seiner Auswirkungen bis heute, und die gesellschaftliche Teilhabe als gleichberechtigte StaatsbürgerInnen und als bundesweite sowie europäische Minderheit.

# Fälle, Berichte und Kommentare

## **Charakterisierung der anonymisiert »sprechenden« Subjekte:**

R = Roma / S= Sinti / D = Deutsch

m= männlich; w = weiblich

dann Alter: zB 16 Jh.

dann Status: I = illegal; S=staatenlos; D= Duldung; A= Aufenthalt;

P = EU Pass;

## »» FÄLLE »» Öffentlicher Raum

Für das Lebensgefühl (und den pers. Aktionsradius) macht es einen großen Unterschied, ob du durch Hautfarbe »schubladisiert« werden kannst oder nicht. Ob du sichtbar »anders« bist oder ob du als »normale Deutsche« durchgehen kannst. Das Blickregime zu unterlaufen ist dabei die (öffentliche) Kunst; eine Kunst die von Vollmaske bis zu Bleichungscremes geht, um sich dem (allgemeinen Schönheitsideal) weis zu nähern im Identitäts-Wechsel-Spiel als Real-Theater, um vielleicht den Exotisierungsbonus zu erlangen. Hier im öffentlichen Raum ist im Gegensatz zu den geschlossenen »rassifizierten« Räumen (Arbeit, Schule, Ämter) eine Menge Platz für situative Kreativität, aber trotzdem würde sich kaum jemand in der Öffentlichkeit – bei Nachfrage – als Roma oder Sinti vorstellen. So weit wirkt heute noch der jahrhundertelange »Böse Blick« auf die Minderheit.

**» Als ich von Stuttgart nach Freiburg zog, fand ich viel Schönheit: Kopfsteinpflaster, historische Gebäude, eine großartige Fahrradkultur, viel Grün, die Bächle, viel Sonne, sehr nette Menschen, und ein schönes Umland... dennoch fiel mir auf, dass ich irgendetwas hier sehr vermisste. Nach einer Weile wurde es mir klar: Wo waren sie, die jungen erwachsenen Kinder der Gastarbeiter, die stets viel Lebendigkeit, Farbe und Schönheit in Stuttgarts Straßen bringen, wo waren all die frisch Zugewanderten? Gab es die in Freiburg gar nicht, oder waren hier einfach viel weniger Menschen aus anderen Kulturkreisen? Irgendwann bemerkte ich, dass es in Freiburg nicht unbedingt weniger Menschen mit Migrationsgeschichte gab,**

**sondern, dass man in Freiburg einfach separiert lebte, dass sich die Menschen im Stadtbild untereinander weniger mischten und die Innenstadt weiß ist, nicht so wie Stuttgart bunt. Sehr schade, dachte ich. Bis dato waren solche Begegnungen eine Selbstverständlichkeit für mich gewesen. Erst jetzt begriff ich, dass es nicht überall so ist und erinnerte mich an viele schöne und bunte Momente in Stuttgart, mit Bekannten, Unbekannten und Freunden von überall her. « D w 32 Jh P**

**» ... in diesem Jahr mehrere Eltern ihren Kindern untersagen außerhalb von Weingarten öffentlich Romanes zu reden, damit sie nicht erkannt werden, nicht auffallen ... « S w 36 P**

» Wir haben Tauchunterricht gebucht in Br. ... der Termin stand, erstes Treffen: geklingelt und die standen sprachlos da wie unter Schock mehrere Sekunden lang; sie wussten nicht wie mit uns umgehen, ... wir haben versucht im Gespräch dies auflockern ... die waren vollkommen überfordert mit der Situation dunkelhäutige ›Zigeuner‹ an der Tür, wollen die uns berauben? « S w 35 Jh P

» Ich wurde zum Geburtstag eingeladen von einem Schulkolleg; dann kurz davor wieder ausgeladen, weil seine Eltern, nicht wollten, dass ein Zigeuner zu ihnen nachhause kommt. Meinen Schulkollegen war dies peinlich « S m 15 Jh P

» ... auf der Organisationssitzung für Musikveranstaltungen – wir kamen anscheinend als letzte bei den Gesprächen über die einzelnen Plätze. Es war schon alles informell verteilt die Plätze und das Geld für Aufwandsentschädigungen für Helfer. Wir machen bei diesem Festival seit vielen Jahren mit und ich äußerte: Wie machen wir das mit dem Geld für unsere Helfer, wenn ihr schon alles aufgeteilt habt? Unsere Helfer leben am unteren Rand in Flüchtlings-

heimen und sind im Asylverfahren. Ob dies so gerecht sei ... nix kam, nix ... alle schwiegen und demonstrierten so unausgesprochen dass es so ok ist; vor ein paar Jahren wär dies unmöglich gewesen und eine Debatte hätt begonnen wie man dies ausgleichen könnte. Jetzt saßen um den Tisch eine neue Generation weißer mittelständischer Jugendlicher in subkulturellem Habitus und Outlook – und für sie war dies vollkommen selbstverständlich so – für die eigene Gruppe möglichst viel rausholen und was gehen mich die Anderen an. Ich bin aufgestanden und gegangen. « R m 55 Jh P

» ... wieder mal in die Innenstadt gegangen... von Weingarten aus wo ich wochenlang nicht rauskam auch wegen Corona ... Steh in der Schlange im Geschäft vor und hinter mir weiße Mittelstands Mütter in den 20igern ... Kinder von beiden kommen auf mich zu. wir lächeln ich sprech sie an, beide reißen hektisch ihre Kinder zurück, ein Kind kommt wieder, die Mutter hält sie an der Hand fest – Gesicht wie Maske hart abweisend, ich frag sie: gehts noch, was soll das ... sie schaut mich starr wütend an und wendet sich ab, ihr Kind fest an der Hand ... « R m 73 Jh P

» Man kommt in die Freiburger Innenstadt und kommt einem das Gefühl in den 80igern zu sein; eine weiße Gesellschaft mit ein paar farbigen Exoten feiert sich selbst « S w 65 P

» Komm an den Dietenbachsee wie jeden Tag mehrmals, es ist heiß viel Leut da viele weiße studentische Jugend hierher aus anderen Vierteln gefahren; sie bringen ihr Verhalten mit und sehen als selbstverständlich an, dass sie das Sagen auch hier haben; reservieren Platz, machen sich breit. Ich komm an – stell mein Fahrrad ab so wie alltäglich, nahe am Ufer – zieh mich um und plötzlich fühl ich wie Blicke starr auf mich aus dem Wasser mich taxieren ... und sofort aus Wasser kommen und Revier körperlich demonstrativ gegen mich aufbauen – dicke Brust, mehrere x mal ihre Gegenstände platzieren und so demonstrieren wollen, dass sie hier sind... ich frag sie : Gibts ein Problem? « R m 45 Jh P

» Als die Mutter meines Freundes, erfahren hat, dass ich eine Romni bin, wollte sie sofort das wir den Kontakt abbrechen. Ab da, war ich nie mehr zu dem nach Hause. Jetzt treffen wir uns heimlich. « R w 15 Jh D

» ...wir waren in einer Gruppe ›Jungens‹ unterwegs, dann in der Straßenbahn. Und unterhielten uns auf Romanes. halt so normal nichts Besonderes ... beim Aussteigen fragte ein älterer Mann hinter uns, welche Sprache wir da sprechen. Ich sagte: Sintisprache, Romanes und er sofort: ›Ah da hatt` Hitler euch wohl vergessen‹ unter uns schlagartig wie Eis eingefroren zugleich unendlich die Sekunden lang – gefühlt wie Jahrhunderte – wir schauten uns nur an, sagten nix und waren schnell weg « S m 35 Jh P

» Im Laden Großeinkauf erste Tage Sommercamp auf Insel Usedom. Ich hab einige Fragen an Verkäuferin wo dies und das. Erst ignoriert sie mich, antwortet nicht, so als ob es mich nicht gäbe; dann als ich deutlicher und lauter nachfragte. Ihre Antwort drauf, ich solle mich nicht so frech hier aufführen, darauf ich, wie freundlich sie doch sind und sie darauf gerichtet an ihre Verkäuferkollegin: Ich war doch freundlich? Und die Kollegin antwortete: Ja normal. « R m 45 Jh A

» Im Geschäft stehen zwei Männer vor dem Regal und einer von denen sagte: ›Wie kann man nur eine Sauce nach so einer ekligen Rasse nennen?! « R w 14 Jh A

» Auf Usedom in der Inselhauptstadt, wir Gruppe Roma offen sichtbar und suchen einen Türkenladen, weil uns Gewürze fehlen. Also wir fragen wo gibts hier einen Türken und wir wissen aus den früheren Jahren in Wolgast gibt es einen Türken, aber nicht mehr wo; wir haben in 20 Minuten nur zwei Arten von Antworten bekommen – die einen ignorierten uns und gehen weiter roboterhaft und die anderen ›Hier ist Deutschland, wir wollen keinen Türken. «

R w 31 Jh A

» ... mir selbst Deutsche nahe Bekannte und Freunde auch nach Jahrzehnten nie wirklich vertrauen. Ich hatte durch mein Immobiliengeschäft super verdient, dadurch kamen Gerüchte auf, dass es wohl nicht ganz rechtens zugegangen sei. Ich finde das traurig und es ist ein wichtiger Punkt, den ich hier beschreiben muss: Bei ›Zigeuner« und Juden wird Wohlstand und Erfolg nie auf Fleiß oder Kompetenz zurückgeführt. Es herrscht immer Misstrauen und die Unterstellung steht im Raum, dass unter der Hand gehandelt wurde. Unter diesem Generalverdacht zu stehen, verletzt mich immer wieder aufs Neue. «

S w 45 Jh P

» ... auf dem Weg an der Dreisam. Höhe Wiehre. Fußweg ... ich fahr mit Fahrrad. Vor Mann mit Hund und Kindern, der den ganzen Weg einnimmt steig ich ab. Er lässt mich nicht durch – er so Mitte 30 ig (Urban Style gehobener Mittelstand Hipster Typ auf supercool gemacht) lässt mich nicht vorbei auch als ich ihn drum bitte, sondern versucht mich die Böschung runter zu schubsen, immer dabei schreiend dies ist ein Fußweg und ich soll dahin zurückgehen, wo ich her komm. Ich komm vorbei dabei tritt er mich und das Fahrrad. « R m 73 Jh P

» Es ist Scheiß-Gefühl ständig ausgegrenzt zu werden, es ist traurig und macht mich wütend dauernd angeglotzt zu werden als ob die im Zoo Schimpansen Familien zusehen würden. Das ist immer so, egal wo man hinkommt. Es nervt ob in einem Restaurant auf dem Spielplatz, im Schwimmbad überall dasselbe. Das macht was mit uns. « R m 37 Jh P

» Was? Du bist Roma? Das siehst du doch! Aber eine Frage – warum passt ihr euch hier nicht an und integriert euch nicht? Die meisten sind seit Jahrzehnten hier und können nicht mal deutsch? « R w. 23 Jh A

» Wir waren Freundinnen in Innenstadt. Wir sprechen Romanes laut und lustig, haben Spaß gemacht. Und die Leut blieben stehen, haben uns angestarrt als ob wir Tiere sind, wir hätten mit Hut rumgehen sollen und Geld verlangen, echt wie Zoo standen die um uns, die sind voll krank die Bleichgesichter. « S w 15 Jh P

» Meine Freundin und ich, wurden aufgrund unsres Aussehens, in einem Geschäft gebeten, unsere Taschen zu leeren. Obwohl die Kameras bestätigen, dass wir nichts genommen haben, mussten wir trotzdem vor allen Leuten weggeführt ins Büro unsere Taschen leeren. « S w 16 Jh P

» Meine Mutter, wird in der Bahn, respektlos angemacht. Keiner reagiert, meine Mutter schrie: »Sie sollen aufhören.« Einer hat dann gesagt die Zigeunerin denkt wir helfen ihr, und viele lachten. « S m 20 Jh P

» Auf der Strasse in Innenstadt, wir ohne Maske, war seit kurzem auch nicht Pflicht, beschimpfen uns immer wieder Leut: typisch Zigeuner! Ihr Abschaum, ihr steckt uns an. « R m 23 Jh A

» Ich erlebe oft auf Stereotypen reduziert zu werden, wenn man sich als Sinteza »outet«. Dann heißt es: »Aber du und deine Familie leben ja gar nicht im Wohnwagen.« »Ich dachte, ihr könnt alle nicht lesen und schreiben« – »Ich wusste gar nicht, dass eure Leute richtig arbeiten.« Was mich sehr verletzt bis heute und die Leut merken das nicht und die meisten meinen es ja auch nicht böse. Aber wir Sinti haben davon einen Minderwertigkeitsproblem, in das wir durch die nie aufhörenden Vorurteile hineingewachsen sind. « S w 44 Jh P

» L. trifft sich mit Roma und Sintis. In der Schule hat er nur Roma Freunde. Er wurde von einem Mann beleidigt als Hund. Er hat sich bei seinen Freunden Hilfe geholt. Dann ist der Mann abgehauen. Er hat keine Anzeige bei der Polizei gestellt. Mit der Nachbarschaft haben wir kein Problem. Zuhause fühl ich mich sicher, weil ich nicht alleine bin und in der Innenstadt fühl ich mich nicht sicher, weil ich Angst habe, dass mir was passiert und ich Probleme mit der Polizei bekomme. « Interview mit R m 15 Jh D

» Neulich wieder die berühmte Frage: Wo ich herkomme? Im Museum bei `ner Eröffnung ... ich grinste und überlegte dann ein bisschen und antwortete: ›Aus der Vagina und sofort der Totalschock rundrum im Kreis. Na also, hören sie mal ... ; und ich: ›Sie etwa nicht oder sind sie eines der ersten Retortenbabys, drauf lachten alle und ich war ein bisschen stolz auf mich ... ja, das war gut gekontert. Nehmt den Spruch, der ist super. « R w 28 Jh P

» A.B trifft sich viel mit Sintis und Roma. Er wurde in den letzten Jahren beleidigt bedroht und angespuckt. A.b hat sich Hilfe bei seiner Lehrerin geholt, er hat noch keine Anzeige bei der Polizei gestellt. Er wurde als Zigeuner, Nigger beleidigt. Er diskriminiert nicht die Leute und hat auch kein Problem damit. Mit der Nachbarschaft hat er noch keine Probleme. Zuhause fühlt er sich nicht sicher weil er noch kein Aufenthalt hat. In der Innenstadt fühlt er sich auch nicht sicher, weil er Angst hat das fremde Leute kommen und ihn abziehen. Er ist seit 6 Jahren in Deutschland und kommt aus dem Kosovo. Er hat 2 Geschwister. Seine Eltern sind hier her gezogen weil es dort kein gutes Leben ist und es keine Arbeit gibt. « Aus Interview mit R m 14 Jh D

» Alte Frau ruft: ›Scheiß Zigeuner«, mir hinter her, als ich sie aus Versehen angerempelt habe, ich hatte es eilig. Ich entschuldigte mich bei ihr und sie meinte nur: ›Ja, ja haut ab ihr Zigeuner. « R m 17Jh A

» Wir waren in Geschäft und sprechen Romanes, da kommt Verkäufer und meint ›Hier wird Deutsch gesprochen« – wir sagen kein Problem: Wir sprechen auch deutsch, neben uns sprechen sie Französisch und der Verkäufer müht sich auch auf Französisch, wir helfen gerne aus, mein Vater ist französischer ›Zigeuner« kein Problem gerne. Wir lachen gerne und machen uns drüber lustig welche Sprache geht und welche nicht: nicht geht Russisch, Arabisch, Romanes, Türkisch, Chinesisch... dagegen ganz ganz oben steht: Denglisch, die ganze Deutsche reden deutschenglisch Mischmasch und fühlen sich supercool kosmopolitanisch, da lachen wir nur. Auf welchem Trip sind die denn nur? « S m 38 Jh P

» War bei der Post in der Wiehre, eine der letzten Postläden in der Stadt. Wir – 4,5 Leut` – warten, dass aufgemacht wird, da kommt ein na vielleicht 20-ig jähriger – super (teuer) aufgestylt auf Subkultur – und stellt sich vorne-dran. Na ja – alle warten, die Tür wird aufgesperrt und ich mach ihn drauf aufmerksam: ›Junger Mann, da sind noch 5,6 Leut vor ihnen dran sind.‹ Er reagiert nicht mal drauf, drauf wiederhol ich mich energischer, er erwidert was mich das angehe, ich solle mal ruhig sein ›Alter‹ und dahingehen wo ich herkomme, ... ich kochte innerlich hoch ... und erwartete jemand der Umstehenden und in der Reihe an sich vor ihm, würden was sagen, schaue sie an ... aber es kommt nix : sie schauen weg, sagen nix. Derweil kommt noch jemand, an der ganzen Schlange vorbei ... sie müsse nur was abgeben, mit Happy People-Maske lachend ... außer mir dunkelbraun sind alle Weiße. « R m 43 Jh P

» Wir gehen ganz entspannt in Innenstadt da auf einmal springt eine Maskierte empört und schreiend auf der Straße zur Seite: ›Ihr steckt uns an‹ ... zieh`. ne Maske an, ihr seid Teufel, ihr « R m 17 Jh A

» Manchmal traue ich mich nicht zu sagen, dass ich Roma bin, weil sofort verurteilt wird und man viel Nachteile bekommt. Andererseits denk` ich, man muss den Leuten zeigen dass sich viel verändert hat. Z.B. das soziale Verhalten, dass es wichtig geworden ist eine gute Bildung zu haben und das man sich integriert hat. Aber man muss halt im Hinterkopf haben, dass es immer wieder plötzlich zu Nachteilen kommen kann ... zu Gewalt, zu Überfällen, zu Mord. « R m 45 Jh P

» Am Schlimmsten find ich, sind Sachen die einem unterstellt werden, die so daneben liegen, dass ich vollkommen perplex bin und für Sekunden gar nicht weiß, was ich da antworten soll. So ists mit der Unterstellung wir würden stinken und wir seien dreckig. Das ist so dermaßen abwegig, kucken sie mal wirklich nach wie Sinti und auch Roma leben, welche Reinlichkeit da herrscht, da können sie vom Boden essen, so sauber ist es. « S m 52 Jh P

## Kommentar: Politik des Ressentiments

Wir erleben eine merkwürdige paradoxe Gleichzeitigkeit insbesondere mit Politik und Verwaltung. Wir werden diskriminiert und zugleich wird die jeweilige Diskriminierung verneint. Es wird die Existenz Roma-feindlicher Einstellungen geleugnet und zugleich spüren wir aggressive Impulse von ihrer Seite. Die Empfindungen der Diskriminierten anzuerkennen werden verweigert, überhaupt Diskriminierung zu thematisieren wird abgewehrt. Woher diese emotionale Abwehr bei gleichzeitig auffällig dünner bis keiner Argumentation und Selbstreflektion? Dieses paradoxe Muster weist auf irrationale unbewusste Tiefenstruktur hin. Woher kommt es nur – ein Versuch.

Er »den bösen Feind concipirt, und zwar als Grundbegriff, von dem aus er sich als Nachbild und Gegenstück nun auch noch einen guten ausdenkt – sich selbst!« charakterisiert Nietzsche die Neukonstituierung des bürgerlichen Subjekts in stürmischer Industrialisierung/Kapitalisierung im 19. Jahrhundert. Und der »böse Feind« jahrhundertlang konstruiert ist der »Zigeuner« als Antipode der Arbeit – »fremd faul und frei« – als Gegenbild des – sich selbst durch innere Arbeit – unterworfenen Subjekts. Es ist das Gegenbild zusammengesetzt aus Kollagen des Unerhörten, als das (in erfinderischer Selbstpreisgabe) konstruierte ›Asoziale‹, ›Parasitäre‹, ›Lästerliche‹, ›Nicht-Arbeitende‹, ›Stehlende‹ ›Lustvolle‹. Der Angelpunkt ist Arbeit, die leidverursachende Arbeitsgesellschaft auf deren Rückseite sich passgenau der Anti-Roma Komplex »fremd, faul und frei« ... und das »Unerhörte« auftut. Das Unerhörte in seiner doppelten Bedeutung: als der nicht gehörte (unerhörte) innere Wunsch, den Leistungsanforderungen der Arbeit zu entweichen, sowie als die äußerliche Unerhörtheit, die projektiv an Roma und Sinti erst »bewusst« wird, wenn es heißt, ihr Verhalten sei »ja wohl unerhört«! Es ist das unbewusste Wiederfühlen der Ent- und Versagungen des bürgerlichen Subjekts. Re-sentir – der Stamm von Ressentiment – heißt »Wieder fühlen«.

In diesem Unerhörten handelt es sich um unerfüllte Wünsche, die im Anderen gesucht werden: das unbefriedigte Bedürfnis macht das Gegenbild und will den ›Zigeuner‹ und die mit ihm verknüpften Übertretungen Glück, Lust, Freiheit als Existenzweise sehen, sie nach-

empfinden, sie fühlen. Was er hingegen nicht wahrnehmen will und auch kann, sind Roma und Sinti als reale Menschen.

Aus dieser Tiefenstruktur entspringt die Verweigerung, Roma und Sinti Selbstdefinitionen, Selbstentwürfe und eigene Identitätsbildung zuzugestehen. Es sagt stattdessen: »Wie Zigeuner sind, bestimme ich«, und greift dabei projektiv in die Untiefen eigener Sehnsüchte, Träume, Aggressionen und Ängste – unter Ausblendung der realen Tatsachen. Dem folgt unweigerlich der »Existenzialneid« – einer Neidform, die »flüstert gleichsam fortwährend: »Alles kann ich dir verzeihen; nur nicht, daß du das Wesen bist, das du bist; nur nicht, daß ich nicht bin, was du bist.« Aus diesem Existenzialneid entsteht der persönliche Racheimpuls, der die jahrhundertelange Verfolgung und den Rassismus gegen Roma so wesentlich bis heute prägt.

Oder in anderen Worten aus der Perspektive der Roma/Sinti:

Wir haben es hier mit dem Grundbauplan toxischer weißer Identität zu tun, entzieht sich das Objekt des »Anderen, des Fremden« bedeutet dies Amputation seiner Identität, implodiert oder explodiert sie mit entsprechenden Folgen. Dies sichtbar zu machen bedeutet diesen jahrhundertelangen Entmenschlichungs-Vorgang die Grundlage zu entziehen und den Weg für andere Arten der Selbstermächtigung und Identitätssetzung zu öffnen, die ohne den Anderen/Fremden, ohne Feind auskommen.

## »» FÄLLE »» Arbeit

Der Ausbeutungsdruck hat während des Jahres weiter zugenommen. Mit dem Ukraine-Krieg allerdings hat sich die Lage auf dem internationalen Arbeitsmarkt geändert. Dieser Markt deglobalisiert sich sprunghaft zugunsten der Arbeitnehmer. Die Folgen der Demografie in Deutschland treiben diese Entwicklung zusätzlich an. Welche Folgen dies auf das gesamte gesellschaftliche Gefüge haben wird, ist wohl mit die spannendste Frage der nächsten Jahre. Wird dies ein Schub an Gleichberechtigung? Der Anteil an Selbstständigen und Existenzgründern hat seit Pandemie-Beginn unter den migrantischen Gruppen und speziell unter Roma und Sinti stark zugenommen. Nur die Schranken sind weiterhin hoch: es gibt kaum bis keine (in Weingarten) Gewerbeflächen, Unterstützung wie für start ups fehlen ebenso wie das Investorenkapital.

**» Ich hab jetzt meine Maler- Ausbildung nach zwei Jahren gekündigt und bin gegangen. Das kam so: im ersten Jahr hab ich mich voll angepasst und alles und noch mehr gegeben, was von mir gefordert wurde und meine Schnauze gehalten, alles runtergeschluckt. So musst ich immer mehr schaffe als die andere und dazu die schwerste Arbeit – immer ich – wie Sandsäcke Treppen und Leitern hoch schleppen. Die anderen Mitarbeiter alles Gadje machten nur noch Witze über mich: wie Zigeuner-Kuli oder unser Sklave und arbeiteten dafür umso weniger. Beim Chef hab ich dann nach über einem Jahr das erste Mal beschwert, er hat mir nicht geglaubt. Das wiederholte sich ... die Pausen wurden immer länger. Ich nahm**

**sie auf mit Handy, wie sie über eine Stunde Pause machen und ich und noch ein Lehrling für sie arbeiten mussten und dafür noch beleidigt wurden. Mit den Aufnahmen ging ich zum Chef, zeigte die ihm als Beweis, der war geschockt. Ich hab drauf gekündigt. Wie ich später hörte hat der Chef den meisten gekündigt** «. R m 21Jh A

**» die Berufsberaterin fragt mich, ob ich denn wenigstens das Kopftuch abnehme zur Arbeit, dann wird man sich überlegen, ob ich mich nicht auf eine Stelle als Medizinisch-technische Assistentin bewerben könne. Dort sollen bereits mehr Menschen wie ich arbeiten, sagte die Beraterin** « R w 24 Jh A

» Ich stamme aus der Nähe von Constanza in Rumänien und habe fünf Kinder und 12 Enkelkinder. Wir haben ein Haus außerhalb, das Dach ist kaputt, es regnet rein, das Holz wird faul. Für die Reparatur brauchen wir Geld, deshalb gehen mein Mann, ich und die Ältesten Betteln immer abwechselnd. Mit dem Bus nach Mailand und von da nach Schweiz, weiter nach Deutschland. Ich schlafe unter einer Brücke bei der Straßenbahn. Am Tag verdien ich 10–40 Euro, habe immer meine Orte und Leute die geben. Muss aufpassen auf Stadtpolizei die immer kommen, Geld wegnehmen und wollen dass ich weggeh, besser ist, ich geh gleich wenn ich sie seh, dann weniger Stress. « (übersetzt) R w 45 Jh P

» Habe eine Ausbildung gemacht ein halbes Jahr für Security. Jetzt arbeite ich fast 2 Jahre aber mit immer wieder mit erneuertem befristetem Arbeitsvertrag. Ich brauche für Aufenthalt einen unbefristeten Vertrag, das wissen die und so werd immer ich angerufen wenn jemand ausfällt, meist am selben Tag, soll ich einspringen, wie soll ich nein sagen? ... so hab ich dann wochenlang keinen freien Tag, das Familienleben leidet und ich bin im Dauerstress. « R m 28 Jh D

» Ich hab auf Ausbildung gekündigt. Ständig wurden Witze über mich gemacht und immer gings drum, wie ich die Arbeit machen muss, wie du bist doch ›affenstark‹ und dir macht doch ›Hitze nichts aus‹. Bin immer zweimal zum Chef und beschwerte mich. Er meint: › so ist Handwerk‹ und ich solle weghören und wenn ich mich nicht anpasse an Deutschland dann krieg ich ne Abmahnung. Darauf habe ich gekündigt « R m 23 Jh P

» Nach dem Kurs B1 ging ich – EU-Bürgerin – auf Arbeitssuche. Meiner Arbeitsvermittlerin im Job Center hab ich mein Wunsch wieder als Speditionskauffrau zu arbeiten, aber die: Nee, gar nicht, du bist Putzfrau. Ich erhielt vier Vermittlungsvorschläge als Reinigungskraft und das trotz einem positiven Berichts von der Beratungsstelle. Die Begründung Vermittlung in den Arbeitsmarkt ist vorrangig. «

R w 35Jh P

» Als mein Chef mitbekommen hat, dass ich Roma bin, bin ich nicht mehr an die Kasse zugeteilt worden. Ab da musst ich nur noch Ware räumen. Musst ich schlucken, bin auf die Arbeit angewiesen. « R w 25 Jh A

» Meine Schwester arbeitete in einer Eisdiele und wurde dauernd unfair behandelt. Die anderen Mitarbeiter durften regelmäßig Raucherpausen machen. Ihr wurde das verweigert. Wenn die Kundschaft nach dem Geschmack der Eissorten fragte, antwortete die Filialleiterin immer für sie und sagte dazu, dass sie zu dumm dafür ist sowas zu wissen. Dann fragte sie eines Tages nach Arbeitskleidung, die Filialleiterin antwortete, das sie erstmal abnehmen soll. Für solche Größen gibt es keine Arbeitskleidung, um darauf zu fragen, was Zigeuner zuhause so essen. Daraufhin kündigte meine Schwester. « R w 19 Jh A

» Wir arbeiten in Klinik in Essen-verteiler. Die Arbeit wird ungerecht aufgeteilt, die Deutsche bekommen kleinere Abteilung mit so 30 Patienten, wir die Ausländer die größeren Stationen mit 50 bis 65 PatientInnen. In den Stationen mit Schwerkranken, die sich nicht selbstständig versorgen können, die werden nur von unseren Leut betreut. Wir können uns da nicht wehren, doppelt so viel zu arbeiten und gleich viel Lohn. Auch haben wir Angst, weil wir Ausländer über Leihfirma kommen mit Werkvertrag, wir schnell Kündigung bekommen können. « R w 29 Jh A

» Eigentlich ist meine Abrechnung 1600 Euro, war am Fließband Gemüse putzen und verpacken 6 Wochen lang 7 Tage Arbeit. Ich bin mit Vermittler aus Rumänien gekommen und er hat uns auch bezahlt und voll betrogen. Für Vermittlung 250 Euro, für Schlafplatz 300, für Transport 250 für Arbeitskleidung 100 abgezogen, dann blieben 700 übrig – abgezogen 200 für Essen und Zigaretten, bin ich mit 500 Euro nach Rumänien zurück. « R w 35 P

» Ich war als Vollzeitkraft mit Arbeitsvertrag in einem Zeitarbeitsunternehmen angestellt. Die Auftragslage wurde schlechter, so war Arbeit nur noch 10 bis 20 Tage im Monat da. Aber ich musste immer erreichbar und einsetzbar sein, bezahlt wurde dann die tatsächliche Arbeitszeit, aber das reichte nicht mehr für die Familie. Also bin ich zur Arbeitsagentur, und bitte um Geld. Die SachbearbeiterIn sagt kein Anspruch auf Arbeitslosengeld, da Arbeitsvertrag für Vollzeit und solange gültiger Arbeitsvertrag gibts kein Arbeitslosengeld. Und dann schaute sie mit große Augen mich an: ich glaub sie haben einfach nur auf Arbeit gefehlt und deshalb so wenig Lohn. « R.m 38 Jh A

» Ich bin selbstständiger Fahrer, wir kriegen solche Paketberge die nicht zu schaffen sind; aber eine Pauschalbezahlung pro Tag 75 Euro für 12 Stunden Arbeit, aber es werden immer 14, 16 Stunden. Wenn du krank bist oder Urlaub kriegst du kein Geld. Ich hab gekündigt. « R m 30 Jh A

» Ich bin selbstständig und werd vom Arbeitsamt aufgestockt jeden Monat. Alle 6 Monate wird abgerechnet mit Belegen und so – manchmal bekomm ich noch was, manchmal muss ich nachzahlen. Jetzt auf einmal sollt ich einen neuen Antrag stellen, welchen war unklar, dann hieß es ›Sozialschutzpaket wg Corona‹ ... hab ausgefüllt, der wurde abgelehnt und die sonst übliche Aufstockung war aber auch weg, bekam wieder ein Formular zum Ausfüllen wieder der Gleiche aber was hab ich falsch gemacht, nix erläutert. « S m 35 Jh P

» Ich arbeite jetzt zwei Jahr bei ... aber niemand wusste dass ich Sinteza bin. Jetzt hat mich jemand geoutet. Nach ein paar Tagen kam der Personalchef zu mir und meinte, hätte er gewusst, dass ich eine Sinteza bin, hätte er mich nicht eingestellt. « S w 36 jh EU-P

» Auf der Arbeit musste ich 3 Gs Kontrolle machen. Alles war in Ordnung bis eine ältere Dame kam und ich ihren Nachweis und ihren Ausweis sehen wollte. Da hat sie angefangen zu brüllen: In meinem Land muss ich mich von ausländischen Abschaum kontrollieren lassen! Ich stand so unter Schock, dass ich kein Wort rausgebracht habe. Bis ich realisiert habe, was passiert ist, war sie schon im Geschäft. « R w 23Jh A

» Ich arbeite in der Reinigungsbranche fast drei Jahre, bis ich gekündigt wurde, weil ich krank war mit Attest. Bei Arbeitsgericht wurde die Kündigung aufgehoben, aber als ich arbeiten kam, wurde ich mit Beleidigungen rausgeworfen und wieder entlassen. Und ich hab wieder Klage bei Gericht gemacht. Ich muss warten bis Gerichtstermin 5 Monate. Hatte aber keine schriftliche Kündigung, deshalb kein Arbeitslosengeld. Ich beantragte eine Überbrückung durch Arbeitsagentur und so bekam ich vom Ausländeramt keine Verlängerung für meinen Aufenthalt mehr. Nach dem Prozess mit Ergebnis Vergleich war ich arbeitslos, als ich beim Arbeitsamt Antrag auf Arbeitslosengeld stelle, lehnen sie ab, weil ich keinen Aufenthalt habe. « R m 41j D

» ich muss immer die Arbeit anderer, erledigen obwohl ich mit meiner noch nicht fertig bin, ich arbeite doppelt so viel als andere aber verdiene weniger « R m 36 Jh A

» Arbeite in Krankenhaus – wir reinigen Patientenzimmer und Behandlungsräume. Wir sind über zwanzig: Hälfte Deutsche und Hälfte Ausländer, Roma viele. In der Arbeitseinteilung haben die Ausländer immer 2, 3 Zimmer mehr zu machen und meist haben die Deutsche, wenn wir schon fertig sind ihre Zimmer noch nicht fertig. Dann müssen wir einspringen und denen ihre Arbeit machen. Wir haben uns beschwert, da gabs dann nur Schreierei und wir sollten froh sein in Deutschland arbeiten zu dürfen. « R m 48 Jh A

» Als meine Arbeitskollegen nach einem Jahr rausgefunden haben, dass ich Sinto bin, haben sie mir auf einmal sehr genau auf die Finger geschaut. Ich wurde ständig beobachtet. Bei einer Bestandszählung wurde einmal festgestellt, dass 30–40 neue Autoradios verschwunden waren. Sofort wurde ich beschuldigt, bei mir zuhause wurde gleich alles durchsucht. Drei Wochen später wurden die Radios bei einem Arbeitskollegen gefunden. « S m 34 Jh. P

» War Paketzusteller, in einem Jahr wechselte der Besitzer dreimal. Jedes mal wieder neuer Arbeitsvertrag, meine Urlaubstage waren so weg und wieder neue Probezeit, kein unbefristeter Vertrag für Ausländeramt. Der Lohn war gerade der Mindestlohn, aber die 200 Pakete waren nur zu schaffen jeden Tag mit 2 bis drei Überstunden, die nicht bezahlt wurden. Der Lohn kam immer 2,3 Wochen zu spät. Ich hab mich beschwert darauf der Besitzer mit Abschiebung gedroht. Dies Frechheit von mir, meldet er dem Amt. « R. m 34 Jh A

» Mein Vater erzählte mir, wie er auf der Arbeit schlecht behandelt wird. Er muss Aufgaben anderer übernehmen, mehr arbeiten und wird trotzdem fertig gemacht. Er kann nicht so gut deutsch sprechen und sich nicht rechtfertigen bzw. wehren. Ein deutscher Mitarbeiter beschwerte sich ständig bei dem Chef wegen meinem Vater, obwohl er alle Arbeit leistete. Mein Vater wurde gekündigt, obwohl er nichts gemacht hat und sich immer an die Regeln gehalten hat. Der deutsche Mitarbeiter, der meinen Vater beleidigt und rumkommandiert hat, durfte natürlich seinen Job behalten. «

R w 17 Jh A

» Ich hatte ein Vorstellungsgespräch gehabt was gut abgelaufen ist, als ich die anderen Mitarbeiter kennenlernen durfte kam oft die Frage ›woher kommst du ursprünglich‹? Ich sagte, ich bin ein Deutscher. Alle schauten mich komisch an, und einer von denen sagte, ›der Zigeuner will es nicht zugeben‹. Daraufhin haben manche gelacht und ich wollte nur noch weg! « S m 23 Jh P

» Ich bin fast mit der Schule fertig und habe mich für viele Ausbildungsberufe beworben unter anderem auch bei einer Bäckerei, als ich persönlich mit dem Be-

treiber telefoniert hatte war alles gut und ich hatte ein sehr gutes Gefühl. Als ich persönlich da war und wir ein Bewerbungsgespräch führten, hatte er schon von Anfang an gesagt, dass es anscheinend kein Platz mehr gebe. Er hatte sich komisch verhalten und sprach in einem respektlosen Ton mit mir. Er deutete darauf hin dass ich eine Zigeunerin bin und es eh nicht schaffen würde vor allem nicht mit meinem Kopftuch. Ich war sprachlos und wollte nicht auch respektlos werden, weil zu viele Menschen in unserer Umgebung waren. Ich nahm meine Bewerbungsmappe und lief raus. « R w 17 Jh A

## » Bericht »

### Ein Jahr ... ein Jahr hab ich alles für meine Arbeit gegeben ...

» Ein Jahr lang hab ich meine Kinder hin und her geschoben, sie an Feiertagen wie Weinachten, Silvester und Zuckerfest alleine ohne Mutter gelassen sie sind schon ohne Vater aber dann noch ohne Mutter zu sein an Familientagen ... es hat mir das Herz zerrissen, auch die Tage als es Corona Verdachtsfälle gab ...

In der Kita oder Schule mussten wir noch früher rausrennen, uns mit meiner Mutter in der Stadt vor der Arbeit treffen, sie musste dann meine Kinder mitnehmen ...

Viele Samstage musste ich meinen Kinder Ausflüge absagen oder gar mitten im Ausflug musste mein Vater meine Kinder mit dem Auto abholen, weil mich die Arbeit gerufen hat. Wie oft bin ich auf

Arbeit erschienen, obwohl ich oder meine Kinder krank waren? Wie viele Elternabende/Elterngespräche musste ich absagen? Zu viele ... Immer war ich zuverlässig, was Loyalität und Pünktlichkeit betrifft.

Ich habe als alleinerziehende Mutter, die Welt umgedreht, damit ich da auftauche, war sogar, während ich am Fasten war, auf der Arbeit.

Daneben Haushalt, mit Kinder spielen, sie baden mit ihnen Hausaufgaben machen, kochen ... wann hatte ich Zeit für mich? Wann hatte ich einen Tag, einfach mal faul zu sein? Wann hatte ich Zeit einmal meine müden Füße hochzulegen? Nie!!! Ich stand immer unter Strom von A nach Z rennen den ganzen Tag. Auf der Arbeit musste ich mir sehr viel gefallen lassen, ich vermute, weil ich Roma bin und mir man laut Vorurteil nicht vertrauen kann ... es sind Sachen vorgefallen, wie plötzlich durfte ich nicht mehr so oft an die Kasse und wenn ich durfte, war immer jemand von den Schichtleitern hinter mir ... Und als ein schönes Dankeschön hab ich jetzt eine Kündigung bekommen. Für das alles wofür ich mich zerrissen habe. Als Ausrede hab ich zu hören bekommen, ich bin mit meinen Leistungen nicht gestiegen und nicht so flexibel ... aber das Komische ist, ich habe ein so tolles Arbeitszeugnis – es widerspricht sich einfach.

Sorry dass ich alleine meine Kinder großziehe ... und versuche ihnen ein gutes Vorbild zu sein; das was in meiner Macht stand, habe ich gemacht ... aber ich glaube das war immer noch nicht genug, ich bin sehr traurig ...

Die Arbeitskollegen werde ich sehr sehr vermissen, denn ich habe sie alle ins Herzen geschlossen, denn die haben mich verstanden und mich immer gelobt, wie ich das alles schaffe ... Auch der anderen alleinerziehenden Mutter, eine Sinteza, haben sie gekündigt – uns beide alleinerziehenden Mütter – wir wurden gekündigt, sonst niemand! Es ist so traurig, dass man nicht mal eine minimale Wertschätzung bekommt für die ganzen Leistungen außerhalb der Arbeit, damit man zur Arbeit pünktlich erscheint. Ich hoffe, ich finde demnächst eine Arbeitsstelle, wo das alles wertgeschätzt wird. « R w 23 Jh A

## »»» FÄLLE »»» Wohnen

Das dringendste soziale Problem in der Stadt ist seit Jahren die Wohnungsfrage. Hier erlebten wir in den letzten Jahren in Freiburg eine Renaissance als binnenmigrantische Zuwandererstadt »Pensionopolis«: Luxusapartmentblocks für Studenten, die Erbgeneration barzahlend den Wohnungsmarkt in der Wiehre und anderswo hochgejazzt und das »1%« (die Reichen der Reichen) in Freiburgs teuersten Lage am Lorettoberg ohne Bebauungsplan videoüberwachte Festungsbauten errichten kann. Währenddessen dehnt sich informelles Wohnen ebenso radikal sichtbar aus. Nicht nur entlang der Dreisam unter den Brücken, ebenso an und in den stadtnah gelegenen Wäldern und in den Migrantenstadtteilen stehen Zelte, Wohnwagen oder wird im Auto geschlafen. In den Häusern wird zusammengedrückt und die Überbelegungsmahnungen und -kündigungen nehmen zu, während die Not-Liste der Wohnungssuchenden ansteigt. Die Mietpreise haben ein Level erreicht, wo Teile des Mittelstands auf Wohngeld angewiesen ist, nur liegen die Bearbeitungszeiten durchschnittlich bei einem halben Jahr. Alle Maßnahmen die gegen die Wohnungsnot in Freiburg ergriffen wurden, scheiterten in den letzten Jahren: Vom Einfachstwohnprogramm an drei Standorten ist kaum mehr was übriggeblieben, die 50% Sozialwohnbauquote wird unterlaufen; die Sozialbauwohnungen nehmen seit über zehn Jahren ab, in letzten fünf Jahren um knapp 16 % und es ist kein Ende in Sicht. Eher ist eine Verschärfung durch die Preisexplosionen in Baustoffen, Energie und Arbeitskräften zu erwarten. Zunehmend mehr Menschen können sich Wohnraum einfach nicht mehr leisten.

Was wird dabei aus den Migrantenstadtteilen – aus den Stadtteilen des Alltags-Kosmopolitanismus, wie Weingarten, Landwasser und insbesondere den Quartieren wo Sinti und Roma vor allem wohnen: wie Lindenwäldle und Auggener Weg? Es gibt darüber keine Pläne, keine Entscheidungen, bis heute keine klaren Aussagen der Stadt sowie kaum Diskussion mit den Bewohnern. Und die Aktivitäten der Stadtbau z.B. sind widersprüchlich. So einerseits Gentrifizierung in Weingarten mit dem schlussendlich gescheiterten Versuch einen sanierten Wohnblock zu Eigentumswohnungen umzuwidmen (und diese dann als Sozialbauwohnungen zu etikettieren). Zugleich gibt es informell einen Zuzugsstopp für Roma ins Lindenwäldle. Andererseits lässt die Stadtbau das Quartier Lindenwäldle und Auggener Weg systematisch runterwohnen durch 50, 60 Jahren keinerlei Reparatur und

Sanierung – bis heute Kohleheizung, einfache Fenster und Türen – um die Quartiere platt zu machen? Und neu zu bebauen mit über doppelt so vielen Bewohnern? Beim Lindenwäldle ist der Abriss beschlossen und es besteht ein Bebauungsplan, aber der Ahornweg, Teil der Sinti-Siedlung Auggener Weg aber im Lindenwäldle gelegen, soll dabei auch abgerissen werden. Die Bewohner weigern sich, dies wird übergangen, um dann zu versuchen ihnen die Schuld zu zuschieben, dass das Quartier Lindenwäldle wegen dieser Weigerung nicht gebaut werden kann. Vieles deutet daraufhin, dass die Sinti-Siedlung mit dem ehemaligen Kulturhaus Weingarten (auch das steht seit zehn Jahren als Bauruine größtenteils leer) auch abgerissen wird und dort wie »geflüstert« 5,6-stöckig neu bebaut werden soll. Bestandsschutz? Oder ... Es ist alles im Fluss, es wird taktiert ... die Grundstückspreise galoppieren ... nur die Interessen der BewohnerInnen werden übergangen.

Und es wäre endlich mal anzuerkennen, dass diese Stadtteile als Ankunftsquartiere in Integration von Arbeitskräften besonders viel demografisch für die Gesamtstadt leisten und diese entsprechend infrastrukturell auszustatten. Diese Stadtteile dienen als Ankerpunkt und Brückenkopf für Menschen, die in Deutschland ankommen. Und sie bieten den Nährboden für eine Stadtentwicklung(spolitik), die auf Einwanderung und Teilhabe ausgerichtet ist.

**» Fast 1400 Euro Wohnraumgebühren an die Stadt zahlen wir für 2 Zimmer und Wohnküche. Das für keine Luxuswohnung sondern für eine sehr einfache. Meine Frau und ich arbeiten außer Sonntag täglich 10–12 Stunden und so können wir Miete und unser Leben bezahlen ohne Hilfe von Staat. Mehrmals habe ich versucht beim AMI für die Miete die 40% Ermäßigung für Leute, die arbeiten, zu bekommen. Es hat nicht geklappt, immer fehlte ein Schein oder irgendwas, wir haben das aufgegeben es bringt nur Ärger aber keine Verbesserung. Ich**

**kenne niemand der Ermäßigung bekommt, aber viele die bei der Stadt hohe Schulden wegen der sehr hohen Wohnraumgebühren haben und jahrelang noch abbezahlen müssen, wir auch. «**

R m 42 Jh A

**» Wohngeld beantragt bei Jobcenter dauerte halbes Jahr bis ich Geld bekam. Dreimal Ablehnung ohne eine Begründung nur immer zurückgeschickt. Die wollen, dass wir aufgeben, machen es unmöglich schwer sein Recht zu bekommen. «** S w 35 Jh P

» Nach einem dreiviertel Jahr warten auf den Wohngeldbescheid, kam er nun endlich. In der Zwischenzeit musst ich bei meinen Eltern Geld leihen sonst wären wir mit unseren 3 Kindern verhungert oder wir hätten die Wohnung verloren, weil die Miete 1300 Euro etwa nicht hätte zahlen können und was dann? Das Wohngeldamt fragt nach woher ich das Geld hatte zum Überleben, man könnte ja das Wohngeld entsprechend kürzen? Meinte die Sachbearbeiterin « S m 48 Jh P

» Wir sind ein junges Paar mit Baby, haben bei meiner Familie gewohnt, wie bei uns normal. Dann zwang uns Leut von Stadt, dass wir ausziehen, weil überbelegt ist in ihre Regeln. Und wenn wir nichts finden, dann ins Obdachlosenheim, super. Also auf die Suche gehen, ein Horror, aber wir mussten schnell das erste Beste nehmen wegen Baby. Und das war in Weingarten von privat 70 qm Wohnung für über 17 Euro Qm (ohne Strom, Müll etc) der totale Wucher, 1000 Euro als Miete und der Rest schwarz auf die Hand. Wir nahmen das aus Not und nach 4 Monaten raus, da haben wir auf Haid Neubaubauwohnung genommen 13,50 Euro/qm. Von meinem Lohn ist die Miete 65%. « R m 23 Jh. A

» Zum zweiten Mal beantrage ich nun Wohngeld bei der Stadt. Das erste Mal dauerte es 3 Monate bis ich Wohngeld bekam; zweimal musste ich beantragen jedes Mal Formular ausfüllen, Kontoauszüge, Lohn- und Schulbescheinigung – das erste Mal haben sie ohne Begründung abgelehnt – dann hab ich Widerspruch eingelegt: darauf habe ich dann eine positiven Bescheid bekommen. Aber es wurden so nicht 6 Monate Wohngeld bezahlt sondern nur 4 Monate! Jetzt nach 3 Monaten muss ich wieder Wohngeld beantragen – alle 6 Monate ! Und wieder das gleiche Spiel: Es wird abgelehnt ... und wieder werde ich so nur einen Teil des Wohngelds erhalten. Ich kenne eine ganze Reihe von Leuten, die auch Wohngeld bekommen schon allein bei uns im Hochhaus an der Bugginger und da läuft das genauso – so spart die Stadt anscheinend jeweils die Hälfte bis ein Drittel an Kosten, aber woher sollen wir das Geld holen? Jetzt da ich noch kein Wohngeld krieg, kann mein Sohn auch nicht in die Ferienbetreuung und kriegt auch keine Essensgeld. Also hier spart offensiv die Stadt an uns. Aber allgemein machen sie auf SOZIAL. « S w 39 Jh P

» Vom Versuch für ein obdachloses Paar aus Rumänien eine Unterkunft zu verschaffen. Es ist Winter und A. eine Romnija sitzt vorm lokalen Lebensmittelladen und versucht, ihre Familie in Rumänien durch Betteln zu ernähren. Im Laufe der Zeit kommen wir miteinander ins Gespräch, sie klagt über die Kälte, insbesondere Nachts, es ist Winter, sie und ihr Mann übernachten draußen. Ich wohne in einem ›linken‹ Wohnprojekt – es gibt da eine Bücherei, welche tagsüber für Treffen genutzt wird, Awareness, Politische Treffen, was man halt so in ›linken‹ Kreisen macht. Ab 22 Uhr ist der Raum i.d.R unbenutzt, bis zum nächsten Nachmittag. Ich denke mir, da lassen sich leicht Matratze, Bettzeug und ein Koffer hinter die Tür stellen, nachts zum Schlafen hinlegen. Toiletten sind vorhanden, wer will kann auch in einer zugänglichen Dusche im Projekt duschen. Ich schicke eine Anfrage in die Gruppe, welche die Bücherei betreut.

Es kam eine kurze, einfache Antwort: ›Ich finde zwar, dass die Büchereigruppe ein gewisses Selbstbestimmungsrecht hat, im Bezug deiner Anfrage wäre das für mich aber eine Sache für die Vollversammlung. Es sind ja nicht nur die Räumlichkeiten der Bücherei betroffen, sondern auch Café, Putzdienst, Nutzer\*innen der Bib,

Toilettenbenutzer\*innen‹ – aufgeschlüsselt heißt das: Bevor in der Bücherei ein paar Obdachlose die für ihre Familie Geld sammeln, übernachten darf, muss das gesamte Projekt gefragt werden, bis hin zu den BenutzerInnen einer öffentlichen Toilette, der BenutzerInnenkreis, da offen, vollkommen undefiniert ist. Im Klartext: Roma kommen hier nicht rein, es wird sich jemand finden im Projekt, wo das nicht gut findet. Und, wir sind ja alle ›links‹ und tun uns nicht weh: Wir entscheiden im Konsens. Der Treppenwitz dabei besteht darin, das der Ablehner es nicht einmal schafft, zu formulieren, das er persönlich ein Problem hat, sondern, wir kennen das von Behörden in Deutschland, eine unendliche Kette von Genehmigungen heraufbeschwört, in der niemand Schuld ist und am Ende alle tot. « D m 54 Jh P

» Meine Nachbarin sitzt den ganzen Tag und starrt zu mir was ich mache, beobachtet jeden Schritt. Ich fühl mich in Totalüberwachung. In der Nachbarschaft redet sie rum, dass der Zigeuner hier nicht her passt und wegsolle. Jede Kleinigkeit meldet sie der Hausverwaltung, wenn ich den Teppich aus wedele habe oder laut Musik mache, alles landet bei der Hausverwaltung. « S m 45 Jh P

» Ich war schwanger und wir brauchten unbedingt Wohnung. Mein Mann und ich haben nach langer Suche endlich eine Wohnung gefunden. Den Vertrag unterschrieben und die Wohnung von Streichen bis Laminat alles renoviert. Ein Tag vor Einzug tauschte der Vermieter einfach das Schloss aus und ließ uns da nicht mehr in die Wohnung. Grund sie haben es mit bekommen, dass wir Roma sind und das sollten wir selber mitteilen, da dass nicht der Fall war, können sie uns fristlos kündigen. Wir waren total von Socken und sprachlos. Er wohnt im Haus und warf uns raus und drohte mit Polizei. Das sollte unsere erste gemeinsame Wohnung werden. « R w 20 Jh A

» Wir sind in neue Wohnung gezogen und da war gleich eine deutsche Nachbarin, die stellte sich hin und filmte mit Handy alles was wir machten. Dann war es eine Minute nach 19 Uhr beim Einzug und wir bohrten und räumten, war sie gleich da und klingelte Sturm ... sie ließ überhaupt nicht mit sich reden, sondern schrie gleich los in Richtung der anderen Nachbarn zum Glück reagierte keiner. So geht es nun schon monatelang, es ist ihr Hobby Aufpasser, Polizist zu spielen, arbeiten tut sie nicht. « S w 34 Jh P

» Bei uns im Häuserblock in Weingarten – viele Sinti und auch Roma – ist dauernd Müllproblem: zu wenig Müllcontainer und offen für alle, wo dann alle bis aus anderen Stadtteilen ihren Müll noch dazu abladen. So sind Ratten und ein dauernder Müllberg alltäglich. Dann wurde mal wieder auf uns gezeigt: Seht das ist typisch ›Zigeuner‹. Dagegen haben wir Unterschriften gesammelt und Stadtbau auf gefordert: Mehr Müllcontainer und Zaun drum, damit nicht jeder seinen Müll dazu abladen kann. Eine Antwort haben wir nicht bekommen, dann Monate später jede Wohnung einen Brief: ›Verunreinigung der Wohnanlage aufgrund nicht ordnungsgemäßer Mülltrennung ...‹ Es wird nicht auf unsere Forderungen eingegangen, sondern den Mietern die Schuld gegeben, weil sie nicht ordnungsgemäß den Müll trennen und ›Falls Sie eine Person dabei beobachten sollten, die ihren Abfall bzw Gegenstände unsachgemäß entsorgt oder abstellt, bitten wir um Mitteilung an die Freiburger Stadtbau ... mietrechtliche Schritte einleiten und Kosten der Entsorgung in Rechnung stellen.‹ Also ein Aufruf zur Denunziation. Und dann wieder Monate später: Es wird nun doch ein neuer, eingezäunter Müllplatz mit mehr Containern gebaut. « S w 33 Jh P

» Wir wurden gekündigt mit Räumungsklage weil überbelegt etc. ... Haben Rechtsanwalt genommen und so bisschen Zeit gewonnen um Wohnung zu finden. Aber für Freiburg unmöglich was zu finden oder wieder Flüchtlingsheim, wo auch alles voll. Wohnungssicherung konnte uns auch nicht helfen. Haben dann Wohnung im Umland gefunden. Aber wir haben Duldung mit dem Zusatz: Wohnsitznahme nur in Freiburg erlaubt! Was sollen wir tun unter die Brücke ziehen oder Park, also wir sind umgezogen und Antrag bei Landratsamt gestellt. Nach Wochen bekommen wir Ablehnung, dann konnten wir die Duldung nicht mehr verlängern, weil wir nicht in Freiburg wohnen und in Ausländerbehörde vom Landkreis können wir keine Duldung beantragen. Praktisch sind wir jetzt illegal oder ich weiß es nicht. Und wieder Rechtsanwalt. « R m 30 Jh D

» In Bremen wurde der Fall öffentlich, dass die städtische Wohnungsbaugesellschaft gezielt Roma und Sinti als BewerberInnen für Wohnungen ausschloss und dafür Vermerke mit Zielgruppendifinition anlegte. Ich arbeite in dem Feld und wollte wissen wie dies in Freiburg läuft. Herauskam dass die städtische

Wohnungsbaugesellschaft eine informelle Regelung hat: im Lindewäldle keine weiteren Vermietungen an Roma; die Begründung ›entmischen‹, um nicht zu viele Roma an einem Ort. « D w 28 Jh P

» Habe immer gearbeitet, aber bis vor einem Jahr gewohnt in Flüchtlingsheim und deswegen seit 4 Jahren Wohnraumgebühren an Stadt bezahlen müssen. Wenn du nicht arbeitest hast du kein Problem, aber wenn du arbeitest hast du ein riesengroßes Problem, weil die Wohnraumgebühren der Stadt sehr, sehr hoch sind und sie niemand bezahlen kann und deshalb auch nicht bezahlt. Aber du musst arbeiten, weil wenn du nicht arbeitest, hast du keine Chance auf Aufenthalt-Bekommen in Deutschland. Wir haben jetzt Wohnung in Stadt und die Miete ist 600 Euro niedriger als bei der Stadt als wir im Heim waren! Das Problem ist deutsche Verwaltung. Du kannst wenn du arbeitest, 40% Ermäßigung beantragen jeweils für 6 Monate, du kannst auf dem Papier, ich hab es versucht, aber ich kenne keine wo dies auch geklappt hat. Also haben fast alle Schulden bei der Stadt meistens über 10000 Euro. Und alle haben dies hingenommen und zahlen ab jahrelang so wie eine Art Sondersteuer « R m 48 Jh A

» In Freiburg haben wir keine Wohnung mehr finden können, 20 Kilometer weiter in einem Mehrfamilienhaus in einem kleinen Ort. Wir haben zwei kleine und kranke Kinder, mein Mann arbeitet in Freiburg. Nach einem Jahr Suche war die Wohnung die einzige zu finden. Wir waren erstmal froh, aber dann schnell klar dies ist eine Falle. Im ganzen Haus nur Roma, was ja erstmal ganz gut ist. Aber die Heizung geht nur manchmal und überall Schimmel, der Hof voll Müll weil es keine Mülltonnen gibt, im Haus und überall Ratten. Und die Vermieter machen nix und sind nie zu erreichen, auch bei der Gemeinde hatten wir keine Chance, wo wir diese Zustände angezeigt haben. Wir müssen da drinbleiben. Wohngeld haben wir bei Arbeitsagentur beantragt. Jetzt geht es über ein Jahr hin und her, ob wir Wohngeld-Zuschuss bekommen. Erst wegen einer Pauschale im Mietvertrag für Nebenkosten, wo nicht klar war wie die sich zusammensetzt – zögerte sich raus –, nachdem das geklärt, kam der Antrag zurück: die Miete ist ›nicht angemessen‹ für eine Familie mit 4 Leut um 40 Euro zu teuer über der Bruttohöchstmiete. Also wieder kein Wohngeld. So geht das immer weiter. « R w 31 Jh A

» Meine Tante wurde von ihrem Mann geschlagen und wollte mit ihren Kindern weg in Sicherheit. Wir haben im gleichen Heim gewohnt. Wir konnten aber nicht helfen. Das Frauenhaus in Freiburg war voll und sie hatte vom Ausländeramt keine Erlaubnis vom Landkreis wegzuziehen. Andere Möglichkeit gab es nicht, also musste sie mit ihrem Mann bleiben auch weil sie zusammen einen Aufenthalt haben, da darf sie nicht andere Wohnung und wie neue Wohnung finden und bezahlen? Heute ein Jahr später wohnt sie immer noch zusammen und hat sich an Schläge ›gewöhnen‹ müssen. « R. W 25 Jh A

» Ich wohn jetzt in Nachbarschaft mit fast nur Kartoffeln. Und seit wir eingezogen sind haben wir ununterbrochen das Gefühl unter Generalbeobachtung zu stehen. Jeder Schritt, jede Zigarette am Fenster, jede Tüte in den Mülleimer, jedes Fahrradabstellen und jeder Besuch alles wird von vielen Augen beobachtet und sofort kommentiert. So als ob wir Realtheater für die sind. Meine Mutter hat jetzt Amulette gegen den bösen Blick gemacht und die hängen wir überall auf. Sie sagt das hilft. « R m 15 Jh A

» Wir sind seit 12 Jahren in Freiburg die Eltern und wir vier Kinder. Wir kommen aus Kosovo und sind Roma. Wir leben seitdem im Heim und haben keine Aussicht auf eine Wohnung. Das ist ziemlich frustrierend. In der Schule ist es mir oft peinlich dass ich im Heim wohne, weil die Leute dann schlecht über mich denken. Aber im Heim fühle ich mich wohl weil da viele Leute sind, die die gleiche Heimat haben und Sprache sprechen. Unsere Aussicht ist düster, nur ich habe Aufenthalt alle anderen noch Duldung d.h. wir müssen Wohnung in Freiburg finden und das ist absolut nicht möglich, weil wir nur in Freiburg wohnen dürfen « R w 16 Jh A

» Ich komme für Arbeiten nach Freiburg auf dem Bau immer gleiche Firma, habe aber keinen Vertrag sondern schwarz. Manchmal 3 Monate mit Touristenvisum, dann wieder zurück oder länger ganz illegal. Das ist so kein großes Problem und ich verdiene fünfmal mehr Geld als in Bosnien für gleiche Arbeit – das ist gut. Aber das Problem ist Schlafen, wo? Manchmal kann ich auf Couch von Kollegen oder Roma-Bekanntem, aber oft auch bleibt mir nur auf der Baustelle. « R m 32Jh I

» Wir sind mal wieder mit unserer Lern- und Spielgruppe auf unserem neuen Spielplatz. 12 Kinder und mehrere Erwachsene. Seitdem die Spielplätze neu und toll gebaut sind, kommen auch Leute von außerhalb jetzt nach Weingarten. Und da ist mal wieder so eine Gruppe von weißen Müttern mit Kindern mit ihren Fahrradmonsterhänger usw und als wir kommen, kucken die uns an als ob wie Außerirdische sind, erstarren im Moment und greifen nach ihren Kindern und nach 5 Minuten alle weg. Angst haben die bekommen, wir waren nur einfach da und machten nix. Wir in Weingarten sind keine Rassisten, aber was wäre wenn die Schritt: Dietenbachsee, Spielplätze – für Schritt: höhere Mieten, Eigentumswohnungen - Weingarten übernehmen und uns rausdrängen? Ist das der Plan - Hat das die Stadt, die Stadtbau vor? « S w 36 Jh P



An die Fraktionen des Freiburger Gemeinderats

Freiburg, den 29.06.2022

**Betreff: Gegen den Abriss der Häuser im Ahornweg**

Sehr geehrte Stadträtinnen und Stadträte,

wir, die Bewohnerinnen und Bewohner des Ahornweges, wenden uns heute erneut an Sie, mit der dringenden Bitte um Ihre Hilfe und Unterstützung!

Wie Sie bereits wissen, sollen unsere Häuser im Ahornweg, im Zuge einer Neubebauung, abgerissen werden. Der Bebauungsplan besteht seit 2016, wir als Bewohner des Ahornweges, haben davon aber erst 2019 erfahren. Bis dahin gab es seitens der Freiburger Stadtbau keinerlei Infos an uns, z.B. im Rahmen einer Mieterversammlung. Als wir schließlich 2019 von den Abrissplänen erfuhren, haben wir uns sofort in Eigeninitiative an die Stadtbau gewandt und umgehend um eine Bewohnerversammlung gebeten. Diese erfolgte kurz darauf und wir wurden informiert, dass der Ahornweg definitiv Bestandteil des Abriss- und Neubebauungsplans ist und bleiben soll! Dies wollten wir nicht akzeptieren und wandten uns, im Rahmen einer Unterschriftenaktion gegen den Abriss, direkt an Oberbürgermeister Martin Horn, welcher am 21.10.2019 auch tatsächlich zu einer Begehung in den Ahornweg kam. Dabei machte er sich ein Bild unserer Häuser nebst Gasse und Gärten. Auch er bekräftigte, dass wir sehr schön wohnen würden und dass unsere Häuser „eigentlich ganz gut seien“. Auch verschiedene Stadträte und Stadträtinnen waren bei uns und machten sich ein Bild der Wohnsituation. Auch sie konnten gut verstehen, dass wir hierbleiben möchten und die Häuser in ihrer jetzigen Anordnung behalten möchten! Sie verstanden, dass es uns wichtig ist, dass unsere Gemeinschaft, so wie sie jetzt besteht, weiterhin bleibt. Einige der Stadträte waren z.B. auch in der Wohnung von Frau Sonja Lais (geb. Reinhardt) zu Besuch. Frau Lais lebt hier bereits in dritter Generation: in dieser Wohnung wohnten seit dem Erstbezug 1978 zuerst die Großmutter, später die Mutter und jetzt Frau Lais selbst. Die Wohnungen sind für viele ein Stück Familiengeschichte und bewahren viele Erinnerungen.

Es gab seit unseren Protesten im Jahr 2019 im Laufe der Jahre einige Besprechungen mit der Stadtbau und Vertretern der Stadt Freiburg. Bei einer dieser Besprechungen, am 14.07.21, wurden uns nochmal die Pläne für die Bebauung des Ahornweges präsentiert. In dieser Sitzung haben wir erneut ganz deutlich klargestellt, dass wir gegen den Abriss sind. Um es hier noch einmal eindrücklich mit den Worten von Frau Sonja Lais zu sagen: „Sie haben ohne uns vorab miteinzubeziehen geplant, dann müssen sie jetzt eben neu planen!“. Hinter dieser Äußerung stehen wir noch immer geschlossen. Herr Kobi und Herr Reinhardt vom Sinti Verein Freiburg stellten sich damals, am 14.07., und stehen noch heute ausdrücklich hinter unserer Forderung! Wir betonten am 14.07.21 auch zum wiederholten Male, dass der Ahornweg geschichtlich und kulturell zum Auggener Weg gehört und nicht zum Lindenwäldle! Unsere Wohnungen wurden damals speziell für uns Sinti gebaut. Als Ergebnis dieser Besprechung sagten die Herrschaften, dass sie sich nochmal beraten



müssten und die Planung neu überdenken. Wir würden spätestens im Herbst 2021, nach der Sommerpause, zu einer neuen Versammlung eingeladen werden. Diese Einladung erfolgte dann jedoch erst im Frühjahr 2022, am 10.05.2022. Hier wurde uns dann erklärt, dass die Pläne nicht geändert wurden. Bei einer kürzlich erfolgten Sitzung mit den Stadträten und Stadträtinnen hätten diese der Stadtbau außerdem mitgeteilt, dass der Gemeinderat für den Abriss des Ahornweges sei.

Wie sich jedoch bei einem kürzlich danach erfolgten Treffen, Mitte Mai, mit drei Stadträten und den Bewohnern des Lindenwäldle zufällig herausstellte, entsprach dies nicht der Wahrheit! Die anwesenden Stadträte und Stadträtinnen gaben uns zu verstehen, dass es durchaus Mitglieder im Gemeinderat gäbe, welche uns dabei unterstützen den Abriss der Häuser im Ahornweg abzuwenden!

Bei unserem letzten Treffen am 21.06.2022 haben wir Bewohner des Ahornweges nochmal ausdrücklich gemeinsam beschlossen, dass wir einstimmig gegen den Abriss unserer Häuser im Ahornweg sind!

Wir wenden uns deshalb heute nochmals an Sie in der Hoffnung, dass Sie unsere Forderung unterstützen den Ahornweg aus dem Bebauungsplan des Lindenwäldle herauszunehmen. Wir wollen eine Sanierung keinen Abriss!

Hochachtungsvoll,

S. Lais

Dennis

(die Bewohner des Ahornweges, vertreten durch Sonja Lais und Dennis Lais)

Kobi

(D. Kobi, Sinti-Verein)

A. Reinhardt

(A. Reinhardt, Sinti-Verein)

M. Reinhardt

(M. Reinhardt, Sinti-Verein)

An die Fraktionen des Freiburger Gemeinderates

Freiburg, den 13.07.2022

**Betreff: Wir wollen nicht vergessen werden!**

Bei einem Bewohnertreffen im Juli 2021 hat Frau Szablewska von der Freiburger Stadtbau (FSB) uns versprochen, dass die Neubebauung des Lindenwäldle definitiv Ende 2022 beginnen wird! Wir möchten Sie als Stadträtinnen und Stadträte bitten uns dabei zu unterstützen die FSB an ihr Versprechen zu erinnern!

Wir wollen nicht, dass wir und das Lindenwäldle hinten anstehen müssen bis die Stadtbau ihre Konflikte mit den Bewohnern des Ahornwegs gelöst hat. Es war immer unser Wunsch, dass der Bebauungsplan des Lindenwäldle vom Ahornweg getrennt wird.

Unsere Wohnungen sind marode, im Winter frieren wir trotz Heizen auf Anschlag, im Sommer ist die Hitze in den Wohnungen nicht zu ertragen. Das Lindenwäldle wurde 1962 für den Übergang gebaut, dementsprechend schlecht ist auch die Bausubstanz.

Wir verdienen endlich einen lebenswerten Wohnraum!

Wir fordern die FSB und die Stadt Freiburg dazu auf: **fangen Sie endlich an zu bauen, und zwar noch in diesem Jahr!**

**Mit freundlichen Grüßen**

J. Reinhardt

(Irmgard Reinhardt, Bewohnerin)

U. Reinhardt

(Ulla Reinhardt, Bewohnerin)

R. Kaiser

(Ramona Kaiser, Bewohnerin)

x E. Reinhardt

(Esther Reinhardt, Bewohnerin)

## **Kommentar:** Tatsachenwahrheiten und Metadiskussionen

### **Haltungsnoten statt Lösungsorientierung**

Man/frau sitzt nun mit am Tisch und will nun teilhaben und mitmischen, bringt Seines ein – egal ob in der Schulklasse, in politischen Gremien oder in der Öffentlichkeit. Du wirst aber nicht in deiner Realität bzw. Problemlage wahrgenommen, sondern im Ton, bitte schön hier den richtigen Ton, das richtige Verhalten ... ja?! Die Realität der Tatsachen wird verdrängt anstatt dessen soll über das Wie gesprochen werden. Metastreit nennt man dieses Phänomen.

Dies ist gegenwärtig übliches Abwehr-Verfahren, was auf die Verhaltensunsicherheit der neu an den Tisch gekommenen anspielt und darauf versucht die »Neuen« in der Defensive zu halten. Dabei werden die Maßstäbe flugs verschoben – vom Was: z.B. die Nicht-Berücksichtigung der Sinti/Roma im örtlichen Aufbau des NS-Doku Zentrums zum Wie dies vorgebracht wird – und dann fängt die Streiterei Fahrt aufzunehmen. Es geht um das Verhalten und nicht um das eigentliche Problem und seine Lösung. Es scheint, dass im letzten Jahr die Bereitschaft zum Metastreit stark zugenommen hat. Der Metastreit ist Kennzeichen des Konflikts zwischen Milieus – die Abwehr von Milieus, die man nicht mit am Tisch haben will und wenn dann nur wenn es sich ruhig und unterwürfig verhält.

Aber diese vermeintliche Unhöflichkeit ist moralisch transformativ die Höflichkeit der Verzweifelten, eine »sokratische« Höflichkeit. Eine Höflichkeit, die darin besteht, den Menschen durch die unhöfliche Störung ihres Denkens Respekt entgegenzubringen. Zivilität als Höflichkeit kommt vom lateinischen CIVIS, dem Bürger, und dementsprechend ist das Stören durch selbstständiges Denken und Sprechen Teil unseres Bürgerseins am gemeinsamen Tisch.

## »» FÄLLE »» Polizei Justiz Gefängnis

Seit dem ersten Zusammentreffen mit dem Polizeipräsidenten und seinem Stab im Juni 2020 mit Vertretern des Sinti Vereins und des Roma Büros hat sich das Verhältnis zwischen Polizei und den Communities entspannt. Insbesondere der Schritt des Polizeipräsidiiums keine geschlossenen kasernierten, ortsfremden Einheiten der Bereitschaftspolizei automatisch bei jedem Roma/Sinti Einsatz zu schicken, hat die Lage in Weingarten Süd-West (Lindenwäldle, Sinti Platz Auggener Weg, Bugginger Str.) spürbar deeskaliert – und zwar auf beiden Seiten. Diese ›Sonderbehandlung« der Minderheit war eine zumindest seit den 1930iger Jahren (nach unseren bisherigen Recherchen) bestehende polizeiliche Handlungsroutine. Heute werden die Sinti/Roma in der Regel als Individuen und als Bürger gleich behandelt. Dass jedoch weiterhin Ungleichbehandlung besteht zeigen die folgenden Fälle.

**» Im Lindenwäldle haben wir an Rollern geschraubt, da kam Polizeistreife mit so voller Geschwindigkeit, dass der Wagen in der Kurve voll wegrutschte und voll bremsen musste. Wir fragten was das solle, die Antwort von einem: sie müssen dies so machen weil ›in diesem Scheißviertel sie mit den Scheißrollern immer Probleme haben.« Wir ähh was ist jetzt los, wieso so aggressiv ... im Grunde war nix und sie fahren bald wieder ab. Wir haben den Namen des aggressiven Polizisten weitergegeben, so gehts nicht. « S m 16]h P**

**» Wenn ich irgendwo in der Stadt laufe mit Freunden oder auch alleine, werde ich immer kontrolliert von der Polizei, ich weiß nicht warum ich immer kontrolliert werden muss von der Polizei. Ich hab den Polizist gefragt, warum sie Kontrolle machen und sie sagen das ist unsere Arbeit und manchmal schreien sie mich an. Ich schäme mich dafür, dass sie immer bei mir kommen und Kontrolle machen, einmal wollte ich mich nicht ausweisen und die haben mich dann mit auf die Wache genommen und wurde erst später kontrolliert. Ich weiß nicht warum sie immer bei mir kommen, vielleicht nur, dass ich dunkle Haut habe. « aus Interview mit R m 16 Jh D**

» Im Oktober abends waren meine Freunde/in und ich am Jugendzentrum Weingarten und haben Bier getrunken. Es waren auch noch drei andere Jungs am Jugendzentrum, die dort Skateten, die allerdings nach uns kamen. Die Jungs skateten in unserer Nähe, ich forderte sie auf Rücksicht auf uns zu nehmen, daraufhin rannten die Jungs auf mich zu, weshalb ich mich bedroht fühlte und einen abwehrte. Einer der Jungs kam von hinten mit gezogenem Messer und schnitt mir von hinten über dem Kopf. Daraufhin drehte ich mich um und wehrte den zweiten Messer-Angriff mit meinem Arm ab, wodurch ich eine Schnittwunde am rechten inneren Oberarm bekam. Das Messer flog auf den Boden und einer der Jungs hob es auf, daraufhin schlug mein Freund das Messer dem Jungen aus der Hand. Die Polizei kam und nahm den Fall auf. Bilder von den Schnittwunden am Kopf, Arm und den Arztbericht bekamen sie. Das Ganze ging dann an die Staatsanwaltschaft zur Anklageerhebung. Nach mehreren Monaten bekam ich die Nachricht: Es gibt keine Anklage. Wir haben Widerspruch eingelegt beim Oberstaatsanwalt in Karlsruhe. Der lehnte dann auch ab. Mein Vater rief dann da an und fragte warum bei diesem Messer-

angriff keine Anklage erhoben wurde. Er weiss dass bei jedem Sinti mit Messer immer Anklage und Verurteilung war und noch ist, aber jetzt, wo ein Sinti das Opfer mit zwei dokumentierten großen Wunden ist, wird die Anklage fallengelassen. Darauf antwortete der Oberstaatsanwalt, ja die Freiburger Sinti seien für Messerangriffe bekannt aber jetzt für den Jungen machen wir das nicht, das sei so korrekt, wie die Staatsanwaltschaft in Freiburg entschieden hat. « S m 17 Jh P

» Ich habe in der Innenstadt gesehen, dass sich 2 Personen schlagen spät abends. Ich wollte helfen und habe versucht einen, von dem anderen, fern zu halten. Später als die Polizei kam, wurde ich auch mit auf die Wache genommen. Als sie meinen Nachnamen Reinhardt gehört haben, haben sie mich fast eine Stunde lang festgehalten und immer wieder befragt. Als ob ich die Schlägerei gemacht hätte. « S m 19 Jh P

» Hab einen Roller hergerichtet und bin Probegefahren. Und kurz drauf angehalten worden von Polizeistreife. In kürzester Zeit waren 20, 30 Jungens da und ein Wort ergab das andere: ihr mit euren Scheißrollern und ihr, die jeden Furz kontrolliert. Es kochte hoch ... zum Glück waren von uns welche da und ein Polizist, die Ruhe reinbrachten, so dass die Sache ohne Massenschlägerei zu Ende ging. « S m 32 Jh P

» Hatte vor Monaten einen Zusammenstoß mit einem Nazi, der mir KZ wünschte. Es kam die Polizei und ich zeigte ihn an – er darauf zeigte mich auch an wegen Beleidigung. Der Gerichtstermin kam. Die Verhandlung ging lange und war mehr als fragwürdig, meine Anzeige war so nicht mehr auffindbar und die Polizistin, die mich an dem Tag des Vorfalls betreute, war versetzt worden und konnte an dem Tag nicht geladen werden. Ein mir vollkommen fremder Polizist sagte gegen mich negativ aus, ich konnte mich nicht erinnern diesen Polizisten an dem besagten Tag gesehen zu haben. Der Polizist äußerte sich ausschließlich gegen mich und erzählte dabei nicht wie aufgebracht und verzweifelt ich damals war, und dass mir seine

Kollegin mehrmals angeboten hatte einen Rettungswagen zu rufen. Ich wurde nur als Übeltäterin hingestellt. Die Richterin war begeistert von diesem Polizisten und schenkte ihm viel Aufmerksamkeit. Dem Zeugen einem Security-Mann, der ehrlich und gegen den Täter aussagte hingegen, wurde kein Glauben geschenkt – ab da ging alles sehr schnell und es wurde dabei mehrmals gefragt, ob ich und der Zeuge nicht verwandt seien, aufgrund der ähnlichen Hautfarbe, dies war der Richterin wohl wichtig. Der Täter, der aber nur als Zeuge geladen war, wurde im Gerichtssaal immer lauter und aggressiver. Die Richterin reagierte darauf mehrmals mit dem Satz: »Sie müssen sich nicht selbst belasten.« Alles sprach gegen mich und ich wurde für die Worte »Arschloch, Hurensohn« zu einer Geldstrafe von 100 Euro und Gerichtskosten verurteilt. Diese Worte wurden nur von der Tochter des Täters bestätigt. Ich hab diese Worte verneint benutzt zu haben, auch der Security-Mann bestätigte dies, dass nicht ich beleidigt habe sondern der Mann mich beleidigt hat und er deswegen eingeschritten ist. « S w 24 Jh. P

## » Bericht » Drogenkrieg in der JVA 2021

» Ich bin seit xx in der JVA Freiburg und werde immer wieder mit rassistischen und diskriminierenden Sprüchen konfrontiert wie z.B. Schrotthändler, Ziginer, Zigo, Geuner, Tschabo und mehr. Weil ich mich gut verhalten habe und nie Widerworte gegeben habe, bin ich auf eine bessere, gelockerte Station gekommen. Es lief alles gut bis der Beamte H. auftauchte und anfang zu sticheln z.B. wegen meinem Gitarre spielen oder warum ich an die Badi-sche Zeitung schreibe und um Spenden bitte für Trainingsgeräte. Ich fragte ihn warum er so unfreundlich ist. Er darauf: ›Gleich wirst du sehen was unfreundlich ist‹ Ich: ›Wollen sie mir drohen oder was? Ich werd eine Dienstaufsichtsbeschwerde machen, wenn sie so weitermachen‹ ... so ging das hin und her ...

Seit längerer Zeit gibts in der JVA die neue Zombie-Droge Spice, eine Droge wo die Leut alles verlieren, willenlos werden und alles dafür machen sie zu bekommen. Anscheinend sind auch Beamte und Rechtsanwälte in diese Geschäfte verwickelt; vor kurzem ist z.B. eine Beamtin dabei erwischt worden wie sie diese Drogen ins Gefängnis schmuggelte. Das stand auch in der Zeitung. Die Dealer versuchten jeden anzuticken und dann trieben sie die Schulden mit Gewalt ein. Weil ich Angst hatte das unsere Leute süchtig werden, beschloss ich was dagegen, aber gewaltlos, zu tun. Dann kam eines Morgens ein Junge zu mir und sagte er wird von Gefangenen, die Dealer sind, gezwungen Spice zu verkaufen. Ich hin auf die Zelle und stellte die zur Rede, worauf es sofort eine Schlägerei gab und ich zusammengeslagen wurde: Schneidezähne weg, Arm ausgekugelt, Schulterpfanne Bruch ... ich kam ins Krankenhaus. Wieder in der JVA wurde ich verhört, ich habe aber nichts von Spice und Zwang zum Dealen gesagt, sondern dass ich von hinten angegriffen wurde. Ich kam unter Verschluss auf die Zelle und da erfuhr ich auch, dass die Dealer Spice anbieten für Falsch-aussagen zu unserer Schlägerei. Auch zwei Sinti Kollegen kamen dann unter Verschluss und kurz darauf wir drei in Absonderung. Begründet wurde dies als Sicherungsmaßnahme. Zwei Tage später kamen noch zwei Roma in Absonderung, aber der Kopf der Dealer ein Gefangener mit seinen beiden Komplizen blieben im Normalvollzug. Verantwortlich für die ›körperliche Auseinandersetzung mehrerer Gefangener ... mit erheblicher Gefährdung der

Sicherheit und Ordnung« wurde dann ich gemacht und dafür bestraft mit Sicherheitsmaßnahmen: Absonderung in besonderen Haftraum, keine Freizeit und keine Arbeit (nur in Zelle); Telefon mit Familie nur alle 2 Wochen für 10 Minuten. Mein Rechtsanwalt darauf: »Insbesondere hat die Familie des Mandanten rein gar nichts mit den zeitnah zu entkräftenden Verdächtigungen gegen meinen Mandanten zu tun. Sein regelmäßiger Kontakt zu seiner Frau und seinen Kindern stellt keine Gefahr für die Sicherheit und Ordnung der Justizanstalt dar. Diese Eingriffe in seine Grundrechte und die Grundrechte seiner Familienangehörigen sind evident und absolut unverhältnismäßig. ... Da kein sachlicher Anlass für die gegen meinen Mandanten angeordneten Sicherheitsmaßnahmen vorliegt, sollte dringend der auch aufgrund einiger rassistischer Äußerungen von AVD Beamten entstandene Eindruck nicht weiter vertieft werden, dass mein Mandant allein aufgrund seiner Zugehörigkeit zu einer ethnischen Minderheit besonders streng behandelt wird. « S m 37]h P

## » Berichte » Prekäres Leben heute

» Alleinstehende Mutter zweier Söhne bin ich und arbeite seit einem Jahr 30Std/Woche für wenig mehr als 1000 Netto den Monat. Und dann sorg ich noch für meine Eltern, aber sie nehmen mir auch Arbeit mit den Kindern ab. Also drei Arbeiten, alle fordern, dass ich oft denk ich zerreiße. Ich hab dann erstmals Wohngeld inklusiv Schulessensgeld und Freizeitzuschuss (oder wie dies heißt) beantragt und dachte ›Vater Staat‹ der hilft, aber was ich erleben musste war das totale Gegenteil. Es fing an mit Formularen, Bestätigungen etwa 10 Sachen besorgen ein riesen Aufwand. Viele, die ich kenn und auch Anspruch auf Wohngeld haben, sind davon so abgeschreckt, dass sie einfach keinen Antrag mehr stellen. Ich beantragte im letzten Herbst und drei Monate hat es gedauert bis der positive Bescheid kam. Drei Monate wo wir hätten nix essen können, um die Miete zu zahlen, wenn meine Eltern nicht mit Geld eingesprungen wären. Der Antrag wurde zweimal abgelehnt ohne Begründung. Die Stelle war weder telefonisch, E-mail noch persönlich erreichbar, es gab keine Termine, keine Beratung wie Ausfüllen oder warum abgelehnt. Es werden Termine mir gesetzt, aber in den Ämtern, Stellen wo es die dazu nötigen Unterlagen gibt, war kein Publikumsverkehr, weil Corona. Und trotzdem besteht die Wohngeldstelle darauf fristgerecht die Unterlagen abzugeben (sonst alles wieder von vorne), aber für das Amt gibt es keine Termine an die sie sich halten müssen. Nach dem positiven Bescheid nach 3 Monaten bekam ich das Wohngeld dann nach 4 Wochen, aber nur ab dem Bescheid – für die drei Monate vorher bekam ich nichts. Und dann auch nur für drei Monate, nämlich dann muss ich erneut den gleichen Antrag wieder stellen, und alles fängt wieder von vorne an. Es ist für mich der pure Wahnsinn, was mit uns da gemacht wird und ich glaube mittlerweile, dass dies absichtlich so von der Stadt gemacht wird. Und dies ist ja nicht das Einzige was da läuft. Die GEZ Radio- und Fernsehgebühren bezahlen und für die rumrennen; Müllgebühr 280 Euro im Jahr für einen Erwachsenen und zwei Kinder. Mieterhöhung bei der Stadtbau 15% mehr jetzt gerade und wieder Formulare für sie ausfüllen, rumrennen wegschicken und zur Bank gehen. Und der Höhepunkt dies Jahr Badenova! Ich habe noch nie eine Nachzahlung gehabt und dies Jahr voll über 300 Euro, alle die ich

kenn ebenso – keiner weiß wirklich warum ? Wir haben unseren Verbrauch nicht erhöht, keine Trockner neu oder so. Bei Badenova angerufen gabs keine Aufklärung, die Angestellten kamen nicht an die Konten, das Computersystem lag still. Als ob sie den Krieg schon vorher mit eingerechnet haben. Der Krieg der kam erst, jetzt Mitte Mai ist im Einkaufswagen fürs gleiche Geld 20% weniger Nahrungsmittel. Ich hab das Auto aufgeben müssen. Ob mir meine Eltern nochmal bei der Miete aushelfen können oder Mietschulden und gekündigt werden? Der psychische Druck macht mich fertig, dass ich Bauchkrämpfe und Schlafprobleme bekomme. Ich krieg Panikzustände. Hab mittlerweile Angst Briefe von Ämtern zu öffnen, leg sie weg, verdräng sie, weil was könnte jetzt schon wieder drinstehen. Vor diesen Ämtern krieg ich Ekelgefühle und Abscheu, öffentlich heißt es: Sie helfen den Armen. In Wirklichkeit machen die ihre Arbeit nicht und versetzen uns in Dauerstress. Ich hab es mal ausgerechnet wie viele Stunden ich für die Wohngeld-Papiere für drei Monate tätig war, um all die Formulare ranzuschaffen. Drei Wochen jeden Werktag eine Stunde in etwa. Also rund 60 Stunden Dienste für das Amt. Und das Wichtigste, die setzen einem den Stress noch oben drauf auf: meine Lohnarbeit wo ich meinen ›Mann‹ stehen muss, meine zwei Jungens, die an sich schon nicht ohne sind mit all dem Schulstress, und meine Eltern, die immer mehr Zuwendung brauchen. Und dann noch eine Verwaltung die einen nicht konkret hilft, sondern fertig macht. « S w 44 Jh P

» Ich bin eine alleinerziehende Mama von zwei Kindern und eine Roma-Frau. Die Kinder sind fünf und sieben Jahre alt. Mein Leben besteht nur aus hin und her rennen und sich den Kopf zerbrechen, wie es morgen weiter geht ... Sei es finanziell oder mit der Zeit ... ich kann leider nicht an zwei verschiedenen Orten um die gleiche Uhrzeit sein. Unser Alltag geht um 6.30 Uhr los. Ich mach mich fertig, dann die Kinder wecken und sie fertig machen. Zeit für einen Kaffee in Ruhe zu trinken bleibt meistens nicht. Ich trinke ein paar Schlucks und renn zwischen den Zimmern hin und her, die Pausenbrote machen, Anziehen helfen ... Um 8.00 Uhr gehen wir los, 08.15 Uhr der Kleine in den Kindergarten dann bring ich die Kleine zur Schule, ich muss die Bahn 8.30 Uhr schaffen, damit pünktlich zur Arbeit komm. 13.30 Uhr hab ich Feier-

abend. So jetzt muss ich mich beeilen ich hab nur 30 Minuten Zeit für die Fahrt und um beide Kinder abzuholen. Das heißt für mich entweder ich komme zur Schule zu spät und meine Tochter wartet im Schulhof unbeaufsichtigt. Oder ich komme zu meinem Sohn im Kindergarten zu spät, wo die Erzieherinnen schon verärgert auf mich warten. Ich hole immer meine Tochter als erste ab, da ich Angst habe, dass sie sich vielleicht alleine ohne Aufsicht verletzt oder Sie jemand im schlimmsten Fall mitnehmen könnte. Auf dem Weg nach Hause mach ich mir schon Gedanken was für eine Nachricht oder eine Rechnung jetzt wieder im Briefkasten auf mich wartet. Rechnungen wie Strom, Müll, GEZ. Und so weiter. Ich lasse mir aber bei den Gesprächen mit meinen Kindern nichts anmerken und frage wie die Schule und Kindergarten war ... Wenn nichts im Briefkasten war, atme ich auf und mache mir Gedanken, was Essen machen für die Kinder ... weil das Geld einfach vorne und Hinten nicht reicht für den ganzen Monat. Ich habe sehr viele Schulden bei meinen Eltern, sie helfen mir aus, wo sie nur können ... mein Herz tut mir weh, weil ich weiß, sie haben auch Geldprobleme jetzt ist ihre Miete auf 1.600 € gestiegen, sie zerbrechen sich den Kopf darüber und dann komme ich mit meinen Problemen.

Für mich ist das Schlimmste wenn meine Kinder sagen ›Mama können wir mal zum Europapark gehen?‹ Es ist finanziell einfach nicht möglich. Mein Herz weint. Ich versuche mit meinen Kindern Ausflüge zu machen; ich muss aber immer achten, dass es so günstig wie möglich ist, denn sonst müssen wir an allem anderen wie Essen zurückstecken. Und wenn wir mal einen Ausflug machen, dann gebe ich mein Bestes das meine Kinder glücklich sind und ich auch für eine Moment alle Sorgen vergessen kann.

Momentan ist es so, dass entweder das Kindergeld fehlt oder das JobCenter Geld, irgendetwas fehlt immer und dann wieder alle Formulare zusammenholen. Weil ich eine Fiktionsbescheinigung und auch nach über 10 Jahren in Deutschland noch keinen Aufenthalt habe, soll ich zum persönlichen Gespräch im Ausländeramt erscheinen, was ich von der Zeit her einfach nicht schaffen kann, weil die Ämter da aufhaben, wenn ich auf Arbeit und Kinder abholen bin. Zuhause angekommen geht der Wahnsinn weiter: es muss gekocht werden. Die Hausaufgaben müssen gemacht werden, mein Haushalt auch, und die Kinder müssen geduscht

werden und ins Bett. Nachts putze ich einmal alles durch den Boden, Badezimmer und hänge die Wäsche auf oder ab und bringe sie in den Schränken zurück. Wenn ich krank bin, habe ich zwar keine Kraft, aber muss für meine Kinder ja trotzdem was kochen und sie beaufsichtigen und zur Schule/Kita bringen. Die Kinder sind einfach so herzlich wenn sie sehen das es mir nicht gut geht, holen sie mir eine Decke und ein Glas Wasser und sagen ›Mama, leg dich, hin ruh dich aus‹, dann kommen mir einfach die Tränen. Ärztliche Termine und Elternabende muss ich zwischen den täglichen Wahnsinn machen. Weil ich die Termine sehr ernst nehmen muss. Meine Tochter hatte Chemo bekommen, Gottseidank ist sie wieder gesund. Sie hatte eine starke Chemo ... das war auch ein richtiger Kampf. Danach musste ich mich vom Vater der Kinder trennen, weil es eine sehr narzisstische und toxische Beziehung war. Einen Anfang von Null zu machen in eine andere Stadt nur mit 2 Koffer Kleidung war ein sehr steiniger Weg. Aber bis jetzt haben wir das geschafft. Es ist täglich ein Kampf zwischen Zeit- und finanziellem Druck und alles unter einen Hut zu bringen. « R

w 24Jh. D

## »» FÄLLE »» Kita, Schule

SchülerInnen, die Jugend – eine ganze Generation ist in Folge der Pandemie aus dem Rhythmus, »Tritt« gekommen bis heute zwischen Depression und/oder Aggression. Es ist gegenwärtig nicht ermessbar mit welchen Folgen – auf jeden Fall haben Schul-Absentismus und Schuldistanz insbesondere bei Minderheits-SchülerInnen sehr stark zugenommen. Die Schule in der Pandemie hat sich als System der Ungleichheitsreproduktion und nicht der (ausgleichenden) Chancenproduktion erwiesen. Weiterhin besteht infrastrukturell – in Schulen, Ausstattung und LehrerInnenzahl – eine eklatante Benachteiligung der Unterschichts-, Minderheits- und Migrantens-SchülerInnen. Bis heute ist das deutsche Schulsystem zugeschnitten, gelaufbahnt und bevorzugt das Normal: weiss, Kleinfamilie, Muttersprache deutsch, andere Lebensrealitäten werden als defizitär disqualifiziert. Bis heute ist der Unterricht auf Auswendiglernen »vergänger« Wissensbestände konzentriert anstatt in die Gegenwart einzutreten, um zu lernen Probleme eigenständig zu analysieren und zu lösen.

### » Meine Tochter war krank ...

**Corona, ich wollte die Hausaufgaben von der Schule holen. Ich komme auf den Schulhof, da schreit mich sofort der Hausmeister an: ich soll abhauen, der Roller ist doch geklaut und er holt sonst die Polizei. Der war so aggressiv, das ich schleunigst wegfuhr. Dann hab ich mich heimlich mit Schulleiterin getroffen wegen Übergabe der Hausaufgaben; sie war total entsetzt darüber – sowas hat sie noch nie erlebt, aber sie kann nichts machen, weil Hausmeister von Gemeinde angestellt ist für alle Hallen und Schulen.** « R m 35 Jh A

**» Ich habe im Jahr 2021, ein Anmeldeformular ausgefüllt, für meine Tochter für die Kita in Freiburg. Sie meinten immer zu mir, das es höchst wahrscheinlich klappen sollte, da ich ganz in der Nähe wohne und die Erste war, wo sich eingetragen hat, soll es zu 99% klappen. Ich war auch am Elternabend, wo ich die einzige Ausländerin war. Im Februar 22 habe ich nochmal angerufen um mich zu informieren, ob es losgehen kann im September, oder nicht. Am nächsten Tag, habe ich eine Mail erhalten, das es für meine Tochter keinen Platz gibt. Ich finde das Verhalten von der Kita nicht ok; ich glaube sie wollen keine Ausländer.** « R w 22 Jh A

» Meine Tochter ist 10 Jahre alt und geht in die 5 Klasse. Die Klassenlehrerin, beanstandet ständig wie meine Tochter angezogen ist. Sie kleidet sich gerne hübsch und stylisch. Meine Tochter fühlt sich nicht mehr wohl in der Schule, da die Lehrerin sie fast täglich dumme Sprüche von sich gibt. Ich habe daraufhin das Gespräch gesucht und musste mir anhören wie meine Tochter denn rumläuft, ich sollte ihr mal andere Kleidung kaufen. Ich sagte ihr dann, dass das meine Sache ist wie ich meine Tochter anziehe, und sich noch nie jemand beschwert hat. Wenn sie im Sommer ein Rock anhat und ein Oberteil das die Schultern frei sind, ich glaube die nennt man Off shoulder Shirts oder wenn sie ein Kleid anhat das nicht so weit ist, sagt sie: wie bist du denn schon wieder angezogen, du bist doch viel zu jung siehst aus wie 15. Es kommen ständig irgendwelche Sprüche von ihr. Im Herbst hatte sie eine Lederjacke an selbst das hat sie gestört und sie rief mich wieder an, ich solle dem Kind weniger auffällige Klamotten anziehen. In diesem Sommer hat Sie den Bock abgeschossen meine Tochter hat eine Strickjacke angehabt mit einem Pelz Rand an den Ärmeln und ab Knopfrand, da sagt sie zu meiner Tochter: was hast du

denn an, so laufen Straßen-Frauen rum. Eine andere Lehrkraft muss das gehört haben. Meine Tochter berichtete mir davon und ich rief in der Schule an und hab die Lehrerin gefragt, ob sie noch ganz sauber ist, meine Tochter mit einer Straßen-Nutte zu vergleichen. Und ich sofort einen persönlichen Termin möchte mit ihr, der Lehrerin wo dabei war, und mit dem Schulleiter. Als ich am Termin war, nahm ich eine Sozialarbeiterin mit, die wir schon lange kennen um nicht allein dort zu sein, der Schulleiter war nicht anwesend und ich bestand darauf mit ihm zuzusprechen. Die Lehrerin entschuldigte sich nicht. Wir gingen dann noch die anderen Lehrer befragen, ob sie etwas zu beanstanden haben an der Kleidung meiner Tochter, die aber alle nichts dagegen zu sagen hatten. Das Verfahren gegen die Lehrkraft ist noch am Laufen. Ehemalige Schüler sagen, dass die Lehrerin voll rassistisch ist und sie Rotweiler genannt wird. Der Schulleiter wollte uns nicht mal anhören. « S w 33 Jh P

» War mal wieder Chaos im Klassenraum. Kommt die Lehrerin rein und fängt gleich an: hier siehst aus wie bei den Zigeuners «

S w 16 Jh P

» Es besteht seit Jahren ein Problem mit einem Ganztags-Betreuer, das in den letzten 2 Jahren massiv zugenommen hat. Eltern berichten wie ihre Kinder massiv angeschrien, zum Teil grob angefasst und eingeschüchtert werden, die Eltern der Sinti Kinder haben sich schon mehrfach bei dem Schulleiter beschwert ohne Erfolg. Sie fühlen sich nicht wahrgenommen; es geht schon über Jahre so, wo dieser Betreuer auffällt und nicht gehandelt wird. « S w 37Jh P

» Mein Kind hat drei Tage unentschuldigt in der Schule gefehlt. Und es kam gleich eine Anzeige. Andere Kinder haben 10–14 Tage gefehlt – die einen darunter – weiss ich Roma haben Bussgeld bekommen, andere überhaupt nix. « S w 28 Jh P

» Eine Mutter berichtete, als sie noch x mit Nachnamen hieß und sie nicht der Sinti Minderheit zugeordnet werden konnte, hatte der Schulleiter ein offenes Ohr und auch ein gutes Bemühen die Bedürfnisse der Mutter zu klären. Nach der Heirat hieß sie Reinhardt und sie bemerkte, daß sie dadurch anders behandelt wurde von dem Schulleiter und ihre Anliegen nicht mehr ernst genommen wurden. « S w 32 Jh P

» als wir Lockdown hatten, musste ich meine Tochter zuhause unterrichten mit meinem Handy. Danach ging die Schule wieder los. Auf Nachfrage beim Amt wegen eines Laptops für die Kleine wurde mein Antrag abgelehnt. Grund die Schule verleiht iPads bei der Schule; nachgefragt auch abgelehnt. Grund alle Geräte sind verliehen. Ich denke eher die haben kein Vertrauen in eine junge Roma Familie, dass das I Pad wieder zurück kommt ... « R w 19Jh A

» In meiner Klasse, werden immer wieder Sachen geklaut. Einmal verschwanden, teure Kopfhörer, eines Schülers und alle schauten auf mich, und sagten das war bestimmt die Zigeunerin. Doch ein paar Minuten später, fand er seine Kopfhörer in seiner Tasche, doch keiner entschuldigte sich bei mir. « R w 14 Jh A

» Ich bin neu auf der Schule, finde aber keine Freunde, sie denken wir sind Zigeuner und würden nur klauen. Keiner aus der Schule möchte mich wirklich kennenlernen, und da ich keine Freunde habe werde ich gehänselt. Es gibt an der Schule keine anderen Roma und nur wenige Ausländer. « R m 13 Jh P

» Ich bin Sinteza 17 Jahre, ich mache mein Fach Abi und bin die einzige Sinti/Roma in der Klasse und die Einzige aus Weingarten/Haslach. Ich strenge mich wahnsinnig an, bin den ganzen Tag in der Schule danach komme ich nachhause und esse etwas. Dann geht es weiter mit lernen. Ich habe wenig Freizeit da ich ständig am lernen bin. Mein Klassenlehrer mag mich, glaube ich, nicht besonders, ich weiss nicht genau warum, ich bin immer freundlich und engagiert, ich strecke immer wenn er Fragen stellt und gebe mir viel Mühe. Ich hab mich meiner Mutter anvertraut. Sie wollte dann mit ihm das Gespräch suchen, das wollte ich aber nicht, da ich dachte, dass er mich dann noch weniger leiden konnte, also blieb ich still. Es wurde aber immer schlimmer; er war mir gegenüber immer so unfreundlich, und ich fand dass er meine Noten in den mündlichen Tests, schlechter benotete als ich verdient hätte. Im Schriftlichen hatte ich immer eine Note zwischen 1 und 2. Ich vertraute mich der Vertrauens Lehrerin an, die meinte auch wir sollten das Gespräch suchen, ich traute mich aber nicht aus Angst. Ich sprach mit meiner Schwester darüber, die fragte mich ob der Lehrer weiss ob ich eine Sinte-

za bin, ich sagte ihr dann, das ich nicht sicher bin und er mit keinem in der Klasse so umgeht nur mit mir. Meine Schwester meinte dann, das er das bestimmt weiss, aufgrund dessen wie mein Nachname lautet und wegen meiner Adresse in der Sinti-Siedlung. Ich hatte Angst das mein Abi schlecht ausfällt, ich hab mich so reingehängt, ich nahm allen Mut zusammen und suchte das Gespräch mit dem Lehrer, ich schilderte ihm alles. Er blieb ruhig und hörte mir zu, als ich fertig war, sagte er, er finde es sehr mutig von mir, mit ihm darüber zu reden, und nicht gleich zu urteilen. Ich werde die Noten noch mal überdenken. Er erklärte mir auch, dass er nichts gegen mich habe und entschuldigte sich, dass es für mich so rüber kam. Darauf hat er meine Note um eine halbe Note verbessert, ich war so froh, dass ich das Gespräch mit ihm gesucht habe. Unser Verhältnis hat sich auch dadurch zum Positiven verändert. Ich habe mein Abi mit einem Noten Durchschnitt von 2,5 bestanden. Und im September, fange ich, eine Ausbildung als Groß- und Außenhandels Kauffrau im Bereich Management an. « S w 17Jh P

» In meiner Schule haben die Leute schlimme Vorurteile mir gegenüber. Ich hatte eigentlich nie Probleme mit den anderen, aber als das Thema mit Nationen kam, sagten viele, das alle Nationen gut sind, außer die dreckige Zigeuner. Ein Schüler sagte, die sollen wieder verbrannt werden. Das war sehr demütigend, ab da gehe ich mit Angst zur Schule. «

S w 17]h P

» In der Schule habe ich das Gefühl, seit meine Tochter offen sagt, dass wir Roma aus dem Kosovo sind, mich keiner mehr ernst nimmt. Wenn ich ein Anliegen habe, wird sich sehr viel Zeit genommen bis ich eine Antwort bekomme ... das war vorher nicht so ... zum Beispiel bei der Schulbescheinigung für Kindergeld dauerte es 2 Monate. « R w 22 Jh A.

» in der Cafeteria, war eine lange Schlange, ich beobachtete wie ein deutsches Mädchen ihren Essens Chip vergessen hatte und die Cafeteria Dame ganz freundlich zu ihr sagt, dass es nicht schlimm wäre und sie es dann aufschreiben würde. Ein

paar Schülerinnen weiter war ein Roma-Mädchen mit Kopftuch die fragte ob sie das Essen von ihrem Bruder haben könnte, aber sie seinen Chip nicht dabei habe. Dann schnauzte die gleiche Frau, die gerade noch so freundlich war, das Mädchen an, dass das so nicht geht ohne Chip was sie sich denn vorstellt. Und sie bekam kein Essen. Ich ging zur Schulsozial-Arbeit und habe das Geschehen geschildert und wir haben darüber gesprochen, dass mir schon aufgefallen ist, das einige Lehrkräfte Unterschiede zwischen den ausländischen und den deutschen Kindern machen z.B. wie mit ihnen gesprochen und umgegangen wird. Die Sozialarbeiterin meinte das da schon welche sind, die echt mies Unterschiede machen. « S w 32 Jh P

» Im Unterricht werde ich als erste von den Lehrern angemerkert. Ich hatte kein Wort gesagt und ein Schüler rief: ›ach immer diese Zigeuner unterbrechen immer den Unterricht.‹ Unfassbar das ich heute noch so dumm angemacht werde weil ich Dunkel bin. « R m 16]h A

## Kommentar: Drei Klassen Asylrecht.

In den letzten Monaten wurde häufig vom »Zwei-Klassen-Asyl-Recht« gesprochen als ukrainische Kriegsflüchtlinge ohne durch das reguläre Asylverfahren gehen zu müssen den Status »unbefristeter Aufenthalt« bekamen. Dies wurde dem Aufenthalts-Modus der syrischen Kriegsflüchtlinge 2015 gegenübergestellt, die nicht so viele Rechte hatten. Systematisch vergessen hingegen wird die dritte Klasse: die Flüchtlinge aus den Bürgerkriegen im ehemaligen Jugoslawien und Afghanistan, die zum Großteil im Asylverfahren abgelehnt wurden – mit der »Begründung sicherer Herkunftsländer.« Sie leben im Status der Duldung, d.h. unter der ständigen Gefahr der Abschiebung und zuallermeist in Flüchtlingsheimen. Es sind in Deutschland gegenwärtig rund 250.000 Menschen. In Freiburg sind es rd 900 – etwa die Hälfte sind Roma aus dem ehemaligen Jugoslawien.

1. Klasse für Ukraine-Flüchtlinge mit biometrischem Pass ab Frühjahr 2022 sofortiger Status unbefristeter Aufenthalt – sie müssen kein Asylverfahren durchlaufen und sind gleich anerkannte Flüchtlinge, d.h. das Recht Fluchtland und Wohnort zu wählen, freie Fahrt, Arbeitserlaubnis, Familiennachzug; legale Einreise ohne Obergrenze und erhalten Hartz IV statt Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Das ist mehr Geld, besserer Zugang zur Gesundheitsversorgung, leichter Zugang zu Deutschkursen, Vermittlungsangeboten und Arbeitsmarktprogrammen. Eine Sonderregelung gibt es für JüdInnen aus der Ukraine. Sie können über eine jüdische Gemeinde in Deutschland einen dauerhaften Aufenthalt als Kontingentflüchtlinge beantragen.

2. Klasse: Syrer ab 2015 wurden im Asylverfahren allgemein als Flüchtling anerkannt mit dem Status Aufenthalt mit sofortiger Arbeitserlaubnis, was heißt sie werden von der Arbeitsagentur und nicht vom Ausländeramt betreut; aber sie haben in der Regel Residenzpflicht, müssen also an dem zugewiesenen Ort zumeist in einem Flüchtlingsheim leben; sie bekommen Leistungen im Rahmen des Asylbewerberleistungsgesetzes und sie überspringen den Status der Duldung.

3. Klasse – Roma, Afrikaner, Afghanen im Asylverfahren allgemein abgelehnt da aus »sicheren Herkunftsländern«, sind sie im Status der

Duldung. Sie sind ausreisepflichtig, aber die Abschiebung ist ausgesetzt, diese kann aber jederzeit – oft ohne Vorwarnung – vollzogen werden. Es ist ein Leben in ständiger Angst. Es besteht Residenzpflicht, verpflichtender Identitätsnachweis und meist anfangs keine Arbeitserlaubnis. Diese Gruppe Flüchtlinge hat einen einzigen Weg in den Status des Aufenthalts zu gelangen den über Lohnarbeit: über den Beweis sich selber und die Familie dauerhaft ernähren zu können. Bei Roma meist Bürgerkriegsflüchtlingen der 1990er Jahre hat dies zu jahrzehntelangen Kettenduldungen geführt und andauernden Abschiebungen nach 10–30 Jahren Leben in Deutschland.

## »» FÄLLE »» Verwaltung

Unser Schwerpunkt dieses Diskriminierungsberichts ist der institutionelle Rassismus und dies hat mit Verwaltung zu tun. Wir werden uns diesem komplexen Thema von unterschiedlichen Seiten nähern, um am Ende ein einigermaßen komplexes Bild des Problems zu bekommen. Wir beginnen mit Aufzeichnungen aus der Sicht der Betroffenen zu Diskriminierungsfällen; dann beschreiben wir kurz : das angesichts des Ukraine-Krieges neu geschaffene Drei-Klassen-Asylrecht, um dann zu Fällen des institutionellen Diskriminierungsfällen gegenüber den Selbstorganisationen zu kommen. Dabei behandeln wir auch die Auftragsarbeit den Roma/Sinti Diskriminierungsbericht 2021 im Gemeinderat zu deligitimieren.

Zum Anschluss nehmen wir uns geschichtlich und theoretisch den institutionellen Rassismus vor, um dann abschließend dies zu vergleichen mit der Zusammenfassung von rund einem Dutzend Interviews mit Angestellten der entsprechenden Ämter.

**» Ich bin seit über 25 Jahren in Deutschland, als Kleinkind mit meinen Eltern dem Krieg entflohen. Und bin bis heute in Duldung, lang ohne Arbeitserlaubnis. Und warum? Weil Kroatien, wo ich geboren wurde und meine Eltern beide herkommen uns die Staatsbürgerschaft verweigert. Dies ist nicht nur bei uns so, sondern allgemein verweigert Kroatien den Roma die Staatsbürgerschaft. Und das ist ein EU-Land. So habe ich keine nachgewiesene Identität, keinen Pass und werde so staatenlos bleiben. Aber als Staatenloser hast du keinen Schutz und Recht. Und meine Kindern sind nun auch staatenlos. « R m 29 Jh D**

**» Momentan bin ich sehr knapp bei Kasse. Das alles nur weil meine Leistungen trotz Arbeit und Alleinerziehende mit 2 kleinen Kindern gestoppt wurden. Und warum? Weil die Ausländerbehörde ›vergessen‹ hat mir eine Fiktionsbescheinigung zu erteilen, bis meine Titeltkarte fertig ist. Ich kann nur vermuten, dass es damit zu tun hat, dass wir Roma sind ... jetzt steh ich damit Rechnungen bis zum Hals und weiß nicht weiter ... Klar, die Familie hilft, damit wir nicht verhungern, aber dieser Stress immer macht mich krank. « R w**

24 Jh A

» Ich habe einen französischen Pass, meine Eltern auch. Meinen Großeltern wurde der deutsche Pass von den Nazis weggenommen und aus Deutschland nach Frankreich abgeschoben. Sie haben in Frankreich überlebt und dort auch Pässe bekommen. Nach Kriegsende kamen sie nach Baden zurück und versuchten den deutschen Pass wiederzubekommen, aber sie bekamen keinen auch vor Gericht nicht. So haben wir bis heute obwohl unsere Familie seit 1949 in Freiburg ist, französische Pässe. Das war lange nur von Vorteil, weil die Franzosen als Siegermacht das Sagen hatten. Heute hingegen gibts Probleme, wir sind kein Einzelfall. Es gibt unter den Sinti in Freiburg eine ganze Reihe mit französischen Pässen mit ähnlicher Geschichte. « S m 38 Jh P

» Ich weiß von Fällen, wo die Ausländerbehörde, vorhandenes Ermessen erst in dem Moment nutzte, wo ein Anwalt mit einer Untätigkeitsklage drohte. Allerdings kenne ich auch Fälle wo einzelne Behörden-Mitarbeiter sich positiv und proaktiv um Problemlösungen bemühen. Es gibt beides. « R w 31 Jh A

» ... wir sind auf der Fahrt zum Workshop nach Berlin. Der Zug hat unendlich Verspätung. Ich geh zum Info-Schalter um für die Fahrkarten die Zugbindung aufheben zu lassen. Der Beamte macht den Stempel. Ich warte eine Weile und erwarte dass er mir meine weiteren Rechte erläutert ... es kommt nix. Ich frage dann ob wir nicht wegen Verspätung Anrecht auf Teil des Fahrpreises hätten. Er fragt, was ich denn da meinen würde? So geht es minutenlang hin und her bis er mir die Formulare aushändigt. « R m 29 Jh A

» Meine Mutter hat als Einzige in unserer Familie noch Duldung, alle Aufenthalt, Niederlassung. Sie arbeitet seit sieben Jahren, braucht kein Sozialgeld, hat Sprachkurs gemacht aber nicht ›Leben in Deutschland.« Sie ist Analphabetin, war nie in der Schule hat ein Attest davon. Andere haben damit Aufenthalt bekommen. Sie nicht. Warum? Keiner weiß. Sie hat sehr geweint darüber. Ohne Aufenthalt kein Urlaub außerhalb von Deutschland, kein Treffen mit Familie – das ist schlimm. « R w 28 Jh. A

» Muss jetzt Pass für Kind machen lassen im Kosovo Konsulat in Stuttgart. Habe einen Termin bekommen. Und gehe zum Ausländeramt um meinen Pass zu holen, den ich brauche, um überhaupt den Pass für Sohn zu beantragen. Aber die SachbearbeiterIn will mir ihn nicht geben, sondern fordert von mir eine schriftliche Bestätigung für den Termin im Konsulat, dann schaut sie weiter. Also einmal Stuttgart fahren für schriftl. Bestätigung, dann noch einmal für Passbeantragung, also Problem mit der Arbeit, die ich aber brauche für den Aufenthalt. Dann hör ich von Kollegen dass Ausländerbehörde in dem Fall Bescheinigung ausstellt mit Kopie von Pass. Warum gibt mir Sachbearbeiterin nicht gleich? Sondern macht mir jedesMal nur wieder neues Problem? « R m 45 d

» ... ich habe einen serbischen Pass, bin in Kosovo geboren und seit fast 10 Jahren in Deutschland. Ich wollte nun meinen Reisepass verlängern. Darauf bekam ich von serbischen Behörden die Antwort – sie verlängern nicht, weil sie mich in ihren Registern nicht gefunden haben. Also werde ich keinen Pass haben, was wird mit mir und den vier Kindern, ich weiß nicht, ich bin besorgt. « R w 30 Jh D

» ... so weiß ich von Fällen, wo die Ausländerbehörde, vorhandenes Ermessen erst in dem Moment nutzte, wo ein Anwalt mit einer Untätigkeitsklage drohte; wo erst die Fürsprache einer dritten Person den Verzicht auf eine zuvor als nötig bezeichnete Ausreise ermöglichte. Allerdings kenne ich auch Fälle wo einzelne Behörden-Mitarbeiter sich aktiv und positiv um Problemlösungen bemühen. « R w 52 Jh A

» Wenn du sicher sein willst mit dem Ausländeramt, mit dem AMI dann nur mit Rechtsanwalt, aber auch da kannst du nicht sicher sein, wie er arbeitet ? Ob er selber rauszögert und so mehr verdient ... « R m 32 Jh A

» Wegen Aufenthaltstitel haben alle vom Sozialdienst ein Schreiben bekommen, dass sie einen beraten. Aber das ist Zeitverschwendung: Die fragen nach deinen Daten, nach was du machst rund 1,5 Std und trotzdem hast du nix davon und wenn du nicht zum Termin erscheinst oder wenn du keine Zeit an diesem Tag hast, dann gibts großen Aufstand: Warum heute nicht und bla bla bla. Sie wollen dir helfen, aber die wissen nicht dass du arbeitest. Es nervt. « R m 29 Jh A

» Immer wieder Unterlagen abgeben, dies jahrelang. Wir sind das Jahr über immer damit beschäftigt. Dann Brief vom Amt nochmals die gleichen Unterlagen ... also wieder alles zusammensuchen, kopieren etc. und zum Amt hin; hier die Unterlagen, aber wir wollen jetzt Bestätigung, dass wir alles abgegeben haben! Die Antwort: ›Bin doch nicht dein Stempeljunge‹ und abgelehnt. Über Stadträte an die Amtsleitung– die gibt schlussendlich Order: 5 Dokumente müssen jeweils beim Eingang schriftlich bestätigt werden. Und dies geht – mehr oder weniger – bis heute. « R m 45 Jh. A

» Versuche Aufenthalt für meine Frau, die lebt seit 8 Jahren in Freiburg, wir haben 3 gemeinsame Kinder. Meine Frau und das kleinste Kind sind auf meine Nachnamen und die 2 Töchtern sind von Mutter Nachname – alle 3 Kinder sind in Freiburg geboren – ich habe Aufenthalt. Aber die Kinder und Frau haben und bleiben in Duldung. Meines Bruder Tochter ist in Freiburg geboren, wo die Mutter eine Niederlassung hat und die Tochter hat den deutschen Pass gleich bekommen. Was ist das nur für ein Wahnsinn, keiner blickt da durch. « R m 31 Jh A

## » Bericht »

### Die deutsche Staatsbürgerschaft

» Ich bin seit über 20 Jahren in Deutschland und entschloss mich den deutschen Pass zu kriegen. Ich meldete mich an und bekam nach fast zwei Jahren überhaupt den ersten Termin beim Ausländeramt! Die Prüfungen erstreckten sich dann fast vier Jahre lang, dabei wurde mehrmals mein Einkommen und Wohnung im Laufe der vielen Jahre geprüft. Ich glaube, dass diese lange Bearbeitungszeiten die Leut abschrecken soll, überhaupt einen Antrag zu stellen. Und es scheint es beantragen Roma kaum den deutschen Pass. Für Roma gibt es noch ein paar Besonderheiten. So musste ich einen speziellen ›Moslem-Test‹ ablegen und die vielen Jahre der Duldung wurden nicht angerechnet auf die notwendigen acht Jahre unbefristeten Aufenthalt. Und für Kosovo-Roma darüberhinaus was ganz speziell Besonderes – ein bürokratisches Sahnehäubchen: denn wir müssen unsere Staatsbürgerschaft in Kosovo und in Serbien aufgeben! Aber niemand hat beide Pässe, sondern nur immer einen! Also musst du – so will es die deutsche Politik – die zweite Staatsbürgerschaft annehmen – also Pass beantragen und bekommen (was jeweils mindestens ein halbes Jahr dauert und einige Hundert Euro), um dann sofort danach wieder aus dieser Staatsbürgerschaft auszutreten. Das ist irre, einfach nur irre. Ohne formellen Austritt aus beiden Staatsangehörigkeiten gibt es keine Einbürgerung in Deutschland! Nun dies geht in der Regel nicht, die serbische Botschaft gibt nicht mehr so einfach einen Pass außer ... man bezahlt es! Mittlerweile scheint das Regierungspräsidium Freiburg diese Praxis abgeschafft zu haben, andernorts gilt diese Regelung noch. « R m 45 Jh P

## » Bericht »

### Geschichte einer Eheschließung

» Als wir vor fast vier Jahren beschlossen haben zu heiraten – hatten wir keine Ahnung, was auf uns zukommt. Wir sind ins Rathaus und teilten dem entsprechenden Beamten unseren Heiratswunsch mit. Sehr freundlich und aufgeschlossen war der Beamte. Bis zu dem Zeitpunkt, als er mich nach meinem Pass fragte – und ich ihm mitteilte, dass ich aus einem Balkanstaat komme. Das war der Beginn einer endlosen jahrelangen Odyssee.

An sich brauchten wir nur eine Geburtsurkunde und ein Scheidungsurteil – ich war früher schon mal verheiratet ... fertig. Geburtsurkunde hatte ich zuhause, das Scheidungsurteil, das hatte ich auch. Also sind wir wieder hin. Aber das passte so gar nicht. Die Geburtsurkunde war weder international (auch wenn alles auf englisch stand) – noch war sie ins Deutsche übersetzt. Das Scheidungsurteil stammte vom hiesigen deutschen Amtsgericht – aber das konnte so vom Amt nicht akzeptiert werden. Musste die Scheidung doch in meinem Herkunftsland registriert sein. Na und wo eine Scheidung ist, ist eine Eheschließung – und wo ist die Heiratsurkunde? – aber diese ist nunmal nicht auf albanisch, was die Amtssprache heute im Kosovo ist. Tja, aber welches Herkunftsland – ich heiratete zur Verfallszeit Jugoslawiens und wer ist verantwortlich für meine erste Ehe? In welchem Rechtssystem die Scheidung anerkannt werden sollte – das war auch eher ein Würfelspiel als Ergebnis logischer Überlegungen. Also, es wurde mir vom deutschen Amt ein Staat – Serbien – zugewiesen: dort muss die Heirat wie die Scheidung erst anerkannt werden. Aber ich darf da nicht hin und kenne auch niemanden in Serbien und übersetzt werden musste es auch noch. Aber es gelang innerhalb eines Jahres: Es wurde dort eingetragen, kam zurück als eingetragene Scheidung mit vorhergehender eingetragener Eheschließung (alles mit entsprechenden Gebühren) – und dies alles vor dem Hintergrund, dass ich in Freiburg gerichtlich geschieden worden war! Also mussten wir die Heiratsurkunde und die Scheidung nun in Serbisch wieder zurück ins Deutsche übersetzen lassen. Wohlgermerkt eine Scheidung die auf deutsch mit Freiburger Amtsgerichtsstempel schon vorlag. Also ließen wir das deutsche Scheidungsurteil, was ins Serbische übersetzt worden war und mit Gebühr beglaubigt nun wieder zurück ins Deutsche übersetzen.

Wer glaubt, dass das übersetzen lassen standardisierter Formulare was für `google translate` ist– oder gar überflüssig, da es schon in Amtsdeutsch vorliegt, der irrt sich gewaltig. Jede Übersetzung muss für teuer Geld durch einen staatlich geprüften Übersetzer durchgeführt werden. Apropos; staatlich geprüft: jeder der insgesamt ca. 10 –15 Blätter und 25 Stempel muss dann auf seine Echtheit geprüft werden. Wo kämen wir hin, wenn ein Stempel in grüner statt roter Farbe gestempelt wurde? Also alles prüfen im Standesamt und dann das Paket nach Karlsruhe ans Oberlandesgericht. Diese kleben neue Briefmarke drauf, auf gehts an die deutsche Botschaft meines angeblichen Herkunftslandes, wo ich nie war. Dort liegt das 180 Tage rum. Am 181 Tag – ein großer Tag für uns, erbarmt sich ein Angestellter dieser Botschaft und prüft die Formulare und ihre Stempel, von einem Vorgang mit dem dieses Land ja nie zu tun hatte. Es hat ewig gedauert – aber dann kommt es zurück. Nach Karlsruhe dann nach Freiburg – und dort dürfen wir endlich laut und deutlich sagen: Ja, wir wollen heiraten. Nicht das wir jetzt verheiratet wären– aber es klingt ja schon ganz gut. A propos Klang: Welchen Klang soll denn mein künftiger Nachname haben? Darf das mein Kindheitsname sein oder muss es der vorherige Ehenname sein? Hatte ich doch glatt vergessen zu prüfen – ob das in meinem Herkunftsland (was es ja nicht mehr gibt und ich nie gelebt habe) eingetragen ist, dass ich den vorherigen Ehenamen schon seit einigen Jahren nicht mehr führe. Also nochmals ein Hin und Her wegen meinem künftigen Nachnamen, nochmals prüfen, die nunmehr 15 Formulare. Sind die Stempel korrekt – entspricht das Formblatt den Kriterien für ein internationales Formblatt – ist der Übersetzer beglaubigt – ist womöglich eines der Formblätter in seiner Frist schon abgelaufen? Tausende Fragen sind zu beantworten von einem einzigen Beamten im Oberlandesgericht. Diese verantwortungsvolle Aufgabe dauert nun wieder ein halbes Jahr. Hat womöglich jemand im Standesamt, in der Botschaft einen Fehler gemacht? Und dann es ist geschafft ... nach fast vier Jahren ... wir heiraten. Wir das Paar und genau 14 Personen. Die Fußballstadien sind voll, die Läden auch, nirgendwo Impfung oder Maske – außer im Standesamt Freiburg – hier herrscht ein eigenes Recht: bei Hochzeiten Begrenzung auf 14 Gäste in Maske – Babys zählen mit. ⚡ R w 35 Jh A

## »»» FÄLLE »»» Institutioneller Diskriminierung

---

Landtagsabgeordnete

»Es ist eine Zoom-Sitzung zur Schul-Corona-Situation insbesondere für Freiburg geleitet von einer Landtagsabgeordneten. VertreterInnen von Trägern der Sozialarbeit, von Stiftungen und auch SchülerInnen und Lehrer waren anwesend. Jeder berichtet. Als ich drankomme, berichte ich von der hohen Absentismus-Rate unter unseren SchülerInnen und dass es in Weingarten praktisch niemanden gibt im Home-Office. Mitten in meinem Bericht werde ich unterbrochen und das Mikro abgestellt, ohne auch nur einen Schlusssatz formulieren zu können, weil meine Redezeit überschritten sei. Allem Anschein betraf diese Redezeitbegrenzung nur mich als Sprecher für unsere Minderheit, der konkret und unmittelbar über die Auswirkungen sprach. Anderen SprecherInnen, die sehr viel länger berichteten, konnten zuende sprechen ohne, dass ihnen das Mikro abgestellt wurde.«

---

Katholische Kirche

Die katholische Kirche hat eine Anlaufstelle für Roma mit einem Roma als Angestellten, der dafür vom Islam zur kath. Kirche konvertierte. Da auch er an der Erarbeitung des Diskriminierungsberichts beteiligt war, war die Frage, wie er als Angestellter der katholischen Kirche öffentlich in diesem Sinne auftreten könnte. Dies kann er nicht entscheiden, sondern dafür besteht ein extra kirchliches Beratungsgremium mit dem ich telefonieren sollte. Mit einer Frau Dr. sprach ich dann, die den Diskriminierungsbericht ablehnte, weil er zu emotional und zu wütend sei. Deswegen dürfe der Angestellte auf der Versammlung nicht sprechen. Ich versuchte ihr verständlich zu machen, dass diese Wut aus dem Erleben der Verleugnung des NS-Völkermords und der weiteren Verfolgung nach 1945 zum Teil bis heute herkommt. So erzählte ich ihr auch über meine jahrelange Psychoanalyse, die ich brauchte um überhaupt über familiäre Verfolgung sprechen zu können. Ich konnte

sie in keiner Weise überzeugen. Sie blieb kategorisch dabei Emotion und insbesondere Wut darf ihrer Meinung nach nicht sein. Kurz nach unserem Gespräch charakterisierte sie mich einer dritten Person gegenüber als »psychisch krank«.

---

Bundesprogramm »Demokratie Leben«

Drei Roma/Sinti Diskriminierungsberichte wurden durch das Programm »Demokratie Leben« des Bundesfamilienministeriums auf Ortsebene bislang gefördert. Der vierte Bericht für das Jahr 2022 wurde mit Beschluss des örtlichen Beirats (Zusammensetzung: 4/5 weisser Mittelstand, vorwiegend Verwaltungsangestellte) nicht gefördert. Als Begründung diente nur ein Wort – der Bericht sei »polemisch.« Eine Diskussion darüber fand bis heute nicht statt, obwohl Rassismus gegen Roma und Sinti bundesweit Schwerpunktthema in diesem Jahr war. Mittlerweile gibt es in dieser Förderung in Freiburg keine Gruppe vom Rassismus NEGATIV Betroffener und Migranten mehr, sondern nur noch vom Rassismus Positiv Betroffene, die allem Anschein nach überzeugt davon sind ihre Privilegien zu Recht zu haben und darüberhinaus natürlich die Deutungsmacht über Rassismus wie einen Erbhof (aus den Händen ihrer Großeltern) zu besitzen.

---

Migrantenbeiratswahl

Für den MigrantenInnen-Beirat, ein kommunal beratendes Gremium, sind über 31000 ausländische Freiburger (Kriterium: in Freiburg angemeldet und kein deutscher Pass) wahlberechtigt,  $\frac{3}{4}$  mit einer Herkunft aus Südost-Europa und Naher/ Mittlerer Osten. Mit einer Wahlbeteiligung von 6.6% wurde der 19-köpfige Beirat gewählt, der sich aber größtenteils aus weißen West-Europäern zusammensetzt. So konnte wählen und gewählt werden – Schweizer, Franzosen, Engländer – alle ohne Zweifel ohne eine Migrationsgeschichte. Während im Ausland ob in Sarajewo oder Shanghai geborene Emigranten-Kinder laut Freiburger Rechtsamt weder gewählt noch wählen dürfen, da sie nicht als Migranten gelten (weil deutscher Pass bei Geburt), obwohl sie – im Gegensatz zu den weißen Westeuropäern zweifelsohne eine Migrationsgeschichte nach Deutschland erleben mussten.

---

Öffentliche Veranstaltung im Juni zum 3. Diskriminierungsbericht

**Der Diskriminierungsbericht wurde im Frühjahr 2021 fertiggestellt. Der Sinti Verein und das Roma Büro wollten den Bericht auf einer öffentlichen Veranstaltung vorstellen und zur Diskussion stellen. Dazu luden wir StadträtInnen, die Stadtverwaltung, das Polizeipräsidium, die Bürgervereine, Kirchen, Medien und das Amt für Migration und Integration (AMI) ein. Als Einzige kam die Stadtverwaltung nicht (AMI und das Büro des Ersten Bürgermeisters) und begründeten dies in einem öffentlichen Brief (vom 15.6.21): Wegen »einiger Darstellungen ... zu Sachverhalten, die sich aus unserer Sicht erheblich anders darstellen ... zur Verdeutlichung nur exemplarisch auf drei Punkte eingehen: die Darstellungen zur Förderung des Sommercamps 2020, zur Überbelegung von Wohnungen sowie zu den Unterkunftsgebühren.« Warum dies Grund für die Nicht-Teilnahme an der Veranstaltung am 18.6. war, erschließt sich uns bis heute nicht. Möglicherweise scheuen sie »nur« die Öffentlichkeit, denn in kleiner Runde hinter verschlossenen Türen ein paar Wochen später diskutierten wir die Sachverhalte. Laut Verwaltung gab es, (mehrmals öffentlich wiederholt) keine Anfrage des Roma-Büros am 20.7. zur Förderung des Sommercamps. Die E-Mail vom 20.7.20 an das AMI gab es tatsächlich und diese in »kleiner Runde« bei der Verwaltung im Juli auf den Tisch gelegt, ergab wohl eine sichtlich emotionale Implosion aber keine Entschuldigung und öffentliche Richtigstellung dieses Fehlers der Verwaltung; stattdessen wurde die Gangart verschärft ...**

---

Roma/Sinti Diskriminierungsbericht Tagesordnungspunkt  
im Gemeinderat

**Im Juli beauftragten vier Gemeinderatsfraktionen »die Verwaltung ... in der gemeinsamen Schul- und Migrationsausschusssitzung am 23.9., den Diskriminierungsbericht in Anwesenheit der Sinti und Roma-VertreterInnen in Freiburg vorzustellen und darzulegen, wie Sie mit den bisherigen Roma- und Sinti- Diskriminierungsberichten umgegangen sind bzw. was diese bewirkt haben. Zudem beauftragen wir die Verwaltung, in einer Drucksache darzulegen, welche Maßnahmen – insbesondere in städtischen und schulischen Einrichtungen – bislang ergriffen wurden und zusätzlich ergriffen werden können, um gegen**

die Diskriminierung der Sinti und Roma in Freiburg vorzugehen und dieser vorzubeugen.«<sup>4</sup> Man könnte meinen, dass nun auf dieser öffentlichen Sitzung die drei vom AMI schriftlich als »exemplarisch« kritisierten Sachverhalte aus dem Diskriminierungsbericht zur Diskussion kommen. Dass über Fehler und Probleme diskutiert werden würde und darüber wie dies zu verbessern sei. Wir erwarteten irgendwie sowas.

Aber es kam ganz anders. Die Stadtverwaltung inszenierte den vom Gemeinderat beschlossenen Tagesordnungspunkt als Machtdemonstration gegen die Minderheit und triggerte uns, die Roma und Sinti-VertreterInnen in Angst- und Verfolgungsgefühle anstatt bei diesem Thema für einen emotional sicheren Raum zu sorgen.

Auf dem Podium saßen die beiden Bürgermeister, die AMI-Leitung und ein ehemaliger Professor. Den Sinti und Roma-VertreterInnen wurde in der rechten hinteren Ecke des Gemeinderatssaales unter der Treppe zur Empore Plätze zugewiesen. Die Empore war gut gefüllt mit vielen im Feld Arbeitenden. Der ehemalige Professor, ein Völkerkundler, war der Hauptredner und hatte dafür eine halbe Stunde. Wir bekamen fünf Minuten darauf als Antwort auf einen Text, den wir nicht kannten. Der Professor hielt einen Vortrag der unseres Erachtens kaum mit unserem Diskriminierungsbericht inhaltlich was zu tun hatte und ohne jegliche Empathie aber demagogisch den Diskriminierungsbericht und seine AutorInnen öffentlich zu diffamieren versuchte. Dies gelang ihm auch. »Während Walds (Autor des Berichts) Rede zeigten sich mehrere Gremiumsmitglieder demonstrativ genervt bis ausfällig.«<sup>5</sup> Der Zweck dieser professoralen Rede war die öffentliche Diskussion auch in diesem Gremium gerade über konkrete Diskriminierungsfälle und welche Maßnahmen die Stadtverwaltung dagegen ergriffen hat und welche sie gedenkt zu ergreifen – was ja gerade die Gemeinderatsfraktionen von der Verwaltung einforderten – zu verhindern. Und dies erreichte die Stadtverwaltung auch. (► [„Anhang 4: Matter-Rede“ auf Seite 101](#))

---

4 ► [„Anhang 3: Fraktionsantrag Diskriminierungsbericht“ auf Seite 100](#)

5 Der gesamte Tagesordnungspunkt: Rede des Professors, Gegenreden der VertreterInnen der Sinti und Roma sowie Diskussionsbeiträge der StadträtInnen als ► [Audio](#) und dazu: ► [Artikel in der örtlichen Zeitung Badische Zeitung](#)

---

Kurzbericht der Stadtverwaltung ... im Bereich Antidiskriminierung

**Der interfraktionelle Gemeinderatsbeschluss beinhaltet den Roma/Sinti Diskriminierungsbericht öffentlich zu diskutieren und in einer Drucksache darzulegen, welche Maßnahmen – insbesondere in städtischen und schulischen Einrichtungen – bislang ergriffen wurden und zusätzlich ergriffen werden können, um gegen die Diskriminierung der Sinti und Roma in Freiburg vorzugehen und dieser vorzubeugen. Dieser Bericht (► [„Anhang 5: Stadtverwaltung Antidiskriminierung“ auf Seite 110](#)) ergänzt den »ideologischen« Vortrag des Professors bestens, in dem er die empirische Seite der Tätigkeit der Stadtverwaltung darstellt. Es gibt ausschließlich Aktivitäten der Stadtverwaltung – Gender & Diversity, Stelle für die Gleichberechtigung der Frau sowie Behinderung – die auch die weiße Bevölkerungsmehrheit betreffen (Ausnahme ist die Schaffung einer Beratungsstelle bei der Abfallwirtschaft). Das gesamte Feld der Minderheiten und der Zuwanderung, was heute rund ein Drittel der FreiburgerInnen ausmacht, existiert nicht: weder unter Begriffen »Ausländer- oder Fremdenfeindlichkeit« noch unter Begriffen »das andere, postkoloniale alltagskosmopolitische Europa« in der Stadt Freiburg. Die Frage im interfraktionellen Gemeinderatsbeschluss, was die Stadtverwaltung gegen die Diskriminierung der Sinti und Roma getan hat und zusätzlich tun könnte – wird so eindeutig beantwortet: Nichts.<sup>6</sup>**

---

6 ► [„Anhang 5: Stadtverwaltung Antidiskriminierung“ auf Seite 110](#)

---

Freiburg die »weltoffene liberale« Stadt

**Auf der Tribüne des Gemeinderatssaals saßen viele AkteurInnen der »antirassistischen« Gruppenlandschaft während des Tagesordnungspunktes Roma/Sinti Diskriminierungsbericht am 23. September 2021. Man könnte denken, dass die eine oder andere Gruppe/Netzwerk diese Debatte aufgreift und z.B. den Diskriminierungsbericht öffentlich zur Debatte stellt oder öffentlich Stellung nimmt zum Vorgehen der Stadtverwaltung. Aber es geschieht nichts, es wird öffentlich beschwiegen. Auf den in den nächsten Monaten zahlreich stattfindenden »Antiziganismus-Tag«, Veranstaltungen zu Diskriminierung, Rassismus und Antiziganismus vom iz3w (Demokratie Leben), Antidiskriminierungsstelle von Pro Familia und MigrantInnenbeirat (17.11.21) gibt es den – wie von »unsichtbarer« Hand gesteuert – Roma/Sinti Diskriminierungsbericht nicht. Hier wurde und wird aktiv die Perspektive der vom Rassismus negativ Betroffenen unsichtbar gemacht. So behandelt als ob es sie nicht gäbe also zu-NICHTS-gemacht, kurzer Hand einfach mal eine Minderheit in Luft aufgelöst. Bezeichnenderweise durchweg von Aktiven und deren Netzwerken denen Rassismus traditionell Privilegien schenkt, die von Rassismus profitieren mit Arbeitsstellen, Jobs, Projekten, Zugang zu Ressourcen und Projekt-förderstrukturen, um dann ihrerseits den negativ vom Rassismus Betroffenen lehren zu wollen, was Diskriminierung, Rassismus nun sei.**

**Erstaunlicherweise gibt es darüber in dieser Landschaft weder Scham noch Selbstreflektion. Es scheint für sie natürlich/selbstverständlich zu sein, dass sie dies Feld besetzen und dominieren, so weit, dass sie entscheiden wer existiert und wer nicht, wer sprechen darf und wer nicht. Aktive vom Rassismus negativ Betroffenen dürfen dann auch mal ihre »Haut« zu Markte tragen, allerdings nur wenn es um Repräsentation ihres Netzwerkes geht, weil es halt bunt Diversity aussieht. Aber ihre Ressourcen, Stellen, Meinungsmacht, Macht zu teilen: kein Gedanke und auch bei Nachfrage nur schweigende Ignoranz.**

**Was dies kommunal für Meinungsfreiheit, Öffentlichkeit und für Demokratie bedeutet ... für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft gerade in Hinblick auf möglich zukünftige Katastrophenlagen – ist die Frage. Warum nur erinnert 2021/22 so viel an die späten 30iger Jahre als das deutsche Bildungsbürgertum zusah und schwieg.**

---

Katholische Kirche organisiert Internationalen Roma-Tag

**Die katholische Kirche lud zum »internationalen Roma-Tag« ein und die Freiburger Polit-Prominenz – die Landtags- und Bundestagsabgeordneten – kam, der zuständige Bürgermeister eröffnete und der ehemalige Professor, Völkerkundler (siehe Gemeinderatssitzung) sprach nun zum »langen Weg der Integration der Minderheit unter seiner psychopathischen Projektions-These : Zigeuner als das Fremde.**

**Die Selbstorganisationen der Sinti und Roma von vor Ort waren weder informiert noch eingeladen, man war unter sich; außer dem Angestellten der katholischen Kirche der als Repräsentant der Minderheit zu dienen hatte. Bundes- und europaweit unseres Wissens nach der erstmalige und einmaliger Versuch zwischen Nation Building und innerer Kolonisierung sich selber seine »Zigeuner« zu erfinden.**

---

Wie im Stadtkreis auch im Landkreis

**Ende Mai 2021 erschien in der Badischen Zeitung der Artikel »Betroffene beklagen Diskriminierung auf der Ausländerbehörde« im Landkreis. Über ein Dutzend Betroffene und einige Helfer berichteten anonym über Diskriminierung, bewusste Verzögerung in der Bearbeitung, Beleidigungen und mehr von Seiten des Ausländeramtes, was im Landkreis immer noch dem Ordnungsamt untersteht. Auch auf Facebook und anderen Sozial Media Kanälen wurden und werden Vorfälle gepostet. Einige dieser Fälle waren auch in unserem Bericht 2021. Der Landrat reagiert darauf, dass die »Anschuldigungen« pauschal seien, anonym und eine Aufarbeitung so nicht möglich sei. Der Kreistag ist das demokratische Gremium des Landkreises, hier beantragte eine Fraktion die Diskriminierungsvorfälle im Ausländeramt in einem Tagesordnungspunkt zu behandeln. Der Landrat blockte eine Debatte im Kreistag formal juristisch nach der Landeskreisordnung ab und sieht auch keine Notwendigkeit Beschwerdestellen auf Landkreisebene einzurichten. Stattdessen könnte man sich ja mit einer Petition an den Landtag in Stuttgart wenden. Ähnlich wie in der Stadt Freiburg wurden so im Landkreis Fälle der Diskriminierung und Ungleichbehandlung von »Ausländern«, darunter Roma und Sinti, nicht diskutiert. Sie sollen ein Nicht-Thema bleiben.**

## **Kommentar** zur Rede von Professor Matter am 23.9.21 im Gemeinderat

(Der Redetext: ► „Anhang 4: Matter-Rede“ auf Seite 101.)

»Hinter jeder Diskriminierung steckt« für Matter »eine Ideologie«.

Diskriminierung hat unterschiedliche Formen: subjektive, institutionelle, symbolische – Matter behandelt in seiner Rede ausschließlich die subjektiven. Die Tatsachenwahrheiten in unseren Diskriminierungs-Berichten wie die strukturelle Ungleichbehandlung in Bildung und Wohnen unterschlägt er. Der Offene Brief<sup>7</sup> von Prof. Meier-Gräwe an ihn, der auf diesen Widerspruch hinweist – »nicht nur subjektive Erfahrungen von Diskriminierung in Weingarten gibt, sondern auch vielfältige objektive Diskriminierungsbefunde« – ignoriert er.

Seinen persönlichen Zugang und Angelpunkt zu Sinti/Roma offenbart er (mit den meisten Betonungen/Unterstreichungen in seinem Manuskript) gleich zu Beginn auf Seite 2: das »andere als fremd« machen. Offenbar braucht er pathische Projektion zur persönlichen Selbststabilisierung. Es ist sein bekanntes Hauptmotiv – siehe auch seine Rede auf dem von der Katholischen Kirche organisierten 8.4 Internationalen Roma Tag.

Und als Nächstes zückt er die Karte, die wir auch seit Jahrzehnten schon kennen: die Roma und Sinti auseinander zu reden. Ein in Freiburg besonders beliebtes »Spiel«. Um dann nur noch von Flüchtlings-Roma zu reden und die sollten doch der Stadtverwaltung nun wirklich dankbar sein ... andere Roma und die Sinti-Community gibt es nicht. Auch hier fern der Tatsachen vor Ort. Seit Jahren arbeiten Sinti und Roma vor Ort zusammen – Jugendliche sind miteinander befreundet, man/frau ist verschwägert, hat Kinder zusammen – feiert zusammen Feste, macht gemeinsame Geschichtsprojekte, arbeitet in Bildungsberatung und bei Diskriminierungsfällen zusammen. Ähnlich äußert sich in der Diskussion der andere professorale »Zigeuner Experte« als

7 ► Beilage »Geschichte der Minderheiten« zur Badischen Zeitung vom 30.10.2021

Sachverständiger im Migrationsausschuss, es gebe doch noch andere Fraktionen bei den Roma und Sinti.<sup>8</sup>

Dann die Delegitimierung: » ... die subjektive Erfahrung von Diskriminierung nicht immer einer objektiven – unabhängig ob im juristischen oder sozialwissenschaftlichen Sinne – Definition von Diskriminierung entspricht.«, und gegen Ende: der Bericht »wissenschaftliche Standards völlig ausgeblendet.« Wer/was ist objektiv? Matter setzt hier einen Maßstab an, der weder in unserem Sinn noch Absicht liegt. Unsere Absicht ist die Entwicklung des Subjekts, den Prozess der Selbstermächtigung entgegen der Normalität von Diskriminierung zu fördern, das Selberdenken auf Basis der eigenen Erfahrungen und Gefühle: die Entwicklung vieler Stimmen negativ von Diskriminierung Betroffener als Bürger dieses Landes und nicht die weitere Verfestigung als Objekte von Erziehung.

Und nach dieser Delegitimierung werden die Roma/Sinti flugs wieder zu Tätern. Spalter mit bipolarer Sicht in Opfer und Böse; spaltende Identitätspolitik, die keinen Weg zum Wir aufzeigt; Störer des schönen multikulturellen Freiburgs, kein Diskriminierungsbericht, sondern Anklageschrift, so Matter. Und auch hier schreibt er wieder bar jeglicher Tatsachen. In allen drei bisherigen Diskriminierungsberichten wird jeweils in längeren Passagen Fragen des Zusammenhalts und Zusammenführens der Gesellschaft erörtert. Und unsere jahrzehntelange interkulturelle Praxis im Zusammenführen von Milieus und Minderheiten in Freiburg wird einfach ignoriert. Erinnerung sei an die

---

<sup>8</sup> Er sagt an: wer Roma ist! So bei seinem ersten Auftritt in Freiburg von vor rund zehn Jahren im »Freundeskreis der Roma«, wo er mal eben einen Roma-Lebenslauf als falsch bezeichnete. So im Fall der Abschiebung von A. im Jahr 2014/15. Wo aus einem Serben ein Roma gemacht wurde und er ein großes Fass kommunalpolitisch aufmachte, diverse Demonstrationen und im Januar 2015 die Stürmung und das Platzenlassen des Neujahrsempfangs der Grünen. Die Roma, die mit A. im Flüchtlingsheim Tür an Tür zusammenlebten, feierten hingegen ausgelassen seine Abschiebung. A. terrorisierte mit lauter Musik und Besäufnissen Nacht für Nacht seine Nachbarn, die morgens aufstehen mussten – Kinder zur Schule, sie zur Arbeit. Er war in Deutschland um »Business« zu machen und nicht um hier anzukommen. Einige wehrten sich und kämpften für Nachtruhe, es kam zu Schlägereien mit vielen Polizeieinsätzen, wo dann aber alle schuldig waren. Bis heute steht dies in ihren Akten und behindert ihren Aufenthaltsstatus. Wir hätten dies damals sofort öffentlich machen müssen, berichteten aber dem zuständigen BGM, worauf aber nichts folgte. Nur dass dieser Experte heute im Migrationsausschuss als Sachverständiger sitzt.

interkulturelle Ausstellungsserie »Advent der Migranten«, an 10 Jahre Sommercamp, an die 2015/16 »Vor der Sprache kommt der Ton« mit der syrischen und irakischen Community, an die Geschichtsprojekte über die Minderheiten mit Sinti, Juden, Jenische und Roma. An vielfache Musikprojekte ...

Der ganze Text ist gehalten im Ton freundlich-großväterlicher Gelassenheit, neutral und sich objektiv gebend quasi über den Dingen schwebend ohne einen Ich-Sprecher. Aber an einer Stelle wird dann Matters Ausführung emotional: beim Begriff »weiß« – bei ihm heftige Abwehr hervorrief, da wo aus der Minderheits-Sinti/Roma Perspektive die weiße Mehrheitsgesellschaft zum Objekt der Betrachtung gemacht wird. Es ist der einzige Teil in seinem Bericht, die er mit einer Subanalyse bedachte: Jeder einzelne der vier Stellen mit »weiß« im Roma/Sinti Diskriminierungsbericht wird mit Seitenangabe aufgeführt – eingeleitet von »weißen Spießern«, einem Zitat was er allerdings hinzu dichtete. Um zu schlussfolgern »diffamierend dargestellt« und kein Diskriminierungsbericht, sondern »Anklageschrift«. Und es folgt die einzige Stelle, wo er als Subjekt erscheint »deckt sich mit meinem Bild von Freiburg überhaupt nicht«, um darauf wieder das Hohe Lied auf tolerante, weltoffene Freiburg und die Flüchtlingshilfe für Roma anzustimmen.

Also wir scheinen an seiner vulkanischen Quelle zu sein. Es wird heftig emotional abgewehrt selbst Objekt der Betrachtung zu werden/sein – aus den Augen von Roma/Sinti angesehen zu werden und ebenso verweigert er selbst in den Spiegel zu blicken. Letzteres an sich eine der Grundvoraussetzungen wissenschaftlicher Arbeit, aber Volkskundler tun sich bekanntlich »schwer damit ihre Analyseinstrumente auf ihre eigene institutionelle Umgebung anzuwenden«<sup>9</sup>. Woher diese emotionale Abwehr und zugleich auffällig dünne inhaltliche Argumentation? Und keinerlei Ansatz zu Selbstreflektion in seinem Bericht. Was soll da abgewehrt werden? Ihr Monopol auf Projektion, ihre Tätergeschichte, ihre normativ-setzende Strukturisierungsmacht, ihre jahrhundertelangen Privilegien, ihr Herrenmenschentum? Der erste Bürgermeister griff hier gar ein während der Diskussion im Gemeinderat und den Begriff »Weißer Mann« als Beleidigung festma-

9 D. Graeber, Bürokratie, 2017 s. 234

chen wollte. Das heißt, es soll nur eine Perspektive auf die Gesellschaft geben und die nur aus der weissen Mitte der Gesellschaft heraus, die aber unkenntlich, als allgemeines als das Normale sich darstellt?

Die Lebendigkeit der Weimarer Republik beruhte gerade auf den vielfältigen Perspektiven – insbesondere der Minderheiten – denken wir nur an Tucholsky, an Kraus wie kräftig sie die Spiegel putzten und kulturelle Blüte schufen. Oder an »reife, entwickelte Intelligenz« nach J. Piaget sich da entwickeln, wo verschiedene Sichtweisen, Perspektiven miteinander koordiniert/verschnitten werden und sich gegenseitig so spiegeln. Oder wie im patriarchalen Machtverhältnis Ehe, wo die Frau über den Mann mehr weiß, als er über sich selbst. Darüberhinaus noch vielfach mit anderen Frauen geteilt sich ihr Wissen verdichtet – ähnlich sich bei den Minderheiten ein vielfaches intersubjektives Wissen über die Jahrhunderte – trotz des Völkermords – entwickelt hat. Und diese Wissensressourcen sollen dann per bürokratischer Verfügung delegitimiert, nicht gehoben werden dürfen und als Folge so dann umschlagen im wörtlichen Sinn in eine Form von infantiler gesellschaftlicher Dummheit.

Warum arbeiten sich seit Jahrhunderten gerade immer besonders weiße Professoren an »Zigeunern« ab? (... bis dahin heute eine eigene Wissenssparte »Antiziganismus« aufgemacht zu haben, wo sie so gänzlich unter sich sind). Aber jegliche offene Diskussion in der Öffentlichkeit scheuen, selber öffentlich auftreten nur gestützt in bürokratischen Machtverhältnissen und sie der Kritik von Selbstorganisationen mit Abwehr, Ignoranz und bis Diffamierung begegnen. Es geht bis dahin, dass jahrelang Selbstorganisationen und/oder einzelne legitimierte SprecherInnen der Gruppen gezielt verleumdet werden: Ihnen Dominanzverhalten unterstellt und VertreterInnen die Zugehörigkeit zur eigenen Community abgesprochen wird. Diese Diffamierungspraktiken sowie die Verortung im akademischen professoralen Milieu tragen zur Beharrungskraft der Diskriminierung und Rassismus gegen Roma und Sinti bei.

## Kommentar: Institutioneller Rassismus

Bis heute dominiert in Deutschland die Vorstellung von Rassismus als quasi individuelle Beleidigung bis hin zu rechten Übergriffen mit Gewalt und Mord vor<sup>10</sup>. In der deutschsprachigen Rassismusforschung herrscht bis heute Rassismus als (sozial-) psychologisch informierte Stereotypen- und Vorurteilsforschung, die Rassismus primär als individuellen oder kollektiv geteilten Bewusstseinsinhalt begreift. Dies wird gestützt von einer allgemeinen Tendenz gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse zu psychologisieren und zu individualisieren.

Institutioneller Rassismus betont im Gegensatz dazu die strukturelle gesellschaftliche Qualität und Gewalt, wie er sich in und durch institutionelle Praktiken und Routinen reproduziert. Die Tragweite des institutionellen Rassismus prägt den Lebensalltag, die Lebenschancen und Lebenslauf eines jeden Menschen: Kita, Schule, Universität, Betriebe, Banken, Krankenhäuser, Wohnungsmarkt, Parteien, Polizei, Gerichte strukturieren die Teilhabe eines jeden Individuums in der Gesellschaft. Jegliche gesellschaftliche Teilhabe wird durch Institutionen strukturiert.

Der UN-Ausschuss gegen Rassismus im Jahr 2008, die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz im Jahr 2009 haben diese eingeschränkte Sicht auf Rassismus in Deutschland kritisiert. Bis heute hat sich nicht viel geändert – die Beharrungskräfte gegenüber diesen blinden Flecken sind unerhört, haben aber alltäglich eine große Wirkung.

Uns ist bisher nur eine deutsche Studie bekannt, die sich dem institutionellen Rassismus gegenüber Sinti/Roma zugewendet hat: »Zur Sozialen Situation der Sinti in der Bundesrepublik Deutschland« von 1982<sup>11</sup>. Darin heißt es: »Die Klagen und Beschwerden über ungerech-

<sup>10</sup> siehe z.B. ► [BZ Artikel zu »Woche gegen Rassismus« in Freiburg – 10.3.22 »Die Rechten von heute treten oft betont alternativ auf«](#)

<sup>11</sup> Hundsalz, A. 1982. Soziale Situation der Sinti in der Bundesrepublik Deutschland. Schriftenreihe des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit Band 129. Stuttgart: Kohlhammer.

te Behandlung von Behörden nehmen in unseren Gesprächen den weitaus größten Teil ein.« 80 Prozent der 150 Befragten stimmten zu bei der Frage: »Gibt es besondere Schwierigkeiten im Umgang mit Behörden, weil ich Sinto/Sintizza bin?«. 50 Prozent der Befragten antworteten, dass sie den Umgangston der Beamten und Beamtinnen »oft« als schwierig wahrnehmen.

Darüberhinaus gibt es aus dem Jahr 2016 den Aufsatz »Institutioneller Rassismus« im Band »Ideologische Ungleichwertigkeit« der Böll-Stiftung; den Forschungsbericht »Mechanismen des institutionellen Antiziganismus« von Neuburger/Hinrichs von 2021; das Buch von D. Graeber: »Bürokratie, die Utopie der Regeln« von 2015 sowie Monitoringberichte des Zentralrates der Sinti und Roma.<sup>12</sup>

In der Politik besteht ein Desinteresse institutionellen Rassismus und deren Forschungslücken anzugehen. Es gibt bislang nur entsprechende geschichtswissenschaftliche Abhandlungen einzig über die NS-Zeit; aber nichts über die Kontinuitäten von Verwaltungshandeln z.B. aus dem Kaiserreich ... über NS ... bis zur Gegenwart. Darüber hinaus gibt es kaum aufklärerische Kritik über Tätigkeit von Behörden und Verwaltungen, obwohl kaum ein Sektor der Gesellschaft so wächst, an Macht zunimmt und alle Lebensbereiche systematisch beeinflusst. Und dies verwundert doch angesichts – dass ALLE unter »ihr stöhnen.« Es wird gesprochen, dass ca. 40% Personen mit staatlichen Unterstützungsleistungen (Grundsicherung, Wohngeld, Kindergeld ua.), die ihnen an sich zustehen, diese aufgrund von Ämterpraktiken nicht wahrnehmen. Ebenso verzweifeln UnternehmerInnen an der deutschen Bürokratie. »Ich fange an, an Deutschland zu resignieren« »Irrsinn«, »unnötig«, »Schnauze voll«.<sup>13</sup>

Und noch ein Blick von außen auf die deutsche Bürokratie:  
Ein Meme ging im Juni durchs Netz: Eine ukrainische Frau in Berlin – hält mit der rechten Hand weniger als zehn Papier-Dokumente hoch und mit der linken ca. hundert – zur Rechten sagt sie diese habe sie in 30 Jahren in der Ukraine gebraucht um Leben zu können, und zur

12 ► Monitoringberichte I-III zur Gleichbehandlung von Sinti und Roma (2018–2020)

13 ► Mehr als zwei Dutzend Firmenchefs erzählen ihre Geschichte mit der Bürokratie

Linken diese habe sie bisher in drei Monaten in Deutschland ausfüllen müssen und damit bisher nichts erreicht.

### **Institutioneller Rassismus gegenüber Sinti und Roma**

Institutioneller Rassismus ist weniger offen, eher verdeckt, subtil, INTRANSPARENT und nicht sofort identifizierbar wie direkter individueller Rassismus. Er ist geschichtlich gewachsen, tradiert in Schubläden/Begriffsbildung, Wissensbeständen und basiert auf Handlungsroutinen. Er basiert auf (ungeschriebener) Normalitätserwartung: Muttersprache deutsch, sesshaft, Kleinfamilie, Religion christlich.

Institutioneller Rassismus gegen Roma beruht auf einer jahrhundertalten Verfolgungspraxis. Es begann mit dem Reichstagsbeschluss zu Freiburg Ende des 15. Jahrhunderts, dass »Zigeuner« kriminell und asozial seien. Daraus entwickelten sich Hunderte von Fahndungslisten »herrenlosen Gesindels.« Entlang dieser Listen baute sich auch die Polizei auf. Über die zentralen Zigeunerkarteien des 19./20. Jahrhunderts der Kriminalpolizei bis zur NS »Rassenhygienischen Forschungsstelle«. Das ist das Amt, dass alle sogenannten »Zigeuner« in Deutschland identifizierte, erfasste, vermaß, fotografierte und aktenmäßige Entscheidungsgrundlage für Selektion erstellte: Zwangsarbeit oder KZ. Diese Aktenbestände wurden aktiv genutzt bis in die 80iger Jahre und lagen bei Polizeistellen und »Zigeunerforschern.«

Der Effekt institutionellen Rassismus ist die Benachteiligung/Bevorzugung von Gruppen, gesellschaftlich rassistischer Hierarchisierung bis hin zum NS-Verwaltungsmassenmord. Eichmann als Bürokrat ist deren Prototyp. H. Arendt schreibt in der Schrift »Banalität des Bösen« über diesen Bürokratentypen, der in seiner »schieren Gedankenlosigkeit«, »mangelnder Vorstellungskraft«, »realitätsfern ... sich nie vorstellt, was er mit seinem Tun anstellt.« Dies ist bis heute herausragendes (persönliches) Charakteristikum bürokratischen Handelns wie eine Reihe unserer Fallbeschreibungen zeigt. Im Zentrum stehen dabei Ordnungsbehörden, Polizei und Justiz, Ausländer-, Jugend-, Schul-, Migrationsamt, Jobcenter, Wohnungsämter, Wohnungsgesellschaften usw.

Zwei zentrale behördliche METHODEN der Diskriminierung gegenüber Sinti und Roma machen wir fest:

- pauschalisierende tradierte Verdachtskultur als Basis zur Täter-Opfer Umkehr ;
- Unterlassungshandeln – Verzögerungstaktiken in der Bearbeitung auf Basis von Ausgrenzung und Unsichtbarmachen.

### **Verdachtskultur und Täter-Opfer Umkehr**

Am Anfang steht die Entindividualisierung schon beim Eintritt ins Behördenzimmer – obwohl gerade unter Roma/Sinti eine vielfach höhere Heterogenität und Individualität besteht als in der Mehrheitsgesellschaft – gibts dafür keinen Blick. Alle Roma sollen gleich sein, was den Einzelnen unter den pauschalen Gruppenverdacht setzt: unglaubwürdig zu sein – kriminell und asozial, zu lügen, zu täuschen, zu betrügen. So steht der Einzelne sofort pauschal unter Verdacht, findet sich in der Täterposition und unter Rechtfertigungszwang; Sinti und Roma erscheinen bis heute in Öffentlichkeit und Medien weit überwiegend als Täter und kaum als Opfer. Diese Praxis ist historisch gewachsen und zur Handlungsroutine geworden. Dies zeigt u.a. folgende Ausführung eines Richters von 1863. »Wenn der Richter sonst allenthalben zu individualisieren hat, d.h. das zu behandelnde Subject erst in seiner Eigenthümlichkeit erforschen und kennen lernen, und danach den Gang seines Verfahrens bestimmen muß, so darf der eingeweihte, mit dem Wesen der Zigeuner bekannte Inquirent bei diesen ohne alle Gefahr generalisieren [...]; denn ein echter, wahrer Zigeuner ist der Typus aller andern.«<sup>14</sup>

Zugleich zeigt unsere Auswertung der Fahndungslisten – z.B. der »Emmendinger Liste« von Ende des 18. Jahrhunderts mit über 5000 Personen – sind die »Zigeuner« (Heide, Egypter, schwarze Gesichter oder wie sie etikettiert wurden) ... zu 80–90% wegen Delikten – nach heutigem Gesichtspunkten – des Mundraubs erfasst! Also geschichtlich ist da nix kriminell ... und asozial?

Dass unter Roma normale großfamiliäre Leben wird dargestellt als »undurchsichtige Clans«, der abschätzigste Begriff aus dem Nationalsozialismus »Sippe« ist bis heute weit verbreitet und es wird gespro-

14 R. Liebich: Die Zigeuner in ihrem Wesen und ihrer Sprache, Leipzig, (1863) S. 113.)

chen von »bandenmäßigen, grossfamiliären Missbrauchskonstellationen« und undurchsichtige »Shisha Bar«- Milieus. Hier werden die beiden einzigen relativ »sicheren Räume« des Minderheitenlebens – Grossfamilie und eine Bar-Infrastruktur kriminalisiert, obwohl diese – zumindest die Grossfamilie – an sich durch das europäische und deutsche Minderheitengesetz als geschützt gelten sollte.

Mit der Entindividualisierung wird von vorneherein jeglicher an sich behördlich gegebene individuelle Ermessungsspielraum außer Kraft gesetzt. Und flugs steht der Einzelne im Behördenzimmer als Täter da, der sich verteidigen und beweisen muss nicht kriminell zu sein – gegenüber einem Verwaltungsangestellten, der einem einfach nicht glauben will. Aus einem Teilhabe-Recht wird ein Betrugsverdacht. Dies wird Opfer-Täter Umkehr genannt, der wohl der gebräuchlichste Kniff behördlicher Machttechnik. So gebräuchlich, dass dabei oft auch die Realitäten dahin umgebogen werden. So wird aus der ArbeitsmigrantIn, der WanderarbeiterIn, ohne den die deutsche Gesellschaft mittlerweile keinen Tag überleben könnte, und aus Asylanten und Flüchtlingen: Armutsmigranten, Sozialtouristen oder Sozial-schmarotzer.

Die Folgen im behördlichen Handeln sind zumeist:

- strengere und repressive Überprüfungen bis hin zu einer Art von Verhörpraxen z.B. erklärt werden muss, warum der Sohn dem Vater seinen Mietanteil in der gemeinsamen Wohnung nicht überweist sondern bar auf die Hand gibt;
- Desinformation oder keine Information geben: z.B. dass man in finanzieller Not von der Arbeitsagentur, einen Abschlag beantragen kann oder das Recht auf Dolmetscher geleugnet wird;
- doppelt und dreifach Dokumente anfordern, da verloren gegangen oder nie angekommen ... häufige Praxis;
- Dokumente anfordern, die eigentlich nicht nötig sind;
- persönliche Beleidigungen;

Für Sinti und Roma bestehen darüberhinaus eine Reihe von Sonderbehandlungen:

- bei jeglichen Sinti/Roma Polizei Einsätzen automatisch die Kaserierte Bereitschaftspolizei schicken – eine Praxis aus dem Nationalsozialismus;

- die Einrichtung einer bundesweiten Sonderstelle für Kindergeldanträge für Rumänen und Bulgaren wo die Bearbeitungslaufzeit rund 1.5 Jahre dauert im Vergleich für Deutsche 4–6 Wochen;
- bei Abmahnungen durch Behörden die Betroffenen Roma nicht \_gehört werden müssen;
- auf der untersten Stufe im Asylverfahren (Duldung) wohnliche \_Privatsphäre nicht respektiert wird – kein Anklopfen.

### **Unterlassungshandeln und Verzögerungstaktiken**

Entscheidend bei den Anträgen aller Art ist der Zeitfaktor. Während der AntragstellerIn immer Fristen gesetzt werden, gibt es für die Ämter keine Frist innerhalb der sie den Antrag zu entscheiden hätten. Die Zahlung gilt in der Regel erst ab Bescheid. Viele Anträge haben dazu jeweils ein halbes Jahr Laufzeit und dann müssen die gleichen Anträge erneut gestellt werden. Also fehlt immer ein Dokument von einem Dutzend vorzulegenden, ist meist eines verloren gegangen; bei Anträgen die mehrere Ämter bearbeiten müssen, klappt die Kommunikation zwischen den Ämtern in der Regel nicht zum Nachteil der AntragstellerIn. Allem Anschein wird versucht durch immer weitere Hürden und Verzögerungen, dass die Leute, insbesondere nicht so gut deutsch Sprechende, ihr Anliegen aufgeben und resignieren. Mit solchen Sozialtechniken scheint der Staatszweck zu sein: Abwehr von nichterwünschten Personengruppen, Einrichten eines inneren kommunalen Grenzregimes. Oder mit den Worten des Freiburger Oberbürgermeisters Horn das Stadtgebiet »insbesondere für organisierte, gewerbsmäßige Bettelgruppen, zunehmend unattraktiver« (2020) zu machen.

### **Folgen für die betroffenen Sinti/Roma**

Erlebt wird diese behördliche Praxis von den Betroffenen als entwürdigend und mit Scham, in diesem Maße von subjektiver Willkür abhängig zu sein. Es wird viel Zeit darauf verwendet die angewandte behördliche Praxis zu verstehen – diese zu imaginieren. Es ist aber kein Muster erkennbar, keine Regelmäßigkeit zu finden – ob bei Abschiebungen, wo Krankenschwestern abgeschoben werden, während »kriminell« Agierende bleiben können, bis hin zur Frage welche Personen einen Anspruch auf Wohngeld haben. Es kann jede(n) treffen wie in der Lotterie, was zu einer Steigerung der Unsicherheit und zu Dauerstress führt.

Die eigene Leistungsfähigkeit wird so eingeschränkt, Ohnmacht, Wut und Resignation sind weit verbreitet und durch das ständige Sich-Rechtfertigen (auch vor sich selbst) müssen, kommt man/frau nicht zu ihren wirklichen Lebensthemen.

Als Behörden PingPong oder Ämterkarussell, in behördliche Teufelskreise gefangen zu sein, werden diese Zustände beschrieben. In hunderten von Seiten Papier und Formularen zu versinken und Behördenbriefen in Behördendeutsch hilflos ausgeliefert sein. Als eine Art Sondersteuer (z.B. bei Wohnraumgebühren so hoch wie Luxusapartments) und Sonderbehandlung für »Zigeuner« (wie im Asylverfahren) wird es von vielen verstanden und so auch häufig hingenommen. Als eine Praxis des in Dauerstress versetzen wird dies erlebt mit gesundheitlichen Folgen wie Schlafstörungen, Panikgefühle, Bluthochdruck; oder als eine Art aus der psychologischen Kampfführung verstanden, »organisierte Hilflosigkeit« herzustellen. Insgesamt als ein Nicht-Willkommen heißen sondern Abdrängen/ Abschieben aus Deutschland weg in absolute Verarmung und Obdachlosigkeit.

### **Gegensicht – aus der Perspektive von einem Dutzend Verwaltungsangestellten**

Im letzten Jahr haben wir mit mehr als einem Dutzend Stadtverwaltungs-Angestellten Gespräche geführt, Interviews gemacht über die Situation an ihrem Arbeitsplatz. Zweidrittel sind aus dem Amt für Migration und Integration. Hier die Zusammenfassung:

Es ist keine bewusste Absicht der Stadtpolitik bzw. Ämterleitungen die Kunden/Klienten in Dauerstress zu versetzen, sondern das Ergebnis von durchweg zu wenigen Arbeitskräften, einer hohen Fluktuation, schlechte Arbeitsbedingungen, miserables Arbeitsklima und Kündigungen. Aber der Dauerstress sowie das resignative Aufgeben von Rechten wird stillschweigend billigend in Kauf genommen.

Es ist/scheint verboten zu sein zu kommunizieren, dass der Grund für die teilweise jahrelangen Bearbeitungszeiten von Anträgen in den Ämtern im Personalmangel liegt.

Das wichtigste für die Stadtverwaltung scheint/ist das Außenbild: es muss untadlig, frisch sein wie ein Selfie einer 17 Jährigen – aber nie

von tatsächlichen Problemen handeln, obwohl praktisch alle ununterbrochen mit diesen Behörden-Problemen konfrontiert sind. Es wird ein Großteil – einige schätzen 40% – der Zeit darauf verwendet Schuldzuweisungs-Kämpfe zu führen. Fehler werden von vorneher ein als persönliche Schuld diskutiert und nicht als Fehler, aus denen es zu lernen gilt. Die Folge ist: sich absichern in Seilschaften, nichts mehr zu wagen – ein neuer Konformismus, Dienst nach Vorschrift und zum Teil Ansätze zu einer Angstkultur. Letzteres insbesondere da Vorgesetzte übergreifend handeln, dies nicht aufarbeiten und sich nicht entschuldigen.

Das Absurde anstatt die Verwaltungsabläufe zu reformieren/ zu verschlanken wurde ein neuer Zweig aufgemacht: die Integrationsmanager. Diese haben das auszugleichen, das auszubügeln, was die Verwaltung vorher verbockt hat. Das ist absurd aber voll und ganz in der Verwaltungs-Logik: ihr Erfolgskriterium ist stets ... neue Arbeitsplätze und nicht Probleme lösen.

### **Gegensicht – aus der Perspektive der Wissenschaft**

Laut einer Anfang 2022 herausgegebenen Studie: »Vernetzte Daten, vernetzte Behörden? ... in der lokalen Integrationsarbeit«<sup>15</sup> bestehen eine Reihe von »Schwachstellen« in der lokalen Integrationsarbeit. Zugewanderte seien auf viele unterschiedliche Behörden und Beratungsstellen angewiesen, bei denen sie mitunter die gleichen Daten und Informationen immer wieder aufs Neue angeben müssen. Der Integrationsprozess würde erschwert werden durch die hohe Komplexität vieler Regelungen, die zahlreiche Nachweispflichten und Prüfvorgänge nach sich ziehen, beispielsweise beim stark ausdifferenzierten Aufenthaltsrecht, dem Zugang zu Sprachkursen oder den Voraussetzungen für die Beschäftigungsduldung.

### **Gegensicht – aus der Perspektive der Bürgerbeauftragten**

Seit Herbst 2019 hat Baden-Württemberg eine neue Bürgerbeauftragte. Deren Aufgabe ist es »die Stellung der Bürgerinnen und Bürger im Verkehr mit den Behörden des Landes zu stärken«. Im Artikel »Ringeln mit den vermeintlich unfehlbaren Behörden«<sup>16</sup> äußert sie sich zu ihrer Arbeit: »Gravierender seien Erfahrungen mit einigen Kommunalverwaltungen, durch die Verwaltungsreform 2005 sieht sie eine große Machtfülle bei den Kreisen. »Es gibt Verwaltungen, wo man strukturelle Defizite benennen kann.« Dies liege auch an der Einstellung »Beamte machen keine Fehler«, »Unsere Arbeit soll aber dazu beitragen, dass es eine Fehlerkultur gibt. Sie und ihr Team treffen immer wieder auf Fälle, die sie sprachlos machen. So etwa ...«

---

16 BZ 14.2.2022

## Abschliessende Gedanken

Die Alliierten wollten das deutsche Beamtentum generell abschaffen stattdessen wurde das Berufsbeamtentum Anfang der 1950iger Jahre in den Verfassungsrang erhoben. Ausgerechnet die Berufsgruppe, die strukturell am stärksten NS belastet war, wurde als Einzige gleich in zwei Artikeln des Grundgesetzes geschützt.

In weniger als fünf Jahren war der überwiegende Teil der Alliierten Säuberungsmaßnahmen rückgängig gemacht und das Gros der NS-Funktionsträger reintegriert.

In den 1960iger Jahren waren im deutschen Bundestag alle ehemaligen NSDAP Mitglieder die größte Fraktion.

Ende der 1960iger Jahre werden in der Strafrechtsreform die mächtigsten TäterInnen – die Planer und Köpfe am oberen Ende der NS-Befehlskette straffrei gesprochen. NS Verbrechen werden nur noch juristisch verfolgt am unteren Ende der Befehlskette.

Das Verhältnis von rund 200.000 bis 500.000 NS-Täterinnen zu 100.000 (Vor)Ermittlungsverfahren zu 1417 Verurteilungen wegen Tötungsdelikten bedeutet, dass die juristische Aufarbeitung in 99,5% der Fälle nicht stattgefunden hat. Man/frau wollte dies auch nicht aus Eigeninteresse, dass Opa und/oder Papa ins Gefängnis gehen muss.

### **Versöhnungskonzepte**

Im Judentum und Islam wird die Sünde gegenüber Gott und die Sünde gegenüber dem Menschen unterschieden; im Christentum hingegen nicht. D.h. Sünden gegen den Menschen fordert im Judentum und im Islam (auch in säkulären Versöhnungskonzepten) vom Täter gegenüber dem Opfer Wiedergutmachung, eine wiederhergestellte Gerechtigkeit. Das heißt, Verhandlungen zwischen Familien der Täter und der Opfer. Dies beinhaltet nachhaltige Verhaltensänderung, etwa Transformation vom Na(r)zismus in Altruismus, dann gibts erst die Vergebung des Opfers, mit der Möglichkeit auf Versöhnung zwischen Täter und Opfer. Judentum und Islam knüpfen Vergebung an Bedingungen aus der Sicht der Opfer, die der Täter sich erst verdienen muss – und zwar

konkret zwischen Opfer und Täter. Tage-Wochenlang wird darüber interfamiliär debattiert.

Im Christentum geschieht Vergebung nicht zwischen Mensch-Täter und Mensch-Opfer, sondern ausschließlich zwischen Mensch-Täter und Gott. Im Beichtstuhl und in der Rechtfertigungslehre Luthers wird auf Gottes Gnade geblickt und darin Buße getan, aber die konkreten Opfer und die konkreten Taten der Täter haben in diesem Konzept keinen Platz. Sie existieren nicht. Die Opfer erlangen so keine Gerechtigkeit, können nicht Vergeben und erst recht nicht sich Versöhnen. Das christliche Versöhnungskonzept verweigert den Opfern das Wort, macht sie stumm und ver-Nichts-et sie ein zweites Mal.

Das christliche Versöhnungskonzept deckt und schont die Täter, die weder in den Spiegel schauen noch sich ändern müssen, sondern so weiter machen können – wie wir nun seit Jahren im Umgang mit den christlichen – Kinder, Jugendlichen – Missbrauchsoffern in den christlichen Kirchen miterleben müssen.

# Anhänge

# Anhang 1: Kooperationsvereinbarung

**Ergebnisvermerk:**

**Datum 13.Juli 2021**

Für die Zukunft erklären beide Seiten ihr Interesse an einer verbindlichen und auf klaren Absprachen beruhenden verlässlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit auf Augenhöhe, um gemeinsam der wachsenden Diskriminierung der Minderheit entgegenzuwirken und auf eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe hinzuwirken.

## **Roma Büro, Sinti Verein und Stadtverwaltung treffen für die weitere Kooperation folgende Absprachen:**

1) Fragen zur generellen Verwaltungspraxis im AMI sowie zu Einzelfällen werden direkt zwischen Roma Büro und Fachamt erörtert. Einzelfälle werden mit Beteiligung oder Einwilligung (Vollmacht) der direkt betroffenen Personen und dem AMI – Amtsleitung und/oder die zuständige Fachabteilung im Amt für Migration und Integration – besprochen. Ziel ist es, Verwaltungshandeln transparent zu machen und wo immer möglich einvernehmlich Lösungen unter Berücksichtigung der Belange der betroffenen Personen und der Verwaltungsvorgaben zu finden. Ansprechperson im Fachamt ist Frau Dr. Niethammer.

2) Für grundsätzliche Fragestellungen und Zuständigkeiten einzelner Fachämter übergreifende Themen- und Problemstellungen steht dem Roma Büro und dem Sinti Verein das Büro des Ersten Bürgermeisters zur Verfügung. Ansprechperson ist die Leiterin des Büros des Ersten Bürgermeisters, Frau Beier (Kontakt Daten: E-Mail: [daniela.beier@stadt.freiburg.de](mailto:daniela.beier@stadt.freiburg.de), Tel. 0761 201 3010).

3) Der Erste Bürgermeister lädt Vertreter\_innen des Roma Büros und des Sinti Vereins jährlich zu einem Treffen ein, in dem der aktuelle Stand der Kooperation zwischen Verwaltung und Roma Büro sowie Sinti Verein erörtert, die jährliche Diskriminierungsberichterstattung des Roma Büros und des Sinti Vereins diskutiert und Perspektiven für die Umsetzung von Zielstellungen im Bereich der Teilhabe und Inklusion der Roma und Sinti in Freiburg besprochen werden.

4) Der Sinti/Roma Diskriminierungsbericht wird vom Roma Büro und vom Sinti Verein eigenen Aussagen zufolge nach internationalem Studienstandard im Review-Verfahren erarbeitet. Die Ansprechperson im Büro des Ersten Bürgermeisters, Frau Beier, bekommt den Diskriminierungsbericht im Rahmen dieses Erarbeitungsprozesses. Damit erhält die Stadtverwaltung die Gelegenheit, den Diskriminierungsbericht vor der Veröffentlichung zu würdigen und zu den die Verwaltung betreffenden Passagen Stellung zu beziehen. Über die im Diskriminierungsbericht veröffentlichten Inhalte entscheiden selbstverständlich das Roma Büro und der Sinti Verein weiterhin ausschließlich in eigener Verantwortung.

5) Für alle Konsultationen zwischen Verwaltung und Roma Büro sowie Sinti Verein wird Schriftform vereinbart. Ergebnisse der Abstimmungen zwischen Roma Büro/Sinti Verein und Verwaltung werden dokumentiert und Ergebnisprotokolle erstellt.



Sammlung Europäischer Verträge - Nr. 157

## Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten

Straßburg/Strasbourg, 1.II.1995

*Amtliche Übersetzung Deutschlands*

---

Die Mitgliedstaaten des Europarats und die anderen Staaten, die dieses Rahmenübereinkommen unterzeichnen,

in der Erwägung, daß es das Ziel des Europarats ist, eine engere Verbindung zwischen seinen Mitgliedern herbeizuführen, um die Ideale und Grundsätze, die ihr gemeinsames Erbe bilden, zu wahren und zu fördern;

in der Erwägung, daß eines der Mittel zur Erreichung dieses Zieles in der Wahrung und in der Entwicklung der Menschenrechte und Grundfreiheiten besteht;

in dem Wunsch, die Wiener Erklärung der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten des Europarats vom 9. Oktober 1993 in die Tat umzusetzen;

entschlossen, in ihrem jeweiligen Hoheitsgebiet das Bestehen nationaler Minderheiten zu schützen;

in der Erwägung, daß die geschichtlichen Umwälzungen in Europa gezeigt haben, daß der Schutz nationaler Minderheiten für Stabilität, demokratische Sicherheit und Frieden auf diesem Kontinent wesentlich ist;

in der Erwägung, daß eine pluralistische und wahrhaft demokratische Gesellschaft nicht nur die ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität aller Angehörigen einer nationalen Minderheit achten, sondern auch geeignete Bedingungen schaffen sollte, die es ihnen ermöglichen, diese Identität zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und zu entwickeln;

in der Erwägung, daß es notwendig ist, ein Klima der Toleranz und des Dialogs zu schaffen, damit sich die kulturelle Vielfalt für jede Gesellschaft als Quelle und Faktor nicht der Teilung, sondern der Bereicherung erweisen kann;

in der Erwägung, daß die Entwicklung eines toleranten und blühenden Europas nicht allein von der Zusammenarbeit zwischen den Staaten abhängt, sondern auch der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen lokalen und regionalen Gebietskörperschaften unter Achtung der Verfassung und der territorialen Unversehrtheit eines jeden Staates bedarf;

im Hinblick auf die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und der Protokolle dazu;

im Hinblick auf die den Schutz nationaler Minderheiten betreffenden Verpflichtungen, die in Übereinkommen und Erklärungen der Vereinten Nationen und in den Dokumenten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, insbesondere dem Kopenhagener Dokument vom 29. Juni 1990, enthalten sind;

entschlossen, die zu achtenden Grundsätze und die sich aus ihnen ergebenden Verpflichtungen festzulegen, um in den Mitgliedstaaten und in den anderen Staaten, die Vertragsparteien dieser Übereinkunft werden, den wirksamen Schutz nationaler Minderheiten sowie der Rechte und Freiheiten der Angehörigen dieser Minderheiten unter Achtung der Rechtsstaatlichkeit, der territorialen Unversehrtheit und der nationalen Souveränität der Staaten zu gewährleisten;

gewillt, die in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätze mittels innerstaatlicher Rechtsvorschriften und geeigneter Regierungspolitik zu verwirklichen,

sind wie folgt übereingekommen:

## **Abschnitt I**

### **Artikel 1**

Der Schutz nationaler Minderheiten und der Rechte und Freiheiten von Angehörigen dieser Minderheiten ist Bestandteil des internationalen Schutzes der Menschenrechte und stellt als solcher einen Bereich internationaler Zusammenarbeit dar.

### **Artikel 2**

Dieses Rahmenübereinkommen ist nach Treu und Glauben, im Geist der Verständigung und Toleranz und in Übereinstimmung mit den Grundsätzen guter Nachbarschaft, freundschaftlicher Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen den Staaten anzuwenden.

### **Artikel 3**

- 1 Jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, hat das Recht, frei zu entscheiden, ob sie als solche behandelt werden möchte oder nicht; aus dieser Entscheidung oder der Ausübung der mit dieser Entscheidung verbundenen Rechte dürfen ihr keine Nachteile erwachsen.
- 2 Angehörige nationaler Minderheiten können die Rechte und Freiheiten, die sich aus den in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätzen ergeben, einzeln sowie in Gemeinschaft mit anderen ausüben und genießen.

## **Abschnitt II**

### **Artikel 4**

- 1 Die Vertragsparteien verpflichten sich, jeder Person, die einer nationalen Minderheit angehört, das Recht auf Gleichheit vor dem Gesetz und auf gleichen Schutz durch das Gesetz zu gewährleisten. In dieser Hinsicht ist jede Diskriminierung aus Gründen der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit verboten.

- 2 Die Vertragsparteien verpflichten sich, erforderlichenfalls angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um in allen Bereichen des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Lebens die vollständige und tatsächliche Gleichheit zwischen den Angehörigen einer nationalen Minderheit und den Angehörigen der Mehrheit zu fördern. In dieser Hinsicht berücksichtigen sie in gebührender Weise die besonderen Bedingungen der Angehörigen nationaler Minderheiten.
- 3 Die in Übereinstimmung mit Absatz 2 ergriffenen Maßnahmen werden nicht als Diskriminierung angesehen.

#### **Artikel 5**

- 1 Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Bedingungen zu fördern, die es Angehörigen nationaler Minderheiten ermöglichen, ihre Kultur zu pflegen und weiterzuentwickeln und die wesentlichen Bestandteile ihrer Identität, nämlich ihre Religion, ihre Sprache, ihre Traditionen und ihr kulturelles Erbe, zu bewahren.
- 2 Unbeschadet der Maßnahmen, die im Rahmen ihrer allgemeinen Integrationspolitik getroffen werden, sehen die Vertragsparteien von Zielsetzungen oder Praktiken ab, die auf die Assimilierung von Angehörigen nationaler Minderheiten gegen deren Willen gerichtet sind, und schützen diese Personen vor jeder auf eine solche Assimilierung gerichteten Maßnahme.

#### **Artikel 6**

- 1 Die Vertragsparteien fördern den Geist der Toleranz und des interkulturellen Dialogs und treffen wirksame Maßnahmen zur Förderung der gegenseitigen Achtung und des gegenseitigen Verständnisses sowie der Zusammenarbeit zwischen allen in ihrem Hoheitsgebiet lebenden Menschen unabhängig von deren ethnischer, kultureller, sprachlicher oder religiöser Identität, und zwar insbesondere in den Bereichen Bildung, Kultur und Medien.
- 2 Die Vertragsparteien verpflichten sich, geeignete Maßnahmen zu treffen, um Menschen zu schützen, die wegen ihrer ethnischen, kulturellen, sprachlichen oder religiösen Identität diskriminierenden, feindseligen oder gewalttätigen Handlungen oder der Androhung solcher Handlungen ausgesetzt sein können.

#### **Artikel 7**

Die Vertragsparteien stellen sicher, daß das Recht aller Angehörigen einer nationalen Minderheit, sich friedlich zu versammeln und sich frei zusammenzuschließen, sowie ihr Anspruch auf freie Meinungsäußerung und auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit geachtet werden.

#### **Artikel 8**

Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, daß jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, das Recht hat, ihre Religion oder Weltanschauung zu bekunden sowie religiöse Einrichtungen, Organisationen und Vereinigungen zu gründen.

#### **Artikel 9**

- 1 Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, daß das Recht jeder Person, die einer nationalen Minderheit angehört, auf freie Meinungsäußerung die Freiheit der Meinung und die Freiheit zum Empfang und zur Mitteilung von Nachrichten oder Ideen in der Minderheitensprache ohne Eingriffe öffentlicher Stellen und ohne Rücksicht auf Landesgrenzen einschließt. Die Vertragsparteien stellen im Rahmen ihrer Rechtsordnung sicher, daß Angehörige einer nationalen Minderheit in bezug auf ihren Zugang zu den Medien nicht diskriminiert werden.

- 2 Absatz 1 schließt nicht aus, daß die Vertragsparteien Hörfunk-, Fernseh- oder Lichtspielunternehmen einem Genehmigungsverfahren ohne Diskriminierung und auf der Grundlage objektiver Kriterien unterwerfen.
- 3 Die Vertragsparteien hindern Angehörige nationaler Minderheiten nicht daran, Printmedien zu schaffen und zu nutzen. Innerhalb des gesetzlichen Rahmens für Hörfunk und Fernsehen stellen sie soweit wie möglich und unter Berücksichtigung des Absatzes 1 sicher, daß Angehörigen nationaler Minderheiten die Möglichkeit gewährt wird, eigene Medien zu schaffen und zu nutzen.
- 4 Die Vertragsparteien ergreifen im Rahmen ihrer Rechtsordnung angemessene Maßnahmen, um Angehörigen nationaler Minderheiten den Zugang zu den Medien zu erleichtern sowie Toleranz zu fördern und kulturellen Pluralismus zu ermöglichen.

#### **Artikel 10**

- 1 Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, daß jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, das Recht hat, ihre Minderheitensprache privat und in der Öffentlichkeit mündlich und schriftlich frei und ungehindert zu gebrauchen.
- 2 In Gebieten, die von Angehörigen nationaler Minderheiten traditionell oder in beträchtlicher Zahl bewohnt werden, bemühen sich die Vertragsparteien, sofern die Angehörigen dieser Minderheiten dies verlangen und dieses Anliegen einem tatsächlichen Bedarf entspricht, soweit wie möglich die Voraussetzungen dafür sicherzustellen, daß im Verkehr zwischen den Angehörigen dieser Minderheiten und den Verwaltungsbehörden die Minderheitensprache gebraucht werden kann.
- 3 Die Vertragsparteien verpflichten sich, das Recht jeder Person, die einer nationalen Minderheit angehört, zu gewährleisten, in möglichst kurzer Frist in einer ihr verständlichen Sprache über die Gründe ihrer Festnahme und über die Art und den Grund der gegen sie erhobenen Beschuldigung in Kenntnis gesetzt zu werden sowie sich in dieser Sprache, erforderlichenfalls unter unentgeltlicher Beiziehung eines Dolmetschers, zu verteidigen.

#### **Artikel 11**

- 1 Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, daß jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, das Recht hat, ihren Familiennamen (Vaternamen) und ihre Vornamen in der Minderheitensprache zu führen, sowie das Recht auf amtliche Anerkennung dieser Namen, wie dies nach der Rechtsordnung der jeweiligen Vertragspartei vorgesehen ist.
- 2 Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, daß jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, das Recht hat, für die Öffentlichkeit sichtbar Schilder, Aufschriften und Inschriften sowie andere Mitteilungen privater Art in ihrer Minderheitensprache anzubringen.
- 3 In Gebieten, die traditionell von einer beträchtlichen Zahl von Angehörigen einer nationalen Minderheit bewohnt werden, bemühen sich die Vertragsparteien im Rahmen ihrer Rechtsordnung, einschließlich eventueller Übereinkünfte mit anderen Staaten, und unter Berücksichtigung ihrer besonderen Gegebenheiten, traditionelle Ortsnamen, Straßennamen und andere für die Öffentlichkeit bestimmte topographische Hinweise auch in der Minderheitensprache anzubringen, wenn dafür ausreichende Nachfrage besteht.

#### **Artikel 12**

- 1 Die Vertragsparteien treffen erforderlichenfalls Maßnahmen auf dem Gebiet der Bildung und der Forschung, um die Kenntnis der Kultur, Geschichte, Sprache und Religion ihrer nationalen Minderheiten wie auch der Mehrheit zu fördern.

- 2 In diesem Zusammenhang stellen die Vertragsparteien unter anderem angemessene Möglichkeiten für die Lehrerausbildung und den Zugang zu Lehrbüchern bereit und erleichtern Kontakte unter Schülern und Lehrern aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen.
- 3 Die Vertragsparteien verpflichten sich, die Chancengleichheit von Angehörigen nationaler Minderheiten beim Zugang zu allen Bildungsstufen zu fördern.

#### **Artikel 13**

- 1 Im Rahmen ihres jeweiligen Bildungssystems erkennen die Vertragsparteien an, daß Angehörige einer nationalen Minderheit das Recht haben, eigene private Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen zu gründen und zu betreiben.
- 2 Die Ausübung dieses Rechts bringt für die Vertragsparteien keine finanziellen Verpflichtungen mit sich.

#### **Artikel 14**

- 1 Die Vertragsparteien verpflichten sich anzuerkennen, daß jede Person, die einer nationalen Minderheit angehört, das Recht hat, ihre Minderheitensprache zu erlernen.
- 2 In Gebieten, die von Angehörigen nationaler Minderheiten traditionell oder in beträchtlicher Zahl bewohnt werden, bemühen sich die Vertragsparteien, wenn ausreichende Nachfrage besteht, soweit wie möglich und im Rahmen ihres Bildungssystems sicherzustellen, daß Angehörige dieser Minderheiten angemessene Möglichkeiten haben, die Minderheitensprache zu erlernen oder in dieser Sprache unterrichtet zu werden.
- 3 Absatz 2 wird angewendet, ohne daß dadurch das Erlernen der Amtssprache oder der Unterricht in dieser Sprache berührt wird.

#### **Artikel 15**

Die Vertragsparteien schaffen die notwendigen Voraussetzungen für die wirksame Teilnahme von Angehörigen nationaler Minderheiten am kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Leben und an öffentlichen Angelegenheiten, insbesondere denjenigen, die sie betreffen.

#### **Artikel 16**

Die Vertragsparteien sehen von Maßnahmen ab, die das Bevölkerungsverhältnis in von Angehörigen nationaler Minderheiten bewohnten Gebieten verändern und darauf gerichtet sind, die Rechte und Freiheiten einzuschränken, die sich aus den in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätzen ergeben.

#### **Artikel 17**

- 1 Die Vertragsparteien verpflichten sich, nicht in das Recht von Angehörigen nationaler Minderheiten einzugreifen, ungehindert und friedlich Kontakte über Grenzen hinweg zu Personen herzustellen und zu pflegen, die sich rechtmäßig in anderen Staaten aufhalten, insbesondere zu Personen mit derselben ethnischen, kulturellen, sprachlichen oder religiösen Identität oder mit demselben kulturellen Erbe.
- 2 Die Vertragsparteien verpflichten sich, nicht in das Recht von Angehörigen nationaler Minderheiten auf Teilnahme an der Tätigkeit nichtstaatlicher Organisationen sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene einzugreifen.

### **Artikel 18**

- 1 Die Vertragsparteien bemühen sich, erforderlichenfalls zwei- und mehrseitige Übereinkünfte mit anderen Staaten, insbesondere Nachbarstaaten, zu schließen, um den Schutz von Angehörigen der betroffenen nationalen Minderheiten sicherzustellen.
- 2 Gegebenenfalls treffen die Vertragsparteien Maßnahmen zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.

### **Artikel 19**

Die Vertragsparteien verpflichten sich, die in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätze zu achten und zu verwirklichen und dabei Beschränkungen, Einschränkungen oder Abweichungen, soweit solche erforderlich sind, nur insoweit vorzunehmen, als sie in völkerrechtlichen Übereinkünften, insbesondere der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und den Protokollen dazu, vorgesehen und für die sich aus den genannten Grundsätzen ergebenden Rechte und Freiheiten von Belang sind.

## **Abschnitt III**

### **Artikel 20**

Bei der Ausübung der Rechte und Freiheiten, die sich aus den in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätzen ergeben, haben Angehörige einer nationalen Minderheit die innerstaatlichen Rechtsvorschriften und die Rechte anderer, insbesondere diejenigen von Angehörigen der Mehrheit oder anderer nationaler Minderheiten, zu achten.

### **Artikel 21**

Die Bestimmungen dieses Rahmenübereinkommens sind nicht so auszulegen, als gewährten sie das Recht, irgendeine Tätigkeit auszuüben oder irgendeine Handlung vorzunehmen, die den wesentlichen Grundsätzen des Völkerrechts, insbesondere der souveränen Gleichheit, der territorialen Unversehrtheit und der politischen Unabhängigkeit der Staaten, zuwiderläuft.

### **Artikel 22**

Die Bestimmungen dieses Rahmenübereinkommens sind nicht als Beschränkung oder Minderung der Menschenrechte und Grundfreiheiten auszulegen, die nach den Gesetzen einer Vertragspartei oder nach einer anderen Übereinkunft, deren Vertragspartei sie ist, gewährleistet sind.

### **Artikel 23**

Die Rechte und Freiheiten, die sich aus den in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätzen ergeben, sind, soweit sie Gegenstand einer entsprechenden Bestimmung in der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten oder den Protokollen dazu sind, in Übereinstimmung mit diesen zu verstehen.

## **Abschnitt IV**

### **Artikel 24**

- 1 Das Ministerkomitee des Europarats überwacht die Durchführung dieses Rahmenübereinkommens durch die Vertragsparteien.

- 2 Vertragsparteien, die nicht Mitglieder des Europarats sind, nehmen am Durchführungsmechanismus in einer noch zu bestimmenden Art und Weise teil.

#### **Artikel 25**

- 1 Innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Rahmenübereinkommens für eine Vertragspartei übermittelt diese dem Generalsekretär des Europarats vollständige Informationen über die Gesetzgebungsmaßnahmen und andere Maßnahmen, die sie zur Verwirklichung der in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätze getroffen hat.
- 2 Danach übermittelt jede Vertragspartei dem Generalsekretär regelmäßig und sooft das Ministerkomitee dies verlangt jede weitere Information, die für die Durchführung dieses Rahmenübereinkommens von Belang ist.
- 3 Der Generalsekretär leitet die nach diesem Artikel übermittelten Informationen an das Ministerkomitee weiter.

#### **Artikel 26**

- 1 Bei der Beurteilung der Angemessenheit der Maßnahmen, die von den Vertragsparteien zur Verwirklichung der in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätze getroffen wurden, wird das Ministerkomitee von einem beratenden Ausschuss unterstützt, dessen Mitglieder anerkanntes Fachwissen auf dem Gebiet des Schutzes nationaler Minderheiten besitzen.
- 2 Die Zusammensetzung dieses beratenden Ausschusses und sein Verfahren werden vom Ministerkomitee innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten dieses Rahmenübereinkommens festgelegt.

### **Abschnitt V**

#### **Artikel 27**

Dieses Rahmenübereinkommen liegt für die Mitgliedstaaten des Europarats zur Unterzeichnung auf. Bis zum Tag des Inkrafttretens liegt das Übereinkommen auch für jeden anderen vom Ministerkomitee dazu eingeladenen Staat zur Unterzeichnung auf. Es bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung. Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden beim Generalsekretär des Europarats hinterlegt.

#### **Artikel 28**

- 1 Dieses Rahmenübereinkommen tritt am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach dem Tag folgt, an dem zwölf Mitgliedstaaten des Europarats nach Artikel 27 ihre Zustimmung ausgedrückt haben, durch das Übereinkommen gebunden zu sein.
- 2 Für jeden Mitgliedstaat, der später seine Zustimmung ausdrückt, durch das Rahmenübereinkommen gebunden zu sein, tritt es am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde folgt.

### **Artikel 29**

- 1 Nach Inkrafttreten dieses Rahmenübereinkommens und nach Konsultation der Vertragsstaaten kann das Ministerkomitee des Europarats durch einen mit der in Artikel 20 Buchstabe d der Satzung des Europarats vorgesehenen Mehrheit gefaßten Beschluß jeden Nichtmitgliedstaat des Europarats, der nach Artikel 27 eingeladen wurde, zu unterzeichnen, dies aber noch nicht getan hat, und jeden anderen Nichtmitgliedstaat einladen, dem Übereinkommen beizutreten.
- 2 Für jeden beitretenden Staat tritt das Rahmenübereinkommen am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Hinterlegung der Beitrittsurkunde beim Generalsekretär des Europarats folgt.

### **Artikel 30**

- 1 Jeder Staat kann bei der Unterzeichnung oder bei der Hinterlegung seiner Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde einzelne oder mehrere Hoheitsgebiete, deren internationale Beziehungen er wahrnimmt, bezeichnen, auf die dieses Rahmenübereinkommen Anwendung findet.
- 2 Jeder Staat kann jederzeit danach durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Erklärung die Anwendung dieses Rahmenübereinkommens auf jedes weitere in der Erklärung bezeichnete Hoheitsgebiet erstrecken. Das Rahmenübereinkommen tritt für dieses Hoheitsgebiet am ersten Tag des Monats in Kraft, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Erklärung beim Generalsekretär folgt.
- 3 Jede nach den Absätzen 1 und 2 abgegebene Erklärung kann in bezug auf jedes darin bezeichnete Hoheitsgebiet durch eine an den Generalsekretär gerichtete Notifikation zurückgenommen werden. Die Rücknahme wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von drei Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

### **Artikel 31**

- 1 Jede Vertragspartei kann dieses Rahmenübereinkommen jederzeit durch eine an den Generalsekretär des Europarats gerichtete Notifikation kündigen.
- 2 Die Kündigung wird am ersten Tag des Monats wirksam, der auf einen Zeitabschnitt von sechs Monaten nach Eingang der Notifikation beim Generalsekretär folgt.

### **Artikel 32**

Der Generalsekretär des Europarats notifiziert den Mitgliedstaaten des Rates, anderen Unterzeichnerstaaten und jedem Staat, der diesem Rahmenübereinkommen beigetreten ist:

- a jede Unterzeichnung;
- b jede Hinterlegung einer Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunde;
- c jeden Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Rahmenübereinkommens nach den Artikeln 28, 29 und 30;
- d jede andere Handlung, Notifikation oder Mitteilung im Zusammenhang mit diesem Rahmenübereinkommen.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Rahmenübereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Straßburg am 1. Februar 1995 in englischer und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, in einer Urschrift, die im Archiv des Europarats hinterlegt wird. Der Generalsekretär des Europarats übermittelt allen Mitgliedstaaten des Europarats und allen zur Unterzeichnung dieses Rahmenübereinkommens oder zum Beitritt dazu eingeladenen Staaten beglaubigte Abschriften.

# Anhang 3: Fraktionsantrag Diskriminierungsbericht



**DIE GRÜNEN**  
im Freiburger  
Gemeinderat



links.  
ökologisch.  
feministisch.



Freiburg, 16.7.2021

Herrn Oberbürgermeister Martin Horn  
Per mail an [hpa-ratsbuero@stadt.freiburg.de](mailto:hpa-ratsbuero@stadt.freiburg.de)

## Roma und Sinti Diskriminierungsbericht

Sehr geehrter Oberbürgermeister Horn,  
Sehr geehrte Bildungsbürgermeisterin Buchheit,  
Sehr geehrter Integrationsbürgermeister von Kirchbach,

zum dritten Mal in Folge wurde dieses Jahr der Roma- und Sinti Diskriminierungsbericht vom Roma Büro Freiburg vorgestellt. Dieser reiht Berichte von Diskriminierungen gegenüber Sinti\*zze und Rom\*nja in verschiedenen Freiburger Kontexten aneinander. Der Bericht bewertet nicht und erhebt auch keinen Anspruch auf absolute Richtigkeit. Klar wird jedoch, dass in vielen Kontexten Ausgrenzungen in Freiburg wahrgenommen werden.

Auch der Jahresbericht 2020 der Antidiskriminierungsstelle des Bundes bestätigt eine aktuelle Zunahme von Diskriminierungen gegenüber Sinti und Roma in Deutschland. Er weist u.a. darauf hin, dass „rassistische Erfahrungen im Alltag (...) im Zusammenhang mit der Pandemie insbesondere von als asiatisch wahrgenommenen Menschen sowie Sinti\*zze und Rom\*nja gemacht“ wurden (s. [https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Jahresberichte/2020.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Jahresberichte/2020.pdf?__blob=publicationFile&v=2), S. 16).

In einer offenen und pluralen Stadt wie Freiburg ist es uns ein besonderes Anliegen, jegliche Art von Ausgrenzung wahr- und ernst zu nehmen, um präventiv handeln und ihr künftig entschlossen entgegenzutreten zu können.

Aus diesem Grund beauftragen wir die Verwaltung zB in der gemeinsamen Schul- und Migrationsausschusssitzung am 23.9. , den Roma- und Sinti Diskriminierungsbericht in Anwesenheit der Sinti und Romavertreter\*innen in Freiburg vorzustellen und darzulegen, wie Sie mit den bisherigen Roma- und Sinti- Diskriminierungsberichten umgegangen sind bzw. was diese bewirkt haben.

Zudem beauftragen wir die Verwaltung, in einer Drucksache darzulegen, welche Maßnahmen - insbesondere in städtischen und schulischen Einrichtungen - bislang ergriffen wurden und zusätzlich ergriffen werden können, um gegen die Diskriminierung der Sinti und Roma in Freiburg vorzugehen und dieser vorzubeugen.

Mit freundlichem Gruß,

Jan Otto, Karim Saleh und Annabelle Kalckreuth, Bündnis 90/ Die Grünen  
Irene Vogel und Felix Beuter, Eine Stadt für Alle  
Karin Seebacher und Julien Bender, SPD/ Kulturliste  
Simon Sumbert, JUPI

## Anhang 4: Matter-Rede

Sehr geehrter Herr Erster Bürgermeister von Kirchbach,  
sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Buchheit,  
sehr geehrte Ausschussmitglieder,  
und sehr geehrte Gäste,

ich danke Ihnen, dass ich heute in diesem Gremium mit dem Blick von außen einige Gedanken zum aktuellen Diskriminierungsbericht des Freiburger Roma-Büros einbringen darf.

Ich erlaube mir, erst auf Diskriminierung allgemein etwas einzugehen, möchte dann auf gegen Sinti und Roma gerichteten „Rassismus“ zu sprechen kommen, danach werde ich Diskriminierungserfahrungen sowie die Schwierigkeit der Feststellung und Messung von Diskriminierung thematisieren und schließlich darauf hinweisen, was Berichte leisten können – und was nicht. Eine Klärung dieser Sachverhalte ist meines Erachtens eine wichtige Voraussetzung, um die Stärken, aber auch die Schwächen des vorliegenden Roma/Sinti-Diskriminierungsberichtes 2021 des Romabüros benennen und diskutieren zu können.

„Diskriminierung“ ist ein Problem, das zu Recht immer mehr ins öffentliche Bewusstsein tritt. Es handelt sich um einen sehr weiten vieldeutigen Begriff bzw. ein sehr komplexes Phänomen, das es zu erfassen gilt. Hinter jeder Diskriminierung steckt eine Ideologie der Ungleichwertigkeit. Diskriminierung meint Ausgrenzung, d.h. ein Verhalten, „das auf einer Unterscheidung basiert, die aufgrund natürlicher oder sozialer Kategorien getroffen wird, die weder zu den individuellen Fähigkeiten oder Verdiensten noch zum konkreten Verhalten der individuellen Person in Beziehung stehen“. Diskriminierung reicht von Herabsetzung bis hin zu offener Gewalt. Im rechtlichen Sinn versteht man unter Diskriminierung eine „Ungleichbehandlung einer Person gegenüber anderen Personen aufgrund einer (oder mehrerer) rechtlich geschützter Diskriminierungskategorien ohne einen sachlichen Grund, der die Ungleichbehandlung rechtfertigt.“ Diskriminierungsopfern werden – nach deren Empfinden – Ressourcen verweigert, wie Informationen, Arbeit, Wohnraum, Leistungen für die Lebenssicherheit, Bleiberecht und die Möglichkeit, Perspektiven zu entwickeln. Sie klagen aber auch über nicht gegebene gesellschaftliche Anerkennung, und eine nicht fraglos gegebene Zugehörigkeit.

Ausgangspunkt von Diskriminierung sind Bewertungen der Eigen- und der Fremdgruppe anhand von tatsächlichen oder zugeschriebenen gruppenspezifischen Merkmalen.

Da wir in familien-, milieu-, regional-, nationale und gegebenenfalls auch minderheitenspezifische Zusammenhänge hineingeboren und in diesen auch wesentlich sozialisiert werden, betrachten wir die Werte und Normen, auch etwa Verhaltensregeln und alltägliche Selbstverständlichkeiten, unserer eigenen Gruppe häufig als die (einzig) wirklich wahren und richtigen, andere als fremd.

Als fremd empfinden wir das uns Unbekannte, das Unvertraute, das uns beunruhigt, weil wir über keine gesicherten Erfahrungen mit ihm verfügen. Fremdheit ist nach dem Soziologen Alois Hahn keine Eigenschaft, auch kein objektives Verhältnis zwischen Personen oder Gruppen, sondern die Definition einer gegenseitigen Beziehung. Fremdheit wird zugeschrieben und immer wieder neu erzeugt. Auch gilt: Wenn Fremdheit eine gegenseitige Beziehung ist, dann ist der Fremde *mir* so fremd, wie auch ich *ihm* fremd bin, d.h. wir sind uns gegenseitig fremd.

Wir alle sind – seien wir Mehrheits- oder Minderheitsangehörige – in einer gewissen Weise gruppen-, oder eben auch ethnozentrisch. Wir alle haben Vorurteile, wir müssen uns aber auch klar darüber sein, dass wir welche haben. Entscheidend ist, dass wir nicht alles, was anders ist, ablehnen, sondern offen sind und dass wir der/dem Anderen bzw. den Anderen, auch wenn wir deren Auffassungen und Lebensweisen nicht teilen, doch immer Respekt entgegen bringen. Es geht um einen gegenseitigen kultursensiblen Umgang miteinander.

Gleichzeitig gilt: Minderheitenangehörige erleben oft, dass sie in erster Linie häufig nicht als Individuen gesehen werden, sondern als Vertreter oder Vertreterin einer Gruppe, die als in sich geschlossen und einheitlich wahrgenommen wird und gegen die - meist emotional geprägte - Vorurteile bestehen.

Roma und Sinti erfuhren und erfahren Diskriminierung seit langer Zeit und in einem besonderen Maße. Diese besondere Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit kann sich auf institutioneller, zwischenmenschlicher und auf diskursiver Ebene bewegen und scheint erschreckenderweise eine der wenigen immer noch halbwegs tolerierten Formen von Rassismus zu sein. Die von Stereotypen, Abneigung und Feindschaft geprägte Einstellung und Verhaltensweise gegen als Sinti und/oder Roma wahrgenommene Menschen hat sich historisch als ökonomische, gesellschaftliche oder staatliche Diskriminierung, politische Verfolgung bis hin zu Vertreibung, Internierung, Zwangssterilisierung und im Nationalsozialismus gar bis zum staatlich organisierten Völkermord manifestiert.

Eine kurze Anmerkung noch: „Sinti und Roma“ werden häufig in einem Atemzug genannt, nicht nur im hier vorliegenden Bericht, sondern auch anderswo, so in der Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes von 2014 oder dem vor kurzem

erschienen Bericht der „Unabhängigen Kommission Antiziganismus“. Das ist meines Erachtens falsch, da Sinti und Roma keine in sich geschlossene Einheit bilden.

Wie geht man nun Diskriminierung auf den Grund? Für die Antidiskriminierungsarbeit sind in der Gesellschaft erhobene Daten zu Verbreitung und Intensität von Diskriminierung von zentralem Wert. Um diese zu gewinnen und Aussagekraft zu erzielen, müssen verschiedene Ansätze verfolgt werden. Um ein Bild über die Verbreitung und zu den Arten von Diskriminierung zu erhalten, werden meistens: 1. die Einstellungen der Bevölkerung, insbesondere der sog. Mehrheitsgesellschaft, 2. die Wahrnehmung der Betroffenen abgefragt und 3. die Fakten, die daraufhin geprüft worden sind, ob sie plausibel, also annehmbar, einleuchtend und nachvollziehbar sind, dargelegt. Nur eine Zusammenschau dieser verschiedenen Perspektiven erlaubt es dann einigermaßen belastbare Schlussfolgerungen zu ziehen.

Zu den Einstellungen von Angehörigen der sog. Mehrheitsgesellschaft macht der vorliegende Bericht keine expliziten Aussagen, bzw. will auch bewusst keine machen. Man darf aber davon ausgehen, dass Ergebnisse anderer empirischer Studien auch in Freiburg gelten. Tatsächlich werden Sinti und Roma von einem beträchtlichen Teil der deutschen Mehrheitsbevölkerung nicht als gleichberechtigte Mitbürgerinnen und Mitbürger wahrgenommen.

Um diese Ergebnisse repräsentativer Studien einordnen zu können, ist neben einer quantitativen auch eine qualitative Dokumentation von Rassismuserfahrungen von Sinti/Sintize und Roma/Romnja sinnvoll. So empfahl schon 1998 die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz, neben statistischen Daten über rassistische und diskriminierende Handlungen auch Erfahrungen und Wahrnehmungen von Diskriminierungsopfern zu sammeln. Die Anerkennung des Wertes der Erfahrungen von Diskriminierungsopfern sei eine wichtige Botschaft sowohl an die gesamte Bevölkerung als auch an die betroffene Gruppe selbst.

Subjektive Diskriminierungserfahrungen sind wichtige Indikatoren für gesellschaftliche Schiefen und Missstände. Gesellschaft wird in vielerlei Hinsicht geprägt durch die Wahrnehmung ihrer Mitglieder.

Dieser unbestritten wichtige Zugang zu Informationen geht dabei aber auch mit einer gewichtigen Einschränkung einher, dass nämlich die subjektive Erfahrung von Diskriminierung nicht immer einer ‚objektiven‘ – unabhängig ob im juristischen oder sozialwissenschaftlichen Sinne – Definition von Diskriminierung entspricht.

Abweichungen sind dabei in beide Richtungen möglich: Nicht jede wahrgenommene Benachteiligung ist auch nach sozialwissenschaftlichem oder rechtlichem Verständnis

ein Fall von Diskriminierung, aber umgekehrt wird auch nicht jede tatsächliche Diskriminierung von den Betroffenen als solche wahrgenommen.

Dennoch ist die Sicht der Opfer von Diskriminierung sehr wichtig. Wir sind uns sicher darin einig, dass ein Opfer eine Tat ganz anders empfindet, als ein Täter. Opfer von Ausgrenzung und Geringachtung erfahren oft aufgrund ihres – vielleicht nur geringfügig – andern Aussehens, ablehnende Haltungen und Äußerungen des Öfteren. Wenn ich immer und immer wieder in der Straßenbahn oder auf der Straße angestarrt werde, wenn ich immer wieder gefragt werde: „Woher kommst Du?“ usw., dann nervt das (salopp gesagt). Man wird sensibler und achtet besonders darauf, ob Aussagen und/oder Verhaltensweisen Anderer als diskriminierend bzw. antiziganistisch gemeint und einzuordnen seien. Nicht alle Akte, die eine/einen Minderheitenangehörige/n verletzen, haben ihren Grund darin, dass die/der Betroffene Angehöriger einer Minderheit ist. Angehörige von Minderheiten deuten Kritik aber bisweilen als Zeichen negativer Einstellungen der ganzen Herkunftsgruppe gegenüber und weniger als persönlich gemeintes Missfallen in einer konkreten Situation. Die Re/aktion des jeweils anderen auf eigenes – vielleicht nicht ganz korrektes – Verhalten dann als „Rassismus“ bzw. „Antiziganismus“ zu deuten, ist erklärbar, aber einem offenen, respektvollen Miteinander wenig zuträglich.

Wahrnehmungen von Diskriminierung sind individuell unterschiedlich und situationsspezifisch. Während die/der Eine, eine gewisse Äußerung oder Handlung als diskriminierend – vielleicht sogar schwer diskriminierend – empfindet, nimmt ein/e Andere/r dieselbe Äußerung oder Handlung nicht als diskriminierend wahr. Je nachdem von wem die diskriminierende Handlung ausgeht, nimmt sie ein und dasselbe Individuum verschieden wahr. Dies erschwert die Erfassung, Einordnung und Erklärung von Diskriminierung, ein Problem, das in der Fachliteratur ausgiebig diskutiert wird. Eine Berücksichtigung dieser Komplexität vermisst man im Sinti/Roma Diskriminierungsbericht.

Der Diskriminierungsbericht des Romabüros Freiburg basiert dagegen ganz auf „Fallbeschreibungen Betroffener, auf subjektiv erlebten und gefühlten Tatsachen (sic!) der Diskriminierung“ (und nicht auf Meinungen aus Umfragen). Begründet wird dieses Vorgehen damit, dass man „Nichtbetroffenen Diskriminierung hautnah nachfühlbar machen“ wolle. Daneben wird genannt, dass eine eigene Formulierung erfahrener Verletzungen die Selbstermächtigung fördere. Dies ist durchaus richtig. Auch andere Studien weisen darauf hin, dass das Sprechen über eine Diskriminierung einen Anspruch auf Gleichheit zum Ausdruck bringt, das „Opfer“ sich aktiv mit illegitimer Ungleichbehandlung auseinandersetzt und nicht passiv resigniert.

Auf den 110 Seiten, die der Bericht umfasst, werden auf 44 Seiten Fälle von empfundener Diskriminierung aufgeführt, die dem Romabüro bekannt geworden sind. Neben einem zweiseitigen Vorwort und einem Inhaltsverzeichnis finden sich auf 53 Seiten Zusammenfassungen und Kommentierungen des Romabüros. Von den insgesamt 110 aufgeführten, meist recht knapp gehaltenen Beschwerden stammen 70% von Roma und 30% von Sinti, 65% von Männern und 35% von Frauen. Wenn wir uns die Lebensbereiche anschauen, in denen laut Romabüro-Bericht Diskriminierung erfahren wurde, stellt sich das folgendermaßen dar:

Stadtverwaltung	17
Arbeit	16
Öffentlichkeit	15
Wohnen und Nachbarschaft	14
„Persönlich“	14
Polizei	13
Schule, Bildung	10
Gesundheit	9
Medien	2
Insg.	110

Offenbar wurden alle Diskriminierungsmeldungen ohne jede Prüfung in den Bericht aufgenommen. Das mag dem Selbstverständnis des Romabüros entsprechen, ist aber, wie schon angedeutet, methodisch problematisch und wenig zielführend.

In anderen, vergleichbaren Studien, etwa in der schweizerischen Studie zu „Rassismuvorfällen aus der Beratungspraxis“ wurden eingesandte Fälle von der Projektleitung hinsichtlich ihrer Ausführlichkeit und Konsistenz geprüft und nur solche bei der Auswertung berücksichtigt, bei denen nach möglichst objektiver Sicht eine Diskriminierung vorlag. In der Studie „Diskriminierungserfahrungen in Deutschland“ wurde geprüft, ob Fälle, die die betroffene Person als Diskriminierung interpretiert, auch einer rechtlichen oder soziologischen Definition von Diskriminierung entsprechen. Allein auf Grundlage des in der Situation Beobachtbaren – so wird angemerkt – könne häufig nicht mit ausreichender Sicherheit bestimmt werden, ob es sich um eine Diskriminierung handele oder nicht, sondern die Situation bleibe mehrdeutig. Deswegen müsse eine beurteilende Person das potentiell diskriminierende Verhalten prüfen und interpretieren.

Die im Diskriminierungsbericht aufgeführten, meist recht kurzen Erlebnisberichte reichen m.E. nicht aus, um beurteilen zu können, was wirklich vorgefallen ist und ob es sich tatsächlich um eine Diskriminierung handelt. Ich habe nun die aufgeführten

Fälle im Einzelnen nicht überprüfen können, aber schon allein die Lektüre zeigt: Eine ganze Reihe von im Bericht aufgeführten Beschwerden sind Ausdruck einer subjektiv erlebten Wahrnehmung, aber keine Beschreibungen von Diskriminierungen.

Etwa: „Zigeuner müssen immer beweisen, dass wir unschuldig sind. Für uns gilt generell: schuldig ... wir sind sofort immer angeklagt.“

Oder: „Bin Schausteller, wir sind existentiell am Ende“,

„Obwohl mehr Müll anfällt mit Corona und alle zuhause aufräumen und wegwerfen, arbeitet Müllwirtschaft weniger. Die Konsequenz die Leute stellen ihren Müll an die Straße und die Herren der Abfallwirtschaft machen einen auf beleidigt, anstatt ihre Arbeit zu tun und ihre Dienstleistungsverpflichtungen.“

Unter der Rubrik „Stadtverwaltung“ beschreibt ein Rom, wie schwierig es für ihn gewesen sei, im Konsulat des Kosovo einen Pass zu bekommen. Dies dürfte mit der Stadtverwaltung wenig bis nichts zu tun haben.

Ich möchte nochmals darauf hinweisen, dass Diskriminierung im rechtlichen Sinne dann vorliegt, wenn die Ungleichbehandlung einer Person gegenüber anderen Personen erfolgt, „ohne dass ein sachlicher Grund die Ungleichbehandlung rechtfertigt.“ Eine gewisse Ungleichbehandlung von Staatsbürgern und Ausländer\_innen – sofern die Allgemeinen Menschenrechte gewahrt bleiben – ist also nicht als Diskriminierung zu werten. Viele der migrierten Roma unterstehen dem Ausländerrecht. Eine Reihe Klagen über das Verhalten der Stadtverwaltung zeigen, dass es sich nicht um Diskriminierungen handelt, sondern um eine Umsetzung von Bundesgesetzen, die selbstverständlich nicht nur, aber eben auch für Roma gelten.

Dennoch: Die Falldarstellungen im Sinti/Roma Diskriminierungsbericht erfüllen – trotz konzeptioneller und methodischer Unzulänglichkeiten – einen wichtigen Zweck: Menschen, die Diskriminierung erfahren haben und deren Wahrnehmung und Sichtweise selten öffentliche Aufmerksamkeit erfährt, erhalten ein Forum. Sie können sich jemandem anvertrauen, fühlen sich ernst- und wahrgenommen

Für das Vorwort und die Kommentierungen trifft dies allerdings weit weniger zu! In diesen vom Autor oder den Autoren verfassten Teilen des Berichts werden subjektive Wahrnehmungen und Meinungen als objektive Tatsachen wiedergegeben. Auch hier geht es weniger um konkrete, tatsächlich gegebene Diskriminierung von Sinti und/oder Roma, sondern um eine weitgehende Unzufriedenheit des Romabüros und dessen Verhältnis zur Stadtverwaltung, aber auch über das Verhalten vieler Freiburger\_innen und um eine gesellschaftliche Entwicklung, die man beklagt. Die Texte sind durch eine bipolare Sicht geprägt: auf der einen Seite sind die „Opfer“, die

Guten, die Minderheit und allenfalls noch Migrant\_innen und Unterschichtsangehörige und auf der anderen Seite stehen die „Bösen“, primär die Stadtverwaltung und hier insbesondere das Amt für Migration und Integration, aber auch alle anderen Freiburger soweit sie nicht der Minderheit angehören, einen Migrationshintergrund haben oder Unterschichtsangehörige sind. Diese „spießigen Bürger“ werden u.a. als (weiße) alte wohl situierte Männer“ (u.a. S. 8), als „weißer Mittelstand“ (S. 71), als „weiße Mittzwanziger“ (S. 9), als „weiße Verwaltung“ (S. 10) in diffamierender Weise dargestellt. Insgesamt ist die vorliegende Schrift weniger ein Diskriminierungsbericht als vielmehr eine Anklageschrift.

Der vielleicht gravierendste Vorwurf, der hier erhoben wird, ist, dass Sinti und Roma nicht zum kommunalen „Wir“ gehörten, da sie zu „Anderen“ gemacht und ausgeschlossen seien.

Dies deckt sich mit meinem Bild von Freiburg überhaupt nicht. Ich habe während meines 15-jährigen Hierseins eine Stadt erlebt, die sich als multikulturell versteht, in der es besonders viele Unterstützende für Flüchtlinge gibt, die schon lange einen MigrantInnenbeirat hat, die einen Integrationspreis vergibt und landesweit am meisten Menschen aufgenommen hat, die vor den Kriegen im ehemaligen Jugoslawien geflohen waren, darunter viele Roma. Der Gemeinderat richtete bereits 2006 und 2012 an das Land Resolutionen, in denen Partei für ein Bleiberecht für Sinti und Roma aus sogenannten sicheren Herkunftsländern wie dem Kosovo und Serbien genommen wurde. Und es war die im Bericht viel kritisierte Verwaltung, die seit damals administrative Ermessensspielräume der damaligen Bleiberechtsregelungen für sehr viele Roma aus den Westbalkanstaaten genutzt hat und das auch noch heute den rechtlichen Rahmen nutzt, um für Roma eine sichere Bleibeperspektive zu schaffen.

Rassismus, Diskriminierung und Ausgrenzung, gleich welche Gruppe davon betroffen ist, muss benannt, berichtet und öffentlich gemacht werden. Ein Diskriminierungsbericht kann hier ein wichtiger Seismograph sein, der gesellschaftliche Fehlentwicklungen aufzeigt und Diskriminierungstatbestände aufzeichnet. Problematisch, ja kontraproduktiv wird es allerdings, wenn wissenschaftliche Standards völlig ausgeblendet und die Form der Berichterstattung damit selbst zum Hauptgegenstand der öffentlichen Auseinandersetzung wird.

Dieser Aspekt erscheint mir sehr wichtig: Wenn im Bericht behauptet wird, dass das Verhalten der Verwaltung gegenüber Sinti und Roma, Migranten und Unterschichtsangehörigen von Arroganz und Willkür geprägt sei aber gar nicht erst der Versuch unternommen wird, die geschilderten Erfahrungen in ihren

Zusammenhängen zu sehen, die Beschwerden auf ihre Berechtigung hin zu prüfen und ohne als Belege konkrete Fälle zu benennen, ist das höchst problematisch. So ist es schlicht unmöglich, auf der Grundlage des Berichts einen tatsächlichen Einblick in diskriminierendes Handeln zu erlangen.

Erfüllt der Bericht die in ihn gesetzten Erwartungen, mit der hier gewählten Form der Berichterstattung zum Abbau von Diskriminierung gegenüber Sinti und Roma beizutragen? Ich befürchte, eher nicht.

Dass man auch anders miteinander umgehen kann, versuchte der Bürgerrechtler Martin Luther King zu zeigen. Für ihn und sein Umfeld galt einmal: „Wenn meine Brüder versuchen, einen Kreis um mich zu ziehen um mich auszugrenzen, ziehe ich einen größeren, um sie mit einzuschließen“. Identitätspolitik malt heute immer kleinere Kreise mit immer dickeren Pinseln, was augenscheinlich dazu führt, dass die Gesellschaft in immer mehr Gruppen, die sich angeblich immer feindseliger gegenüber stehen, aufspaltet.

Mit dem Sinti/Roma Diskriminierungsbericht malt das Romabüro besonders dicke Striche – nicht einschließende – sondern eher aus- und abgrenzende. Die Autoren fordert zwar einen Einbezug in ein städtisches „Wir“ ein, zeigen aber keinen Weg auf, wie man dahin kommen will. Dies offenbart ein Dilemma, mit dem insbesondere die Sinti und Roma, die deutsche Staatsbürger\_innen sind, sich wie andere nationale Minderheiten häufig konfrontiert sehen: Zum einen will man gleich sein, wie alle andern auch – zum andern ist es einem aber auch wichtig, nach den minderheiteneigenen Werten und Normen zu leben, also eben doch anders zu sein.

Abgesehen vom uns konkret vorliegenden Bericht kann man sich die Frage stellen, was Diskriminierungsberichte überhaupt zu leisten im Stande sind?

Sie zeigen Segmentierungen der Gesellschaft, Ungleichheit und empfundene Verletzungen auf, lösen aber die damit verbundenen Probleme nicht. Ich möchte an der Stelle zu bedenken geben, dass das auch für einen umfassenden Bericht zum Diskriminierungsgeschehen in der Stadt Freiburg gilt, wie er im Sommer letzten Jahres von einigen Fraktionen des Gemeinderates gefordert worden ist. Ein Bericht mag tatsächliche oder empfundene Defizite aufzeigen, trägt aber selbst nur wenig zur Schaffung von Gleichheit und Gerechtigkeit im Sinne des Artikels 3 des GG bei. Weiterführend wäre m.E. die Einrichtung einer (ja vielleicht einmal angedachten) Antidiskriminierungsstelle, die angezeigte Fälle von Diskriminierung untersucht, sich beide Seiten anhört, moderiert und sich bemüht, einen Vergleich herbeizuführen sowie gegebenenfalls auch Sanktionen gegen Diskriminatoren in die Wege leiten kann.

Man erfährt im Übrigen leider auch im Diskriminierungsbericht des Romabüros nichts darüber, ob und ggf. wo (außer dem Romabüro) im Einzelfall die wahrgenommene Diskriminierung angezeigt worden ist, wie dann verfahren wurde und ob und welche Konsequenzen das diskriminatorische Verhalten für Diskriminator\_innen hatte. An verschiedenen Stellen im Bericht wird davon gesprochen, dass man Beratung für Diskriminierungsopfer anbiete, wie und durch wen diese Beratungen stattfinden und welchen Standards das jeweilige Angebot genügt, erfährt man leider nicht. Dies ist aber nicht ganz unwichtig, da nur eine gute Diskriminierungsberatung den Opfern wirklich helfen kann. Auf der Grundlage fachlicher Standards muss die/der Berater/in einen geschützten Raum zur Bearbeitung von Diskriminierungserfahrungen bieten und Ratsuchende bei konkreten Schritten zur Einforderung ihres Rechts auf Gleichbehandlung und Respekt begleiten. Dabei sind psycho-soziale, rechtliche, politische und sozialwissenschaftliche Aspekte einzubeziehen. Dies setzt eine Ausbildung in diesem Bereich voraussetzt, wie sie etwa der „Fachverband unabhängiger Antidiskriminierungsberatungsstellen“ anbietet.

Sicher ist es auch hilfreich und vertrauensbildend, wenn Probleme regelmäßig zwischen Beteiligten besprochen werden und es einen regelmäßigen Austausch gibt, also z. B. zwischen Vertreter\_innen der Stadtverwaltung, den Sinti, sowie – gegebenenfalls separat – mit migrierten Roma und gemeinsam nach Lösungen gesucht wird. Hier wird sicher darauf zu achten sein, dass eine Minderheitengruppe auch repräsentativ vertreten ist, d.h. nicht nur Männer, sondern auch Frauen und die verschiedenen Altersgruppen usw., die ihre Sichtweise, Ideen und Anregungen mit einbringen können.

Was bleibt, ist die Aufgabe und der konstruktive Streit über den richtigen Weg zum inklusiven, alle mit einschließenden kommunalen WIR.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und bin selbstverständlich gerne bereit Fragen zu beantworten und begegne gerne auch kritischen Äußerungen zu meinen Ideen.

Nochmaligen Dank.

### **Kurzbericht der Schwerpunktbereiche der Stadtverwaltung sowie der Städtischen Gesellschaften im Bereich Antidiskriminierung**

#### **Inhalt**

1.	Geschäftsstelle Gender & Diversity .....	2
2.	Stelle zur Gleichberechtigung der Frau .....	3
3.	Kommunale Behindertenbeauftragte .....	5
4.	Amt für Migration und Integration .....	8
5.	Amt für Schule und Bildung .....	9
6.	Seniorenbüro .....	9
7.	Haupt – und Personalamt .....	10
7.1.	Personalauswahl .....	11
7.2.	Personalentwicklung .....	12
8.	Städtische Gesellschaften und Beteiligungen .....	14
8.1.	Stadtwerke .....	14
8.2.	Abfallwirtschaft Stadt Freiburg (ASF) .....	14
8.3.	Freiburger Stadtbau (FSB) .....	14
8.4.	badenova .....	15
8.5.	Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe (FWTM) .....	16
8.6.	Freiburger Verkehrs AG (VAG) .....	16

Der mit interfraktionellem Antrag vom 03.07.2020 geforderte Antidiskriminierungsbericht ist in dem gewünschten Umfang nicht mit den gegebenen Ressourcen zu erstellen. Dennoch möchte die Stadtverwaltung unter den gegebenen personellen und zeitlichen Möglichkeiten den Gemeinderat über den Stand zum Thema Antidiskriminierung informieren.

Die schwerpunktmäßig mit Diskriminierung befassten Stellen der Stadtverwaltung erheben keine Statistiken zu Fällen von Diskriminierung. Gleiches gilt mit Ausnahme der Freiburger Verkehrs AG für die städtischen Gesellschaften und Beteiligungen. Allerdings kann in manchen Bereichen ein Gesamtbild aus den Erfahrungen gesammelter Einzelfälle gewonnen werden. Quantitative Aussagen über Diskriminierung in Freiburg sind aufgrund der fehlenden Datenbasis jedoch nicht möglich.

## 1. Geschäftsstelle Gender & Diversity

Die Stadt Freiburg hat gegenüber der Bürgerschaft die Pflicht, ihre Inhalte an alle Menschen zu adressieren und zu transportieren. Hierfür ist die Anwendung geschlechtersensibler und antidiskriminierender Sprache eine Voraussetzung. Spätestens seitdem das Personenstandsgesetz die dritte Geschlechtsoption „divers“ vorsieht, ist auch diese im Sprachgebrauch abzubilden.

### Geschlechtersensiblen Sprache und Schreibweise im Verwaltungshandeln

Mit der Organisationsverfügung vom 13.12.2017 („Verwendung geschlechtergerechter Sprache: Gender & Diversity in Wort und Bild“) hat die Stadtverwaltung Freiburg bereits eine einheitliche **Schreibweise** festgelegt, um Vielfalt abzubilden. Seit dem 01.01.2018 ist diese in Kraft und gilt für alle Dezernate, Dienststellen, Eigenbetriebe und Ämter verbindlich. Dabei wird zum Ausdruck gebracht, dass die Verwaltung geschlechtergerecht denkt, handelt und spricht sowie diese Herangehensweise in ihren Schriftstücken, Publikationen und diversen Veröffentlichungen zunehmend praktiziert. Letztlich dient die Sprache als Mittel gegen Diskriminierung: Geschlechtersensibel formulieren bedeutet auch antidiskriminierend zu wirken. Damit wird Gleichberechtigung mitgedacht und befördert. Das Geschlecht wird als eine wichtige Ordnungskategorie betrachtet, durch die tradierte Überlieferungen Hierarchien erzeugen. Gesellschaftliche Strukturen sind jedoch veränderbar. Durch den Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher\_innen trägt die Stadt Freiburg z. B. dazu bei, dass Sprache als Grundlage für die Sichtbarkeit und Wertschätzung aller Menschen dient.

Um die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung zu unterstützen, die richtigen Worte für geschlechtergerechte Formulierungen zu finden, hat die Verwaltung durch die Geschäftsstelle Gender & Diversity den **Leitfaden „Gender & Diversity in Wort und Bild“** bereits in 3. Auflage (Juni 2019) herausgegeben.

Weitere Maßnahmen sind gendergerechte **Stellenausschreibungen** (siehe Drucksache G-19/156) sowie weitergehende Handlungsempfehlungen zur Vermeidung von Diskriminierung im **Gender & Diversity Rahmenplan III** (siehe Drucksache G-19/009).

### Öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen

Analog zum Anliegen der Stadt Freiburg, sich verstärkt gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von LSBTTIQ-Menschen einzusetzen, wurde am 27.02.2018 die **Kommunale Plattform LSBTTIQ Freiburg** gegründet. Begleitet wurde die Gründung durch eine Fachveranstaltung zum Thema Recht und Geschlecht. Unter dem Titel „Herausforderungen für Vielfalt im Familienrecht“ wurde in diese Thematik vertiefend inhaltlich eingeführt durch eine/n Fachanwält\_in der „Kanzlei Menschen und Rechte“, die zudem Mitglied im Bundesvorstand des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSVD e.V.) ist. Damit wurde dem Wunsch der LSBTTIQ-Community in Freiburg Rechnung getragen, eine stärkere Zusammenarbeit zwischen der Community und der Stadtverwaltung aufzubauen.

Als Folgeveranstaltung wurde ein **Aktionstag** in Freiburg „Für Akzeptanz & gleiche Rechte - Vielfalt macht stark“ organisiert und am 29.11.2019 durchgeführt. Unter Mitwirkung der LSBTTIQ-Akteur\_innen in Freiburg, dem Land Baden-Württemberg (Ministerium für Soziales und Integration) und der Stadt Freiburg, mit der Federfüh-

rung der Geschäftsstelle Gender & Diversity und unter der Mitwirkung von HPA und Amt für Migration und Integration wurden verschiedene Themenschwerpunkte zum Thema IDENTITÄT.NEU.DENKEN. inhaltlich diskutiert und eine Bestandsaufnahme gemacht. Auf Grund der Corona-Pandemie ist es zur Verzögerung von weiteren Veranstaltungen gekommen – in 2021 sind Fachtagungen zur Beratung und Versorgung von LSBTTIQ-Menschen in der Pflege sowie zum interkulturellen Pflegebedarf geplant.

### **Interessen und Bedarfe von LSBTTIQ-Menschen**

Damit einhergehend erfolgte die intensivere Öffentlichkeitsarbeit, um die Sichtbarkeit des Wirkens und der Angebote von und für LSBTTIQ in die Mitte der Stadtgesellschaft zu rücken. Im Nachgang der Veranstaltung wurde von der Geschäftsstelle Gender & Diversity unter dem Titel „**Kommunale Plattform LSBTTIQ Freiburg**“ eine **Internetseite** mit Informations- und Beratungsangeboten sowie Kontaktadressen der verschiedenen Institutionen, Organisationen und Adressen von freien Trägern, die entweder ehren- oder hauptamtlich die verschiedenen Interessen und Beratungsangebote in der Stadt für LSBTTIQ anbieten und abdecken, eingerichtet (siehe mehr unter <https://www.freiburg.de/pb/,Lde/1370896.html>).

### **Fortbildungen für Mitarbeitende der Verwaltung**

Es ist notwendig, die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung im Umgang mit LSBTTIQ-Menschen und den veränderten gesetzlichen Rahmenbedingungen auch im Hinblick auf Gleichberechtigung und -behandlung weiterhin zu **schulen und fortzubilden**. Hier bietet das jährliche Fort- und Weiterbildungsprogramm der Stadtverwaltung Freiburg eine Reihe an Workshops und Fortbildungen, die vom Haupt- und Personalamt sowie unter Mitwirkung der Geschäftsstelle Gender & Diversity, konzipiert und unter Heranziehung von zahlreichen externen Berater\_innen zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten durchgeführt werden.

## **2. Stelle zur Gleichberechtigung der Frau**

Die Stelle zur Gleichberechtigung der Frau (SzGdF) berät und unterstützt zu allen Fragen der Gleichberechtigung sowohl Mitarbeitende der Stadtverwaltung als auch Bürger\_innen in Freiburg. Sie zeigt strukturelle Benachteiligungen auf, setzt sich für Chancengleichheit von Frauen und Mädchen ein und wirkt auf deren Beseitigung innerhalb der Diskriminierungskategorie „Geschlecht“ hin.

**Diskriminierung von Frauen und Mädchen** bezieht sich auf mehr als die Hälfte der Bevölkerung. Sie ist daher kein Problem einer Randgruppe und findet im öffentlichen wie privaten Bereich statt. Noch immer erleben Frauen universelle Werte wie Freiheit und Gleichheit nicht in gleicher Weise wie Männer. Die Diskriminierung von Frauen ist historisch und strukturell bedingt und kann alle Frauen in unterschiedlichen sozialökonomischen Bereichen treffen: Einkommensverteilung, soziale Sicherung, Arbeits-, und Steuerpolitik aber auch im Erleben von (häuslicher) Gewalt und sexuellen Übergriffen. Sie kommt nicht nur in patriarchalen Familienstrukturen zum Ausdruck sondern auch in nach Geschlecht differenzierenden Bildungs- und Ausbildungssystemen sowie generell in der kulturellen Darstellung des Weiblichen.

Fraudiskriminierung liegt darüber hinaus "quer" zu anderen sozialen Diskriminierungskategorien und ist sowohl ein eigenständiges strukturelles Problem, steht aber auch in Wechselwirkung mit anderen Diskriminierungskategorien und ist ebenso in andere soziale Problemlagen integriert (Intersektionalität). So kann eine Person als Frau diskriminiert werden, aber zusätzlich noch aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Behinderung, ihres Alters oder aufgrund ihrer Weltanschauung.

Im Folgenden werden die Diskriminierungstatbestände vorgestellt, die in der Arbeit der SzGdF relevant sind.

## **Gewalt**

Gewalt gegenüber Frauen ist eine Hauptdiskriminierungskategorie und kann darüber hinaus ein Straftatbestand sein. Schwerpunkt in der Arbeit der SzGdF ist der Einsatz gegen und die Prävention von Gewalt. Mit unterschiedlichen Instrumenten wurden Maßnahmen und Präventionsmöglichkeiten bearbeitet und entwickelt. Diese finden sich in der Dokumentation der Denkfabrik Chancengleichheit<sup>1</sup>. Eine Übersicht über alle Angebote für Betroffene und Fachkräfte im Themenbereich Gewalt listet das Infoblatt der Kommunalen Kriminalprävention<sup>2</sup> auf.

Viele Frauen fühlen sich abends und nachts – vor allem wenn sie alleine unterwegs sind – unsicher, weil sie Belästigungen oder bedrohliche Situationen befürchten. Um Frauen einen gleichberechtigten Zugang zum öffentlichen Leben – unabhängig von der Tages- oder Nachtzeit – zu ermöglichen und zum Schutz vor Gewalt und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung im öffentlichen Raum, hat die Stadt Freiburg 2017 das **FrauenNachtTaxi** eingeführt.

Zusammen mit anderen Akteur\_innen findet regelmäßig die **AG Sicheres Nachtleben** statt, wo es um Schutz vor Gewalt und Diskriminierung im Nachtleben geht. Daraus entstanden ist die Einführung des Projekts „Ist Luisa hier“ in Freiburg.

## **Ungleiche Bezahlung**

Ungleiche Bezahlung ist ein weiterer vorliegender Diskriminierungstatbestand. Für gleiche oder gleichwertige Arbeit von Frauen und Männern muss gleiches Entgelt bezahlt werden. Doch dies ist noch immer nicht durchgängig umgesetzt: Frauen verdienen in Deutschland im Durchschnitt immer noch rund 20 % weniger als Männer (Stand 2019). Tätigkeiten, die traditionell vorwiegend von Frauen ausgeübt werden, werden häufig geringer bewertet und niedriger bezahlt.

In Führungspositionen sind Frauen in Deutschland nach wie vor unterrepräsentiert. Die SzGdF macht mit regelmäßigen Aktionen auf die Lohnlücke aufmerksam.

## **Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz**

Mehr als die Hälfte aller Beschäftigten in Deutschland hat sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz schon einmal erlebt oder beobachtet, so die Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. 81 % der Befragten wissen nicht, dass Arbeitgeber\_innen verpflichtet sind, Beschäftigte aktiv vor sexueller

---

<sup>1</sup> <https://www.freiburg.de/pb/1285724.html>

<sup>2</sup> <https://www.freiburg.de/pb/205400.html>

Belästigung am Arbeitsplatz zu schützen (AGG). Um Personalverantwortlichen und Führungskräften Sicherheit im Umgang mit dem Thema zu bieten, bietet die Frauenbeauftragte gemeinsam mit dem Betrieblichen Sozialdienst, dem Rechtsamt und dem Gesamtpersonalrat zweimal jährlich im Rahmen des städtischen Fortbildungsprogramms eine **Fortbildung** zum Umgang mit sexueller Belästigung an.

### **Weitere Diskriminierungstatbestände**

In der täglichen Arbeit der SzGdF gibt es weitere Diskriminierungstatbestände, die hier nur kurz und ohne Anspruch auf Vollständigkeit benannt werden können.

**Diskriminierung von Müttern:** Die Chancen auf eine Arbeitsstelle oder darauf, überhaupt zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen zu werden, sinken bei Müttern, nicht jedoch bei Vätern.

**Preisdifferenzierung nach Geschlecht:** Frauen zahlen bei Produkten oder Dienstleistungen wie Friseur oder Textilreinigung für die gleiche Leistung oft deutlich mehr als Männer.

**Diskriminierung von Frauen in Suchmaschinenergebnissen durch Algorithmen:** Suchmaschinen oder Gesichtserkennungssoftware verfestigt Stereotypen und Vorurteile gegenüber Frauen.

**Paritätische Besetzung von Podien/Preisgerichten:** Podien und Vortragsreihen sind noch immer oft überwiegend mit Männern besetzt.

**Diskriminierung von obdachlosen Frauen:** Diese sind sehr stark Diskriminierung und Übergriffen ausgesetzt, sie bedürfen eines besonderen Schutzes in frauenspezifischen Einrichtungen.

Diskriminierung lässt sich nur da erfassen, wo sie benannt wird, gerade im Bereich sexuelle Belästigung ist die Dunkelziffer nach wie vor sehr hoch.

## **3. Kommunale Behindertenbeauftragte**

In der Stadt Freiburg leben rund 25.000 Menschen mit Behinderungen. Ihre Rechte zur selbstbestimmten und gleichwertigen Teilhabe in der Gesellschaft werden seit der Ratifizierung der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) im Jahr 2009 sukzessive in deutsches Recht umgesetzt.

### **Diskriminierung nach der UN-Behindertenrechtskonvention**

Der UN-BRK liegt das soziale Modell von Behinderung zu Grunde. Anders als beim mittlerweile abgelösten, medizinischen Modell, geht man beim sozialen Modell von Behinderung davon aus, dass die Behinderung des einzelnen Menschen durch die Wechselwirkung des einzelnen mit der Umwelt entsteht. Demnach verursacht z. B. nicht der Körper eine Behinderung, sondern die Behinderung entsteht in Wechselwirkung mit einer Umwelt, die nicht barrierefrei genug ist.

Die gesellschaftliche Antwort im Sinne der UN-BRK lautet Inklusion. In einer inklusiven Gesellschaft leben alle Mitglieder gleichberechtigt und selbstbestimmt. In Artikel 2 der UN-BRK wird „Diskriminierung aufgrund von Behinderung“ genauer definiert. Als Diskriminierung aufgrund von Behinderung versteht die UN-BRK jede Unterscheidung, Ausschließung oder Beschränkung aufgrund von Behinderung, die zum Ziel oder zur Folge hat, dass das auf die Gleichberechtigung mit anderen gegründete Anerkennen, Genießen oder Ausüben aller Menschenrechte und Grundfreiheiten im politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen, bürgerlichen oder jedem anderen Bereich beeinträchtigt oder vereitelt wird.

Der Begriff der “Diskriminierung aufgrund von Behinderung” umfasst im Sinne der UN-BRK alle Formen der Diskriminierung, einschließlich der Versagung angemessener Vorkehrungen.

### **Umgang der Stadtverwaltung mit Diskriminierungserfahrungen von Menschen mit Behinderungen**

Da die gesellschaftliche Gruppe Menschen mit Behinderungen in sich sehr vielfältig ist, sind auch die Diskriminierungserfahrungen sehr unterschiedlich. Menschen, die in ihrem Alltag kaum eingeschränkt sind, machen andere Erfahrungen als Menschen, die mit schweren oder mehrfachen Behinderungen leben.

Neben der Beratungsfunktion für Stadtverwaltung und Kommunalpolitik ist die kommunale Behindertenbeauftragte auch Anlaufstelle und Wegweiser für Menschen mit Behinderungen. Berichte von Diskriminierungserfahrungen erreichen die kommunale Behindertenbeauftragte regelmäßig. Sind sie struktureller Natur und z. B. durch Gesetze oder Verordnungen verursacht, werden sie an die jeweilige Verantwortungsebene weitergegeben, z. B. an die Landesbehindertenbeauftragte oder die Antidiskriminierungsstelle des Bundes.

Entstehen individuelle Diskriminierungen durch die Stadtverwaltung, ergibt sich ein **Ombudsfall**, in dem die kommunale Behindertenbeauftragte vermittelt. Diskriminierungen betreffen nicht immer nur Einzelfälle. Gemeinsam mit dem ehrenamtlichen **Behindertenbeirat** der Stadt Freiburg arbeitet die kommunale Behindertenbeauftragte daran, Diskriminierungen und Ungleichbehandlungen zu erkennen, die Ursache zu finden und mit den Verantwortlichen an Lösungen zu arbeiten.

**Arbeitnehmer\_innen** mit Behinderungen haben innerhalb der Stadtverwaltung Vertrauenspersonen in Form von Vertretungen von Menschen mit Behinderungen. Gebündelt werden die Vertrauenspersonen in der Gesamtschwerbehindertenvertretung. Gemeinsam sind sie Anlaufstelle für alle behinderungsbezogenen Fragen und Probleme mit der Stadtverwaltung als Arbeitgeberin.

Um Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung zu vermeiden, finden regelmäßig **Fortbildungen und Sensibilisierungsveranstaltungen** statt. Im städtischen Fortbildungsprogramm können Mitarbeiter\_innen Leichte Sprache oder die Grundlagen der Gebärdensprache lernen. Außerdem bietet die kommunale Behindertenbeauftragte jährlich eine ganztägige Fortbildung zur Sensibilisierung und zum Umgang mit Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung an. In den Ämtern der Bauverwaltung werden eigenständig Fortbildungen organisiert.

## **Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen in der Stadtgesellschaft**

Inwieweit innerhalb der Stadtgesellschaft Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen stattfindet, lässt sich nur anhand von Erfahrungsberichten einzelner Bürger\_innen in der Beratung der kommunalen Behindertenbeauftragten ablesen. Ein quantitativer Überblick kann daher nicht gegeben werden. Lediglich auf qualitativer Ebene kann festgestellt werden, dass es drei Schwerpunkte in den Diskriminierungserfahrungen gibt:

Da es in der Bundesrepublik keine gesetzliche Verpflichtung zu Barrierefreiheit und Zugänglichkeit von privaten **Anbieter\_innen und Dienstleister\_innen** gibt, erfahren Menschen mit Behinderungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen erschwerte Zugangsbedingungen und Diskriminierung. Der gesamte Bereich des Einzelhandels, der kulturellen Angebote, Gastronomie, Gesundheitsleistungen, Dienstleistungen etc. ist nicht gesetzlich zu Barrierefreiheit verpflichtet. Im Bundes- und Landesbehindertengleichstellungsgesetz müssen nur öffentliche Stellen Barrierefreiheit herstellen. Für private Anbieter\_innen gibt es, anders als in skandinavischen Ländern oder den Vereinigten Staaten, keine Vorgaben zur Barrierefreiheit ihrer Räumlichkeiten oder Angebote.

Während diese gesetzliche Lücke den Zugang zu Angeboten als Kund\_in erschwert, erschwert sie auch den Zugang zum **Arbeitsmarkt** als Arbeitnehmer\_in. Erschwerner oder fehlender Zugang zum ersten Arbeitsmarkt ist ein sehr häufiges Thema, mit dem Menschen mit Behinderung sich an die kommunale Behindertenbeauftragte wenden. Neben räumlichen Barrieren, erschwert häufig fehlende barrierefreie Kommunikation, IT-Anwendungen und Programme, die nicht mit Hilfsmitteln funktionieren oder die Einstellung der Entscheidungsträger\_innen die Teilhabe. Hier sind Vorurteile und Diskriminierung noch sehr präsent.

Ein weiterer Schwerpunkt betrifft den **Wohnungsmarkt** in Freiburg. Menschen mit Behinderungen berichten immer wieder von Diskriminierungen bei der Wohnungssuche. Vom erschwerten Zugang aufgrund des fehlenden Angebotes barrierefreier und rollstuhlgerechter Wohnungen in verschiedenen Größen, bis hin zum diskriminierenden Verhalten der Vermieter\_innen und Nachbar\_innen sind die Erfahrungen oft sehr belastend.

Ohne gesetzliche Regelungen, die die Teilhabe in allen drei Themenbereichen erleichtern würden, bleibt zur Verbesserung der Lebenssituation und Reduktion der Diskriminierungserfahrungen nur die Sensibilisierung für die Reduktion von Barrieren und die inklusive Gesellschaft. Hierzu arbeitet die kommunale Behindertenbeauftragte in verschiedenen Projekten und mit verschiedenen Akteur\_innen aus Stadtverwaltung und Gesellschaft zusammen.

### **Aktionsplan Inklusion**

Die Koordinationsstelle Inklusion erarbeitet derzeit in Zusammenarbeit mit der kommunalen Behindertenbeauftragten den vierten Aktionsplan Inklusion für die Stadtverwaltung. Die Aktionspläne für Inklusion greifen alle zwei Jahre ein anderes Schwerpunktthema auf und dienen dazu, dieses Thema gemeinsam und koordiniert abzuarbeiten. Daneben sensibilisieren die jährlichen Treffen der Ansprechpersonen für Inklusion in den einzelnen Ämtern für das jeweilige Thema. Im letzten Aktionsplan wurde die Idee des inklusiven Quartiers aufgegriffen. Das inklusive Quartier ist als

Modell einer diskriminierungsfreien Gesellschaft zu verstehen. Je weniger Zugangsvoraussetzungen zur Teilhabe in der Gesellschaft bestehen, desto mehr werden Menschen mit Behinderungen sichtbar. Die Sichtbarkeit führt letztendlich zum Mitdenken, zu gemeinsamen Erfahrungen und einer Sozialisation, in der Menschen mit Behinderungen selbstverständlich teilhaben können und mitgedacht werden. Insofern sind alle Bemühungen und Planungen der Stadtverwaltung für inklusive Quartiere auch aktive Arbeit gegen Diskriminierung.

Im vierten Aktionsplan Inklusion, der 2021/22 in Kraft tritt, widmet sich die Stadtverwaltung dem Thema barrierefreie Kommunikation. Egal ob in der direkten Kommunikation im Bürgerservice, in Bescheiden und Schreiben, online oder bei Veranstaltungen – alle Ebenen der städtischen Kommunikation sollen beleuchtet werden. Eine Verbesserung der barrierefreien Kommunikation wird Diskriminierungen beim Zugang zu Information, Beratung und Partizipation reduzieren.

Als städtisches Planverfahren für mehr Teilhabe und gegen Ausgrenzung ist der Aktionsplan Inklusion vor allem auch ein Instrument, das Diskriminierung von Menschen mit Behinderungen innerhalb der Stadtverwaltung reduziert.

#### **4. Amt für Migration und Integration**

Diskriminierung und Ungleichbehandlung aufgrund der Herkunft bzw. der ethnischen Zugehörigkeit sind Grunderfahrungen, mit denen viele Migrant\_innen in den unterschiedlichsten Lebensbereichen und Lebensphasen konfrontiert sind und diese als benachteiligend erleben. Die Bekämpfung von Diskriminierung ist im neuen Leitbild „Migration und Integration der Stadtgesellschaft Freiburg“ als zentrales integrationspolitisches Leitziel über alle Handlungsfelder hinweg hinterlegt. Es handelt sich dabei um ein Querschnittsthema, mit dem das Amt für Migration und Integration (AMI) über alle Aufgaben- und Zuständigkeitsbereiche hinweg konfrontiert und befasst ist.

Die Verankerung von Gleichbehandlung als Strukturprinzip und die Förderung einer Antidiskriminierungskultur auf kommunaler Ebene sind Zielstellungen, die das AMI und zuvor das Büro für Migration und Integration seit 2005 in enger Kooperation mit freien Trägern – Pro familia Freiburg, Diakonischem Werk Freiburg und Südwind Freiburg e.V. – unter Einbezug einschlägig aktiver Gruppen und Initiativen verfolgen.

Mit dem 2012 gegründeten **Netzwerk für Gleichbehandlung** "Unterschiede anerkennen - Vielfalt leben" mit damals 14 und heute 25 teilnehmenden Institutionen war Freiburg einer von bundesweit 9 Modellstandorten, der von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes erstmals eine Förderung erhielt. Ein Bericht der Arbeit wurde am 26.04.2016 in der gemeinsamen Sitzung des Sozial- und Migrationsausschusses vorgelegt (Drucksache SO-16/002).

Das Freiburger Netzwerk ist heute Mitglied im bundesweiten Netzwerk des Antidiskriminierungsverbandes Deutschland (advd) sowie im Landesnetzwerk Baden-Württemberg und trifft sich viermal im Jahr, um Bedarfsentwicklungen und Beratungsbedarfe zu besprechen, Qualifizierungsangebote und Öffentlichkeitsarbeit abzustimmen. Auf Initiative des Netzwerkes wurde seither eine Vielzahl von Veranstaltungen, Fortbildungen und Aktionen zum Thema durchgeführt, über die gleichermaßen die Öffentlichkeit, insbesondere auch eine breite Fachöffentlichkeit, erreicht werden konnte.

**Pro familia** bietet seit 2015 in enger Kooperation mit der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) und der im November 2019 eröffneten Landesantidiskriminierungsstelle (LADS) im Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg Einzelberatungen zu Diskriminierungserfahrungen mit Verweisberatungen an Rechtsanwält\_innen, Therapeut\_innen und andere Beratungsstellen an. Darüber hinaus werden von der ADS und der LADS regionale Beratungsanfragen an pro familia zur Bearbeitung zurückverwiesen. Bis September 2020 verzeichnet pro familia bisher 76 Beratungsfälle (vergleichbarer Zeitraum 2019: 25 Fälle, Bericht s. Anlage 3 der Drucksache G-20/256).

Im Rahmen der Prävention von Diskriminierung und Rassismus fördert die Stadt im Zuständigkeitsbereich des AMI weiterhin einschlägige Projekte und Aktivitäten über das Bundesprojekt „**Demokratie leben!**“. Zudem wird die Diskriminierungsthematik in weitere Netzwerkbezüge eingebracht, zuletzt etwa im **Netzwerk „Bildung und Migration“** am 16.10.2019.

Über das Bundesprojekt „Demokratie leben!“ wurde zudem die Erstellung und Veröffentlichung der **Roma/Sinti Diskriminierungsberichte** 2018 und 2019 des Roma-Büros Freiburg e.V. gefördert. In beiden Berichten wurden von Angehörigen der Sinti- und Roma-Community einzelne Diskriminierungsfälle in verschiedenen Lebensbereichen ermittelt, ausgewertet, dokumentiert und der Öffentlichkeit vorgestellt.

## **5. Amt für Schule und Bildung**

Bildung für Toleranz und Akzeptanz von Vielfalt ist eine der Leitperspektiven des aktuellen Bildungsplanes, an dem sich auch die Freiburger öffentlichen Schulen orientieren. Die Schule soll ein Ort von Toleranz und Weltoffenheit sein, der jungen Menschen ermöglicht, sich frei und ohne Angst vor Diskriminierung zu artikulieren und die eigene Identität zu finden.

Die Freiburger Schulen setzen sich in vielfältigen Aktivitäten und Projekten für die Realisierung dieser Leitperspektive ein.

Da dennoch insbesondere jüdische Schüler\_innen in zunehmendem Maße in und im Umfeld von Schule von antisemitischen Diskriminierungen betroffen sind, hat das Amt für Schule und Bildung in einer schulartübergreifenden Arbeitsgruppe aus engagierten Lehrer\_innen eine Informationsschrift mit Hinweisen zum Umgang mit Antisemitismus erarbeitet.

## **6. Seniorenbüro**

Die Zielgruppe der älteren Menschen kann von Altersdiskriminierung bedroht sein. Altersdiskriminierung ist in unserer Gesellschaft oftmals nicht bekannt oder präsent. Benachteiligungen aufgrund eines hohen Alters sind in unterschiedlichsten Lebensbereichen möglich, z. B. auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt.

Ältere Menschen können auch erschwerte Zugangsvoraussetzungen zur Teilhabe am öffentlichen Leben haben, z. B. aufgrund eingeschränkter Mobilität aber auch fehlenden Kenntnissen / Fertigkeiten z. B. im digitalen Bereich.

Die Schaffung inklusiver Quartiere ermöglicht Teilhabe und minimiert somit eine mögliche Altersdiskriminierung. Das Seniorenbüro mit Pflegestützpunkt setzt sich für die Schaffung inklusiver und altersgerechter Quartiere ein und ist dazu mit dem Stadtplanungsamt und mit anderen Ämtern der Stadtverwaltung im Austausch.

Durch die Corona-Pandemie befürchten Gerontologen und Fachpersonen eine Rückkehr zu einem nicht mehr zeitgemäßen Altersbild und dadurch bedingt zu einer Verstärkung der Altersdiskriminierung. Auch im Seniorenbüro mit Pflegestützpunkt wird die Tendenz wahrgenommen, die sogenannten „Risikogruppen“ nicht differenziert genug zu sehen. Ältere Menschen werden als vulnerabel und gefährdet gesehen, die geschützt oder sogar isoliert werden sollen. Das Seniorenbüro mit Pflegestützpunkt versucht Ältere, Angehörige in der Beratung aber auch Kooperationspartner\_innen und Öffentlichkeit zu sensibilisieren und an das Recht zur Selbstbestimmung zu erinnern.

## **7. Haupt – und Personalamt**

Seit Anfang 2014 beschäftigt sich das Haupt- und Personalamt intensiv mit den Möglichkeiten einer Interkulturellen Öffnung der Verwaltung. Ein seinerzeit eingerichteter Lenkungskreis mit in- und externen Fachexpertinnen und -experten aus dem Personal-, Sozial-, Bildungs- und Migrationsbereich wurde gebildet und aus diesem Kreis ein gemeinsamer Maßnahmenplan erstellt:

- Gezielte Einladung von Menschen mit Migrationshintergrund über die Migrantenvereinigungen zum Tag der Ausbildung, der jährlich auf dem Rathausplatz stattfindet
- Verzicht auf Schulnoten als Zugangsvoraussetzung im Vorauswahlverfahren für die Ausbildungsberufe im Verwaltungsbereich
- Erfassung der Migrationsquote bei den Auszubildenden, die dauerhaft ca. 27 % beträgt
- Informationsveranstaltung für Menschen unterschiedlicher Herkunft und Nationalität über Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten bei der Stadtverwaltung Freiburg
- Explizite Offenheit in Stellenanzeigen für interkulturelle Vielfalt und gezielte Aufforderung an Menschen mit Migrationshintergrund zu einer Bewerbung
- Mit dem neu entwickelten Arbeitgebermarketing "wir lieben Freiburg" hat die Stadt Freiburg als Arbeitgeberin auch nach außen ein diversitätsbewusstes und modernes Arbeitgeberbild. Als Werbebotschafter\_innen konnten Beschäftigte der Stadtverwaltung gewonnen werden, die als "Interne" überzeugend nicht nur die Vielfalt der Berufsfelder bei der Stadtverwaltung, sondern insbesondere auch die bereits existierende Vielfalt der Beschäftigtenstruktur widerspiegeln. Die Kampagne bildet bis heute Menschen mit und ohne Behinderung, Frauen in "typischen" Männerberufen, Männer in "typischen" Frauenberufen.

rufen, mit und ohne Migrationshintergrund, unterschiedlichen Alters und in unterschiedlichen Hierarchieebenen ab.

Unter anderem in Konsequenz dieser Maßnahmen beschloss der Gemeinderat die Unterzeichnung der **Charta der Vielfalt** im Jahr 2017 (siehe G-16/252 vom 25.11.2016). Mit der Unterzeichnung dieser freiwilligen Selbstverpflichtung wurde ein Zeichen gesetzt, eine offene, wertschätzende Verwaltungskultur durch entsprechende Maßnahmen zu fördern und umzusetzen.

## 7.1 Personalauswahl

Die Stadtverwaltung stellt als Arbeitgeberin diskriminierungsarme Personalentscheidungen u. a. durch professionelle Auswahlprozesse sicher: Im Personalmanagement ist die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Stadtverwaltung seit vielen Jahren fester Bestandteil und gelebte Verwaltungspraxis.

Die hierin implementierten Rahmenbedingungen bei städtischen Auswahlverfahren sind nicht nur geeignet die Gleichstellung von Männern und Frauen weiter voran zu bringen. Sie sind gleichermaßen auch hilfreich, Diskriminierungen hinsichtlich der weiteren in § 1 AGG genannten Benachteiligungsverboten zu vermindern und der Verpflichtung als öffentliche Arbeitgeberin aus Art. 33 Abs. 2 GG zu entsprechen einzustellendes Personal allein nach Eignung und Befähigung auszuwählen.

Zur Sicherung der Einhaltung gesetzlicher Rahmenvorgaben in Personalauswahl und Rekrutierungspraxis wurden für die Stadtverwaltung in den Richtlinien für die Personalwirtschaft Regelungen und Standardsetzungen entwickelt, die für größtmögliche Objektivität, Transparenz und Nachvollziehbarkeit bei den Auswahl- und Entscheidungsfindungsprozessen sorgen:

- Stellen werden auf der Grundlage eines vorab schriftlich fixierten Anforderungsprofils ausgeschrieben. Die Profilverfestlegung erfolgt auf der Grundlage der Stellenbeschreibung und der aktuellen Kompetenzanforderungen im Vorfeld der Ausschreibung in enger Abstimmung zwischen Fachamt und der Personalwirtschaft im Haupt- und Personalamt.
- Die Vorauswahl der Bewerbungen für die Bildung einer engeren Wahl zur persönlichen Vorstellung erfolgt dabei stets anhand der im Anforderungsprofil niedergelegten Auswahlkriterien. Damit wird sichergestellt, dass alleine die für die Stelle notwendigen Qualifikationsaspekte in die Auswahlentscheidung einfließen und keine personenbezogenen Kriterien wie Geschlecht, Alter, Religion oder ethnische Herkunft.
- Die engere Wahl ist zu begründen und schriftlich zu dokumentieren.
- Im Haupt- und Personalamt arbeiten speziell qualifizierte Expert\_innen, die in der Vorbereitung, Begleitung und Steuerung von komplexen Auswahlverfahren mitwirken und dazu beitragen, dass Stellen nach Qualifikation und nicht nach persönlicher Zu- oder Abneigung besetzt werden. Methodisch sichergestellt wird dies beispielsweise durch den Einsatz strukturierter Interviews, die gewährleisten, dass alle Kandidat\_innen die gleichen Fragen und damit auch gleiche Chancen bekommen. Bei der Personalauswahl für Führungspositionen werden zusätzlich Personaldiagnostiker\_innen zur Durchfüh-

rung von Assessment-Elementen eingesetzt. Auch hier gilt eine Dokumentationspflicht.

- Personalverantwortliche und an der Personalauswahl Beteiligte werden regelmäßig informiert und durch Schulungen und Qualifizierungsmaßnahmen für vorurteilsarme Aufgabenwahrnehmung sensibilisiert.
- Als zusätzliche Elemente zur Sicherung der Chancengerechtigkeit sind die örtlichen Personalräte, der Gesamtpersonalrat, ggf. die Schwerbehindertenvertretung und weitere "Kontrollorgane", wie z. B. die Frauenbeauftragte der Stelle zur Gleichberechtigung der Frau zwingend bei den Stellenbesetzungsverfahren zu beteiligen, um von Anfang an mögliche Benachteiligungen zu vermeiden. Dabei geht die Stadtverwaltung im Sinne einer vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der obligatorischen Teilnahme z. B. der Personalvertretungen an den Auswahlgesprächen seit vielen Jahren deutlich über das gesetzlich Notwendige hinaus.

Alle neu eingestellten Mitarbeiter\_innen werden bereits im Rahmen der Einführungsveranstaltung auf die Bedeutung des AGG in ihrem täglichen Handeln hingewiesen und mit einem Merkblatt, das allen neuen Mitarbeiter\_innen ausgehändigt wird, umfassend informiert und sensibilisiert.

## **7.2 Personalentwicklung**

Für die städtische Personalentwicklung im Haupt- und Personalamt sind die Thematisierung von Diskriminierungsprozessen und die Aufklärung über Diskriminierung in Verbindung mit dem Ziel der Minimierung derselben, eine kontinuierliche Aufgabe. Diese sensibilisierte Grundhaltung entstammt mitunter aus dem sich mehrheitlich aus Pädagog\_innen zusammensetzenden Team.

Aus der Selbstverpflichtung durch die Unterzeichnung der Charta bezieht die Personalentwicklung jedoch einmal mehr die konkrete Aufgabe, Diversity proaktiv und zur Prävention von Diskriminierung in das städtische Fortbildungsprogramm einzuarbeiten. Bereits vor Unterzeichnung der Charta gab es einschlägige Angebote, die sowohl Mitarbeiter\_innen als auch Führungskräfte adressieren:

- Seit 2017 werden diese Seminare zur Schulung interkultureller Kompetenz und Aufklärung in einem eigenen Programmbereich „Gender/Diversity/Interkulturelle Kompetenz“ angeboten. Seitdem sind in diesem Bereich insgesamt 545 Teilnahmen erfolgt.
- Hervorzuheben sind bspw. die Aktionstage DIVERSITY, die anlässlich des deutschen Diversity-Tags im Mai eine breite Themenpalette in kompakten und abwechslungsreich gestalteten Formaten behandeln und so die verschiedenen Diversity-Dimensionen aufgreifen.
- Um die Mitarbeiter\_innen über Diskriminierung und dadurch belastete Lebenssituationen zu informieren und weiterzubilden, wird darüber hinaus im gesamten Fortbildungsprogramm auf die in der Stadtverwaltung bereits vorhandenen fachlichen Kompetenzen zurückgegriffen. Die Geschäftsstelle Gender & Diversity, die Behindertenbeauftragte der Stadtverwaltung, das Seniorenbüro mit Pflegestützpunkt und der Betriebliche Sozialdienst (BSD) bringen

hierüber eigene Angebote und Inhalte ein. Somit wird die Weiterbildung und Sensibilisierung der Beschäftigten aktiv gestaltet, um diskriminierender Vorurteilsbildung und benachteiligendem Verhalten in dienstlicher Interaktion untereinander und gegenüber Bürger\_innen vorzubeugen.

- Über das Fortbildungsprogramm hinaus ist die bedarfsgerechte Entwicklung bereichsspezifischer Qualifizierungsmaßnahmen ein Kernelement der städtischen Personalentwicklung. 2017 wurden in diesem Rahmen Anti-Bias-Trainings in verschiedenen Ämtern durchgeführt, die einen Bedarf angemeldet haben. Dieses Angebot nahm bspw. das Amt für Migration und Integration (AMI) als verpflichtende Schulung für alle dort Beschäftigten in Anspruch und kam somit seiner besonderen Verantwortung zur Minimierung von Vorurteilsbildung und diskriminierendem Verhalten nach.
- Grundsätzlich haben alle Ämter und Dienststellen immer die Möglichkeit, spezielle individuelle Bedarfe anzumelden und Qualifizierungen zur Vorbeugung und in gewissem Rahmen der Aufarbeitung von Diskriminierung innerhalb der Stadtverwaltung in Anspruch zu nehmen. Allerdings setzt diese Identifizierung von Qualifizierungsbedarfen das Bewusstsein und Anerkennen einer problematischen Situation auf Seiten der Bedarfsträger\_innen bereits voraus und ist daher nur bedingt thematisch und präventiv steuerbar. Es wird daher auch der Betriebliche Sozialdienst in der Qualifizierungsreihe für Auszubildende sowie im Personalentwicklungsprogramm für Berufseinsteiger\_innen als Beratung, Mediation und Begleitung in Konfliktfällen, bei Mobbing und in Verfahren im Rahmen der Berufseingliederungsmaßnahmen vorgestellt. Betont wird hierbei die Rolle des Betrieblichen Sozialdienstes als vertrauliche Anlaufstelle und Ansprechpartner\_in für Betroffene in krisenhaften Lebenslagen unter Einhaltung der Schweigepflicht.
- Seit 2017 gibt es ergänzend zu vielfältigen Seminarangeboten das INTERKULTURELLE Mentoring als eigenständiges Programm und gesondertes Format, das u. a. auch dem Ziel der Vermeidung von Diskriminierung dient: Neue Mitarbeiter\_innen aus anderen Kulturkreisen werden in ihrer Einarbeitungsphase durch erfahrene städtische Beschäftigte im Tandem begleitet, um einerseits die Integration in die Stadtverwaltung und andererseits den interkulturellen Austausch und eine wertschätzende und offene Organisationskultur zu unterstützen. Hierzu haben wir die Mitarbeiter\_innen u. a. in der MAZ, Ausgabe 19 mit dem Artikel „Offen für Vielfalt: Ein Austausch auf Augenhöhe“ aufmerksam gemacht.

### **7.3 Beschwerdestelle nach dem AGG**

Die in § 13 AGG zum Schutz der Beschäftigten vor Benachteiligung vorgesehene Beschwerdestelle für verwaltungsinterne Verstöße gegen das AGG wurde beim Haupt- und Personalamt eingerichtet. Dort gehen im Jahr einige wenige Anfragen zu möglichen Diskriminierungstatbeständen ein, die jedoch überwiegend nicht unter die in § 1 des AGG genannten Benachteiligungsverbote aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, der Religion oder der Weltanschauung, des Alters, des Geschlechts, einer Behinderung oder der sexuellen Identität gefasst werden können. Seit 2006 gab es nur einen Vorgang, bei dem eine Beschwerde geprüft und das Ergebnis der Beschwerde führenden Beschäftigten mitgeteilt wurde.

## **8. Städtische Gesellschaften und Beteiligungen**

### **8.1 Stadtwerke**

Grundsätzlich orientieren sich die Stadtwerke an den personalwirtschaftlichen Grundsätzen der Stadt Freiburg und jegliche Stellenbesetzungen erfolgen auf Basis von internen/externen Ausschreibungsprozessen und nach den Grundsätzen der Gleichbehandlung.

Die sehr variablen Möglichkeiten zur Arbeit in Teilzeit bieten z. B. Beschäftigten mit schulpflichtigen Kindern eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dies spiegelt sich auch in den aktuellen Personaldaten wider:

- Der Anteil an Teilzeitkräften liegt bei knapp 30 %.
- Unter Berücksichtigung der Beschäftigten in Elternzeit, beschäftigen die Stadtwerke rd. 70 % Frauen und rd. 30 % Männer.
- Die Auszubildenden sind derzeit 50 % weiblich / 50 % männlich.
- Der Anteil an Frauen in Führungspositionen liegt bei 50 %.

### **8.2 Abfallwirtschaft Stadt Freiburg (ASF)**

Die ASF hat Antidiskriminierung und Gleichbehandlung bereits vor Inkrafttreten des AGG als unternehmerische Ziele definiert und in der Unternehmensphilosophie verankert. Dies spiegelt sich in der Beschäftigtenstruktur, in der eine große Vielfalt festzustellen ist, wider.

Der Vielfalt in der Beschäftigtenstruktur dienen verschiedene Maßnahmen, die im Folgenden beispielhaft genannt werden:

- Information/Aufklärung der Beschäftigten durch persönliche Aufklärung und Beratung und Aushändigung eines Merkblattes zum AGG
- Schaffung einer internen Beratungsstelle sowie das Angebot externer und damit anonymisierter fachkundiger Beratung
- Bei Personalmaßnahmen werden bei gleicher Eignung Personen mit entsprechenden Benachteiligungsmerkmalen bevorzugt. Stellenausschreibungen werden geschlechtsneutral ausgeschrieben.
- Interne Inklusionsmaßnahmen und Beteiligung am Aktionsplan Inklusion der Stadt Freiburg
- Angebot von betreuten Praktika und Beschäftigungsförderungsmaßnahmen, um benachteiligten Menschen die Perspektive zu bieten, auf dem regulären Arbeitsmarkt wieder beschäftigt zu werden

### **8.3 Freiburger Stadtbau (FSB)**

Der FSB-Verbund schafft Quartiere mit u. a. geförderten Wohnungen oder Anschlussunterbringung für Geflüchtete. Sie wirkt somit den Folgen von Diskriminierung auf dem privatwirtschaftlichen Wohnungsmarkt entgegen.

Bei den Bauprojekten der FSB werden die Anforderungen von behinderten Menschen, unter Zusammenarbeit mit dem Beirat für Menschen mit Behinderungen, besonders berücksichtigt.

Der FSB-Verbund verfügt über eine **Compliance-Richtlinie** als Betriebsvereinbarung zur Einhaltung von Gesetzen und Richtlinien im Unternehmen. Ziel dieser Betriebsvereinbarung ist es u. a. die Gleichbehandlung aller Beschäftigten zu gewährleisten. Zur Sicherung der Chancengleichheit agiert der FSB-Verbund auf Basis der Vorgaben der Geschäftsstelle Gender Mainstreaming der Stadt Freiburg.

Zur Einhaltung und Überprüfung der Compliance-Richtlinie hat der FSB-Verbund eine neutrale **Compliance-Beauftragte** im Rahmen eines Dienstleistungsvertrages beauftragt, die eine objektive Bearbeitung der Anliegen gewährleistet. Darüber hinaus stehen die Betriebsratsvorsitzenden ebenfalls als Ansprechpersonen zur Verfügung.

Die Förderung von Chancengleichheit, Vielfalt und die Vereinbarung von Beruf und Familie sind Leitziele der FSB für ihre Mitarbeitenden.

#### **8.4 badenova**

Im Sinne von Diversity und Antidiskriminierung hat badenova in den vergangenen Jahren zahlreiche Maßnahmen ergriffen und Strukturen & Prozesse implementiert:

- Implementierung einer unabhängigen externen Diversity-Beauftragten. Diese berät, koordiniert bzw. konzipiert sämtliche Maßnahmen für badenova.
- Implementierung von sechs unabhängigen internen Diversity-Beauftragten, die als geschulte Vertrauenspersonen den Mitarbeitenden zur Verfügung stehen
- Implementierung eines Diversity-Beirates (interne & externe Diversity-Beauftragte), der quartalsweise mit Gästen (z. B. Betriebsräte, Personalmanagement, ...) zusammenkommt
- Abschluss einer Diversity-Betriebsvereinbarung (Selbstverpflichtung, Prozessbeschreibung, Strukturen, Begriffsbestimmung) mit Prozessmodellen für Eskalationsfälle
- Schulung aller Führungskräfte durch die unabhängige externe Diversity-Beauftragte
- Sprechtag bei der unabhängigen externen Diversity-Beauftragten
- Verpflichtende E-Learning-Module zum Thema Diskriminierung für alle Mitarbeitenden
- Kommunikation: Intranetseiten zum Thema Diversity, fester Programmpunkt auf Betriebsversammlungen, bei Einführungstagen, in der Mitarbeiterzeitschrift etc.
- Aktionstage, in den letzten zwei Jahren z. B.: Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen, Woche der Menschenrechte, Internationaler Tag gegen Homo-, Bi-, Inter- und Transfeindlichkeit
- Implementierung von Netzwerken, z. B. queer@badenova als LGBTIQ-Netzwerk, welches sich mit dem Ziel der Förderung eines offenen Arbeitsumfelds für alle beschäftigt
- Jährliche Retrospektiven mit dem Vorstand, der Personalleitung und den Betriebsratsvorsitzenden

## 8.5 Freiburg Wirtschaft Touristik und Messe (FWTM)

Die FWTM richtet sich bei der Verhinderung von Diskriminierung nach den Vorgaben der Stadt Freiburg. Dies findet im internen und externen **Sprachegebrauch** sowie in der internen und externen Kommunikation Anwendung. „Maskuline“ Begriffe wie Mitarbeiter, Arbeitnehmer oder Abteilungsleiter werden in diskriminierungsfreien Varianten wie Mitarbeitende, Arbeitnehmende oder Abteilungsleitende verwendet. Wo dies nicht oder nur schwer möglich ist, wird der weibliche Genus durch Anhängen von \_innen ergänzt (Kolleg\_innen). Bei Stellenausschreibungen bzw. Anzeigen werden stets die Zusätze männlich, weiblich und divers (m/w/d) verwendet, um hier diskriminierungsfrei zu agieren. In den Anzeigentexten werden keine Begriffe verwendet, die Spielräume für Diskriminierung nach Alter, Geschlecht, Herkunft etc. zulassen.

Mit der Unterzeichnung der **Deklaration der Deutschen Aidshilfe** hat die FWTM ein deutliches Zeichen gesetzt, dass bei der FWTM HIV-positive Mitarbeitende willkommen sind. Im Falle von Diskriminierung wird eingeschritten und ein offenes und respektvolles Miteinander gefördert.

Der **Führungskreis der FWTM** setzt sich aus sechs Frauen (eine Geschäftsführerin und fünf Abteilungsleiterinnen) und vier Männern (ein Geschäftsführer und drei Abteilungsleitern) zusammen, ein Indikator dafür, dass Frauen die gleichen Aufstiegschancen wie Männer im Unternehmen haben.

## 8.6 Freiburger Verkehrs AG (VAG)

Die VAG erarbeitet zurzeit ein **Konzept** zur Vermeidung von Diskriminierungen am Arbeitsplatz. Hierzu werden personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt und relevante Akteur\_innen in die Erarbeitung miteinbezogen.

Darüber hinaus berichtet die VAG im Nachhaltigkeitsbericht zu dem Thema Diversitymanagement. Dabei wird u. a. der Indikator Anzahl Diskriminierungen pro Jahr dargestellt. In 2018 wurden fünf Fälle von diskriminierendem Verhalten gegenüber Mitarbeitenden gezählt, die durch ein klärendes persönliches Gespräch zwischen dem Ansprechpartner für Krisenintervention, dem Urheber und der angesprochenen Person geklärt werden konnten.

Des Weiteren ergreift die VAG folgende Maßnahmen gegen Diskriminierung:

- Einstellungspraxis: Bewerbenden garantiert die VAG Chancengleichheit. Für die Besetzung von Stellen sind ausschließlich fachliche Qualifikationen und individuelle Leistungen relevant. Stellen- und Praktikumsausschreibungen werden genderneutral formuliert und durch einen Absatz ergänzt, der Schwerbehinderte und Menschen mit Migrationshintergrund zur Bewerbung auffordert.
- Ausbildung / Duales Studium / Praktikum: Qualifizierte Nachwuchskräfte sind ein wichtiger Baustein für die Zukunfts- und Wettbewerbsfähigkeit der VAG. Insbesondere im technischen Bereich ist es jedoch schwer, diese zu finden. Deshalb setzt die VAG auf ein zeitgemäßes und gendersensibles Marketing und Recruiting über Broschüren, soziale Medien und die Teilnahme an Berufsorientierungsmessen. Wobei hier gezielt im Bereich der technischen Ausbildungsberufe Schülerinnen angesprochen und zum Gespräch eingeladen werden.

- Aufstieg innerhalb des Unternehmens: Auch bezüglich des Aufstiegs innerhalb der VAG gilt ebenso wie bei der Entgeltleistung der Grundsatz, dass ausschließlich die fachliche Qualifikation und individuelle Leistung relevant für eine tarifliche Einordnung bzw. Beförderung ist. Grundlage ist die geschlechtsneutrale und diskriminierungsfreie Arbeitsbewertung. Es wird aktiv ein bereichsinterner Arbeitsplatzwechsel gelebt, der allen Mitarbeitenden offensteht.
- Maßnahmen zum Schutz vor Diskriminierungen: Für die Mitarbeitenden der VAG steht eine innerbetriebliche Beschwerdestelle mit Kolleginnen und Kollegen aus dem Betriebsrat und der Personalabteilung zur Verfügung. Die Führungskräfte informieren ihre Mitarbeitenden über die Unzulässigkeit von Benachteiligungen, etwa in Form von Einzelgesprächen, Schulungen oder Trainings. Darüber hinaus hält sich die VAG vor, bei Benachteiligungen durch Mitarbeitende gegebenenfalls Abmahnungen, Versetzungen oder Kündigungen auszusprechen. Außerdem können sich Mitarbeitende an den Ansprechpartner für Krisenintervention zur psychosozialen Unterstützung wenden.
- Kommunikation und Marketing: Die VAG achtet auf eine geschlechtersensible Sprache, um die Gleichstellung aller Geschlechter zu verdeutlichen. Darüber hinaus wird das Ziel verfolgt, stereotype Bild Darstellungen zu erkennen und einen differenzierten Umgang mit Bildern zu wählen, um so Diskriminierungen zu verhindern.
- Schulungen und Trainings: Durch gezielte präventive Schulungen und Trainings werden verschiedene benachteiligte Gruppen durch Informations- und Sensibilisierungsmaßnahmen angesprochen, wie beispielsweise durch folgende Formate: Frauen in Balance – Beruf und Familie unter einen Hut bringen, Selbstverteidigungskurs für Frauen. Die VAG – ein Unternehmen mit Vielfalt, Teilnahme am GirlsDay.
- Arbeitszeitmodelle: Die VAG möchte ihre Mitarbeitenden soweit wie möglich unterstützen, den Beruf mit ihren sonstigen Aufgaben zu verbinden. Dazu bietet ihnen das Unternehmen flexible Arbeitszeiten außer im Fahrdienst und der Schicht sowie – sofern sinnvoll – die Möglichkeit in Teilzeit zu arbeiten, dies gilt auch bei Führungskräften.
- Schwerbehindertenvertretung: Die Schwerbehindertenvertretung der VAG hat die Aufgabe, die besonderen Interessen schwerbehinderter Mitarbeitenden wahrzunehmen und zu vertreten.



**Herausgeber:**  
Roma Büro Freiburg e.V.  
Ensisheimer Str. 20  
79110 Freiburg  
Tel.: +49 175 903 74 76

**in Kooperation mit**  
dem Sinti Verein Freiburg e.V.  
Auggener Weg 25  
79114 Freiburg  
Tel.: +49 172 69 53 307

**Verantwortlich, Konzept  
und Redaktion:** Tomas Wald  
  
**Layout:** Reinhardt Jacoby  
(kwasibanane, Freiburg)



ilet-  
Pastete  
100g.  
= 9,9

6,9

Denkstatt  
Ochsenzunge  
100g  
2,89  
Qualitäts-Metzgerei

Wacholder-  
Schinken  
100g  
1,99  
Qualitäts-Metzgerei

AKTIONSPREIS %  
1,99  
Farmer  
Schinken  
1,99  
Qualitäts-Metzgerei

Trüffel-  
Schinken  
100g  
1,79  
Qualitäts-Metzgerei

Linder's  
Zigeunerschinken  
100g 1,99 €

Linder's  
Glottertaler  
Winzerschinken®  
100g 1,99 €

1,99  
2,49